

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 12. November 2020, 19 Uhr, Tägi, Tägerhardsaal

Vorsitz: Christian Pauli, Einwohnerratspräsident

Anwesend:	Mitglieder des Einwohnerrats	44
	Mitglieder des Gemeinderats	7
	Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber	
	Martin Frey, Leiter Finanzen	

Entschuldigt
abwesend:

Benz Andreas, CVP
Gähler Judith, FDP
Gilgen Martin, SVP
Hiller Yvonne, GLP
Notter Daniel, SVP
Rüfenacht Lara, CVP

- Traktanden:
- 1 Einwohnerrat; Protokoll der Sitzung vom 3. September 2020
 - 2 Inpflichtnahme von Fäs Christoph, EVP (anstelle der zurückgetretenen Minder Marie-Madeleine, EVP)
 - 3 Dringliches Postulat Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland); Ablehnung der Dringlichkeit (2020-2297)
 - 4 Wahlbüro, Ersatzwahl Mitglied für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 (2018-0329)
 - 5.1 Postulat Benz Thomas, CVP, Fricker Martin, SVP, Knaup Adrian, SP, Notter Daniel, SVP, und Scherer Leo, WetliGrünen vom 22. Juni 2020 betreffend "Stern an der Limmat - Sterne am Himmel"; Ablehnung (2020-1642)
 - 5.2 Dringliches Postulat Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden; Überweisung (2020-2321)
 - 5.3 Postulat Nicodet Simona, CVP, vom 25. Juni 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden; Überweisung (2020-1650)
 - 5.4 Postulat Fraktion SVP vom 25. Juni 2020 betreffend beleuchtete und sichere Strassen; Ablehnung (2020-1651)
 - 6 Budget 2021 (2019-0564)

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie zur 23. Sitzung der laufenden Legislatur und zur 6. Sitzung in diesem Jahr. Speziell heisse ich Martin Frey, Leiter Finanzen, willkommen. Er steht als Auskunftsperson bei der Beratung des Budgets 2021 zur Verfügung. Auch ein besonderer Gruss richte ich an die Gäste auf der Tribüne. Im Speziellen begrüsse ich Alt-Ortsbürgerkommissionspräsident Emil Bosshard. Wir freuen uns sehr, dass Sie Interesse an unserer Beratung zeigen. Weiter begrüsse ich die Medienschaffenden. Ihre Berichte werden auch dieses Mal interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger rasch und umfassend informieren. Für unsere Sicherheit ist heute Wm Pascal Wyman besorgt.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) Postulat Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)

Antrag

Der Einwohnerrat Wettingen wird gebeten,

- sich bereit zu erklären, 15 geflüchtete Menschen aus Moria aufzunehmen;
- den Kanton und den Bund dazu aufzufordern, die notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Moria zu ermöglichen;
- sich mit den Städten und Gemeinden im Kanton Aargau sowie mit Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich, die ähnliche Initiativen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen ergreifen, zu koordinieren.

Begründung

Das Flüchtlingslager in Moria (Lesbos, Griechenland) war für 2'800 Menschen vorgesehen. Zuletzt lebten dort schätzungsweise 12'600 geflüchtete Menschen unter sehr prekären Bedingungen. Durch Covid-19 hat sich die Situation zusätzlich verschlimmert. Katastrophale hygienische Bedingungen und beengte Verhältnisse, die keinerlei soziale Distanz zulassen, haben ihren Teil dazu beigetragen.

Am 9. und am 10. September 2020 brachen Brände aus, die das Lager und auch das letzte Hab und Gut der Geflüchteten zerstörten. Momentan sind mehr als 12'000 Menschen auf Lesbos, darunter viele Kinder und andere besonders verletzte Menschen, obdachlos. Sie müssen ohne Schutz vor Witterung und Covid-19 und ohne Zugang zu genügend Nahrung und fliessendem Wasser ausharren.

Die unmenschliche Situation auf den griechischen Inseln ist eine Folge der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Schweiz hat das Dublin-Abkommen mitunterzeichnet und jahrelang davon profitiert. Nach diesem Abkommen können Menschen nur im ersten europäischen Land, in dem sie ankommen, ein Asylgesuch stellen, beispielsweise in Griechenland. Jeder Dublin-Staat kann aber auch jederzeit von sich aus asylsuchende Menschen in Not aufnehmen. Diese Möglichkeit muss die Schweiz jetzt nutzen.

Die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz befindet sich auf einem historischen Tief. Unser Staat verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um geflüchtete Menschen in grosser Not aufzunehmen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die materielle und finanzielle Unterstützung Griechenlands die Situation für die geflüchteten Menschen nicht verbessert hat. Es bleibt nur noch die Evakuierung.

Die Schweiz und damit auch Wettingen sind gefordert, Menschlichkeit und Solidarität zu zeigen und Flüchtlinge aufzunehmen. Deshalb soll sich Wettingen auf kantonaler und nationaler Ebene dafür stark machen, mindestens 15 geflüchtete und auf Moria gestrandete Menschen aufzunehmen. Diese Zahl richtet sich nach dem Aufruf des Netzwerks Asyl Aargau, pro 1'356 Einwohner*innen einen geflüchteten Menschen aufzunehmen (<http://www.netzwerk-asyl.ch/2020/06/16/500-gefluechtete-menschen-fuer-687-207-aargauerinnen/>). Für Wettingen mit seinen 20'960 Einwohner*innen (Stand: 31. Dezember 2019) würde das die absolut vertretbare Aufnahme von 15 Personen bedeuten.

Ein vergleichbarer Vorstoss wird zeitnah oder zeitgleich auch in sämtlichen anderen Gemeinden des Kantons Aargau, die über einen Einwohnerrat verfügen, eingereicht werden.

b) Dringliche Motion Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während den Nachtstunden

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Abschaltung der Strassenbeleuchtung um eine Stunde zu verlängern – anstatt von 01 bis 04 Uhr auf neu von 01 bis 05 Uhr.

Zudem soll die Strassenbeleuchtung Freitag- und Samstagnacht nicht ausgeschaltet werden.

Begründung

Die aktuelle Nachtabeschaltung von 01 bis 04 Uhr, welche auch am Wochenende stattfindet, hat teilweise zu Reaktionen geführt. Unbestritten ist, dass unter der Woche eine Abschaltung von 01 bis 05 Uhr auf grosse Akzeptanz stösst, wie auch eine Umfrage in der Aargauer Zeitung klar gezeigt hat:

UMFRAGE (aus der Aargauer Zeitung vom 13. Oktober 2020, Stand der Abbildung vom 8. November 2020) Lichterlöschen: Welche Variante bevorzugen Sie?

46 %	1 bis 5 Uhr
3 %	1 bis 4 Uhr
15 %	2 bis 5 Uhr
37 %	Kein Lichterlöschen

Daraus ist klar ersichtlich, dass die anderen zur Diskussion stehenden Varianten (von 1 bis 4 und von 2 bis 5) keine Mehrheit in der Bevölkerung finden und auch sonst nicht zweckdienlich erscheinen. Die 37 %, die kein Lichterlöschen bevorzugen, sind mit grosser Wahrscheinlichkeit auf das Wochenende bezogen, worauf mit der vorliegenden dringlichen Motion ebenfalls Rücksicht genommen wird.

Die vorliegende dringliche Motion schlägt folglich die am besten akzeptierte und von den meisten gewünschte Variante vor.

c) Postulat Fraktion CVP vom 12. November 2020 betreffend Tägi-Jahres-Abo für Wettinger SchülerInnen - Mehrwert für's gleiche Geld

Antrag

Der Gemeinderat prüft gemeinsam mit der Tägi AG eine kostenlose Jahreskarte für Wettinger Schüler. Dies soll innerhalb des aktuell budgetierten Betrags (ca. Fr. 180'000 Budget 2021) umgesetzt werden, indem Wettinger Schulen nicht wie geplant normale Einzeleintritte lösen müssen, sondern für den gleichen Betrag ein Jahres-Abo für jeden Schüler von der Tägi AG bekommen. Eine Umsetzung soll so rasch wie möglich erfolgen.

Begründung

Das Tägi lebt. Ganz Wettingen darf stolz auf dieses gelungene Werk sein. Bereits erfreuen sich sämtliche Generationen an den Vorzügen unseres neuen Tägis. Wie im Leistungsvertrag zwischen der Gemeinde und der Tägi AG geplant, muss die Schule Wettingen die Eintritte ins Bad bezahlen. Im Budget 2021 wird ersichtlich, dass jeder Schüler den normalen Eintrittspreis (Fr. 4 pro Eintritt) bezahlen muss. Es sind ca. Fr. 180'000 budgetiert. Verteilt man diesen Betrag auf ca. 2000 Schüler (Primar, Mittel- und Oberstufe) ergibt dies Fr. 90 pro Schüler. Gemäss Preisliste Tägi kostet ein Jahresabonnement für einheimische Kinder von 6 -16 Jahren Fr. 88.

Die Schule Wettingen ist bestimmt einer der grössten Kunden der Tägi AG. Statt dass die budgetierten Fr. 90 pro Schüler einfach in Einzeleintritten verpuffen, soll jeder Schüler kostenlos ein Jahresabo im Wert von Fr. 88 erhalten. Dies kann kostenneutral, sprich zum gleichen Betrag wie heute budgetiert, umgesetzt werden - bringt aber echten Mehrwert für die Wettinger Bevölkerung, unsere Jugend und die Familien. Wir fördern die Bewegung, animieren Wettinger Familien gemeinsam zu regelmässigen Besuchen des Tägis und entlasten die Haushaltsbudgets von 1'000 Familien. Auch die Tägi AG kann profitieren. Kein mühsames Zählen am Eingang (Schulen können einfach gratis rein, da ja alle ein Jahresabo haben) und Schaffen von zusätzlichem Mehrwert für die Wettinger Bevölkerung. Will heissen: bestes Marketing. Erhoffen kann sie sich zudem Mehreintritte von Familien.

d) Motion Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend DataHub Wettingen

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Standorte Bahnhofareal und Klosterhalbinsel als Wirtschaftsstandorte für die IT Branche zu positionieren, um neue Unternehmen und Fachkräfte aus der Branche anzuziehen. Dem Einwohnerrat soll ein Massnahmenplan und Konzept vorgelegt werden wie diese Positionierung stattfinden kann. Zeitlich soll dies geschehen bevor die beiden Standorte entwickelt sind.

Begründung

Strategie

Die Gemeinde Wettingen soll auf der Digitalisierungswelle mitreiten und sich als Wirtschaftsstandort für die IT Branche positionieren. Es sollen sich vermehrt Unternehmen aus der IT Branche in Wettingen ansiedeln, die nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch neue Steuereinnahmen generieren.

Wettingen soll überregional als DataHub wahrgenommen werden und Unternehmen sowie Fachkräfte aus der Branche anziehen.

Standort

Mit der aktuellen Entwicklung des Bahnhofareals und der Klosterhalbinsel ist Wettingen in einer Situation, die es ihr ermöglicht, einen wegweisenden Fokuspunkt in diesen Gebieten zu setzen und als Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln.

Die beiden Areale sind ideal mit der Bahn, dem Fahrrad und dem motorisierten Privatverkehr erschlossen. Eine Urbanisierung der Standorte wird nicht nur Wirtschaft, sondern auch gut gebildete Fachkräfte aus dem ganzen Limmattal nach Wettingen ziehen. Diese Art der Standortförderung wird sicherlich auch Vorteile für das lokale Gewerbe (z. B. Gastronomie) mit sich bringen.

Wettingen profitiert zudem von der ausgezeichneten Erschliessung, der Nähe zum Wasser und zur Natur, der sonnigen Wohnlage und nicht zuletzt dem sehr nahen Zugang zur Bildung mit zwei Kantonsschulen und mehreren Berufsschulen. Daher gilt es die bestehenden Landreserven auszunutzen und entsprechend zu entwickeln.

Die Energie ist essentiell für die IT Branche und eine mögliche Nutzung von lokalem Strom aus Wasserkraft gilt es zu berücksichtigen.

Konzept und Massnahmenplan

Inhalte, die im Konzept und Massnahmenplan mind. beinhaltet sein müssen:

- Die Strategie von Wettingen als überregional bekannten Standort für die IT- Branche und / oder als DataHub.
- Aufzeigen der Potentiale der Standorte in Wettingen, um Unternehmen aus der IT Branche anzuziehen.
- Aufzeigen, wie bestehende und neue Unternehmen und Grundstückbesitzer in den entsprechenden Gebieten zusammengeführt oder angelockt werden können.
- Wenn innerhalb der bestehenden Zonen kein Raum für neue Unternehmen besteht, die Möglichkeiten aufzeigen längerfristig neuen Raum zu erschliessen.
- Der Massnahmenplan soll messbar sein und konkrete Ziele aufweisen und im Rechenschaftsbericht zu einem definierten Zeitraum ausgewertet werden: z. B. Unternehmenssteuern um 100 % steigern in zehn Jahren, +fünf neue Unternehmen in fünf Jahren

e) Postulat Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend nicht beeinflussbare Spital- und Pflegefinanzierungskosten**Antrag**

Der Gemeinderat wird gebeten, mit dem Kanton in Kontakt zu treten und eine finanzielle Lösung für die steigenden und nicht beeinflussbaren Spital- und Pflegefinanzierungskosten im ambulanten und stationären Bereich anzustossen.

Begründung

In Wettingen steigen die Spital- und Pflegefinanzierungskosten seit einigen Jahren rasant an, im Schnitt 1 Steuerprozent pro Jahr, ohne dass sie durch die Gemeinde direkt beeinflusst werden können. Bis jetzt konnte der Gemeinderat die steigenden Kosten durch Kürzungen und Optimierungen in anderen Bereichen teilweise kompensieren.

Die Gemeinden haben wenig bis keinen Spielraum bei den gesetzlich vorgegebenen Spital- und Pflegefinanzierungsleistungen. Aus diesem Grund macht es Sinn, eine Angleichung der Belastungen zwischen den Gemeinden über einen höheren kantonalen Finanzierungsanteil vorzunehmen. Im besten Fall ist eine vollständige Restkostenfinanzierung durch den Kanton anzustreben.

Eine höhere oder vollständige Finanzierung dieser Leistungen durch den Kanton stellt zwar lediglich eine Umverteilung der Kosten dar, jedoch sollte das Problem der zunehmenden Leistungen an der Quelle angegangen werden.

Der Aargauer Finanzausgleich ist ein sehr komplexer Mechanismus und schafft den übergeordneten Ausgleich, berücksichtigt jedoch nicht die altersstrukturellen Unterschiede.

Die rechtliche Grundlage dieses finanziellen Ausgleichs muss auf kantonaler Ebene geregelt werden und die Grossrätinnen und Grossräte werden sich ebenfalls politisch dafür einsetzen müssen. Im Grossen Rat wurde diesbezüglich auch bereits ein Postulat eingereicht (vgl. <https://www.ag.ch/grossrat/grweb/de/195/Detail%20Gesch%C3%A4ft?ProzId=4840117>).

Das alleine genügt nicht und der Druck muss auch von der Gemeinde auf den Kanton ausgeübt werden. Da umliegende Gemeinden ebenfalls betroffen sind, könnte eine gemeinsame Kommunikation an den Kanton sinnvoll sein.

f) Motion Notter Daniel, Huser Michaela, Fricker Martin und Baumann Jürg, alle SVP, vom 12. November 2020 betreffend Anhörung und Mitwirkung Limmattalbahn**Antrag**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Hinblick auf die geplante öffentliche Anhörung/Mitwirkung der Richtplananpassung Festsetzung Limmattalbahn, im Einwohnerrat der Gemeinde Wettingen eine konsultative Abstimmung und/oder vorgängig bei der Bevölkerung der Gemeinde Wettingen eine repräsentative Befragung durchzuführen.

Begründung

Die Anpassung des Richtplans; Zwischenergebnis LTB Abschnitt Killwangen – Baden sowie die S-Bahn-Haltestelle Tägerhard und Haltestelle Asp; wurde im Mitwirkungsverfahren gemäss Raumplanungsgesetz des Bundes der Bevölkerung vorgelegt. Während der Mitwirkungsfrist konnten sich alle zur Vorlage äussern. Die Gemeinde Wettingen hat sich mit wenigen Vorbehalten positiv zur Limmattalbahn geäussert. Im vorliegenden Fall haben diese Stellungnahmen dazu geführt, dass zusätzliche Linienführungsvarianten als Zwischenergebnis eingetragen werden.

Die Bevölkerung und auch der Einwohnerrat wurden bis dato nicht um ihre Meinung befragt. Ansprechpartner für den Kanton beim Entwurf der Richtplanvorhaben und den dazugehörigen Fachvertiefungen sind die Replas und die Gemeindebehörden. Die Gemeinde Wettingen ist demzufolge Ansprechpartner der Bevölkerung von Wettingen. Diese ist zu befragen und in die Meinungsbildung einzubeziehen.

Dank dieser Meinungsbildung kann die Gemeindebehörde ihre Bevölkerung in der weiteren Mitwirkung, welche im Jahr 2022 vorgesehen ist, sinngemäss vertreten.

g) Postulat der Fraktion FDP vom 12. November 2020 betreffend Glasfaser-Netz in Wettingen (Fiber to the home)**Antrag**

Der Wettinger Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der EWW AG der Ausbau eines Glasfasernetzes im Gemeindegebiet zu prüfen und dem Einwohnerrat einen Bericht zur Umsetzung vorzulegen.

Begründung

Der Anschluss an ein gutes Datennetz ist ein entscheidender Standortvorteil wie der Anschluss an den öffentlichen Verkehr oder die Autobahn. Wie wichtig gute Videoverbindungen für den Homeoffice Bereich sind, hat der Lockdown im Frühling dieses Jahres klar aufgezeigt.

Riesige Datenmengen schnell down- und uploaden, mehrere Dienste, Anwendungen und Kommunikationskanäle gleichzeitig störungsfrei und ohne Verzögerungen oder Unterbrechungen nutzen, Filme in HD oder Video-Telefonie ruckelfrei geniessen – all das soll die Internetverbindung leisten. Glasfaser gilt als die zukunftssichere Technologie, die diese Anforderungen auch bei weiterwachsenden Datenströmen am besten erfüllen kann. Kein anderes Übertragungsmedium hält höhere Bandbreitenreserven bereit und genau diese sind der entscheidende Faktor für die Geschwindigkeit der Datenübertragung.

Durch die Erschliessung des Gemeindegebiets am Glasfasernetz, betreibt Wettingen aktive Standortförderung, ohne dass für den Bürger oder die Gemeinde Mehrkosten entstehen. Die Erschliessung mit einem guten Glasfaser Netz lockt auch Firmen und gute Steuerzahler an.

Der Ausbau des Glasfasernetzes sieht aktuell wie folgt aus (in Grün Glasfasernetze Raum Brugg bis Zürich):

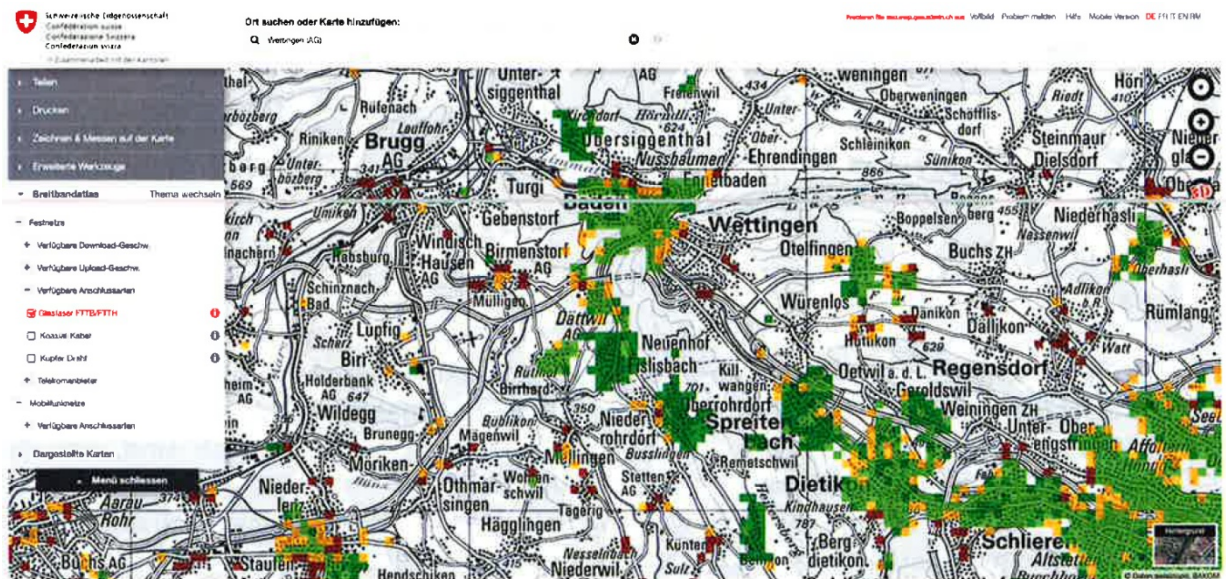


Fig. 4 Datennetz Fiber Ausbau um Wettingen.

<https://www.bakom.admin.ch/bakom/de/home/das-bakom/medieninformationen/medienmitteilungen.msg-id-37219.html>

Es liegt bereits eine Vorstudie vor, welche die Finanzierung und Vorbereitung für eine Machbarkeitsstudie erörtert und für die Umsetzung des Postulats genutzt werden könnte.

h) Interpellation Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Demokratische Prozesse und Covid-19

Die aktuelle Lage rund um Covid-19 hält die Schweiz schon lange auf Trab. Alleine heute, Donnerstag 12. November 2020, gab es 8'270 Infektionen. Der Einwohnerrat wie auch die Fraktionen, Kommissionen oder die Gemeinderät*innen kommen regelmässig zusammen. Dabei wird zwar auf den Mindestabstand von 1.5 m geachtet und Masken getragen, trotzdem ist es nicht auszuschliessen, sogar fast unvermeidbar, dass Personen der Legislative oder Exekutive an Covid-19 erkranken und/oder in Quarantäne müssen. Dabei darf der demokratische Prozess nicht leiden.

Ich bitte den Gemeinderat und allenfalls das Ratsbüro folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie ist das Vorgehen, wenn eine ganze Fraktion in Quarantäne muss? Wie dies bereits am 15. Oktober 2020 bereits passiert ist. Es kann nicht immer eine Sitzung deswegen abgesagt werden.
2. Gibt es Bemühungen, technische Möglichkeiten oder andere Vorgänge zu entwickeln, damit Einzelpersonen in Quarantäne trotzdem am parlamentarischen Prozess teilnehmen/ihre Stimme in der Ratssitzung trotzdem abgeben können?
3. Arbeitet der Gemeinderat/das Ratsbüro an einem ganzheitlichen Konzept (mit Richtlinien) für die Durchführung der demokratischen Prozesse in der Gemeinde Wettingen beim weiteren Verlauf der Pandemie? Es ist anzunehmen, dass uns diese 2022 weiterhin begleiten wird.
4. Steht der Gemeinderat mit anderen Gemeinden in Kontakt/Austausch um diese Problematiken gemeinsam zu lösen?

i) Interpellation Ernst Manuela, glp, und Scherer Roger, SVP, vom 12. November 2020 betreffend Fragen zu den Sozialen Diensten**Invalidenrente**

Mit der 6. IV-Revision sind vielen Bezüglern die Renten aberkannt worden und neue Anträge werden zuhauf abgelehnt. Die IV-Revision scheint nicht geglückt; im Gegenteil. Nach einem Negativ-Entscheid oder einer Aberkennung der Rente folgen Arztkonsultationen, Arztberichte und Gutachten werden verfasst und Anwälte beigezogen. Dieses Vorgehen generiert nicht nur immense Kosten, sondern was weit schlimmer ist, es kann zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustands führen.

- Wie hoch ist der Prozentsatz der Sozialhilfebezüger, denen eine IV-Rente aberkannt wurde?
- Wie stehen die Chancen für Personen, denen die IV-Rente aberkannt wurde, wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden?
- Wie viele negative IV-Entscheide gibt es in der Gemeinde Wettingen prozentual gemessen an den Anträgen und Revisionen?
- Sind die Entscheide der IV aus Sicht des Gemeinderats verhältnismässig?
- Wie geht die Gemeinde mit den Entscheiden um?
- Beteiligt sich die Gemeinde finanziell an Rekursen gegen IV-Entscheide?

Langzeitbezüger

Gemäss den SKOS-Richtlinien gelten Sozialhilfebezüger, die während 36 Monaten ununterbrochen Sozialhilfe bezogen haben, als Langzeitbezüger.

- Wie hoch ist der Prozentsatz der Langzeitbezüger in der Sozialhilfe der Gemeinde Wettingen?
- Wie hoch sind die Wiedereingliederungschancen bei Langzeitbezüglern?
- Welche Mittel stehen der Gemeinde zur Verfügung, Langzeitbezüger wieder zu integrieren?
- Wünscht der Gemeinderat zusätzliche Mittel zur Umsetzung von Ideen bezüglich Wiedereingliederung?

Asylwesen

Der Bund übernimmt die Kosten für anerkannte Flüchtlinge für fünf Jahre und für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge sieben Jahre lang.

Diese Frist läuft für Flüchtlinge, welche mit der Flüchtlingswelle im Jahre 2015 in die Schweiz gelangt sind, momentan oder in den kommenden zwei Jahren aus, für die Flüchtlinge in den Folgejahren entsprechend versetzt. Gemäss Hochrechnungen, welche von der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) bestätigt wurden, werden dadurch für die Kantone und Gemeinden Kosten in Milliardenhöhe entstehen.

- Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten für die Gemeinde Wettingen?
- Ist die Gemeinde Wettingen auf diese zusätzliche Finanzbelastung vorbereitet?
- Wenn ja; wie hat sich die Gemeinde vorbereitet und was ist das konkrete Vorgehen?

Ausländische Wohnbevölkerung in der Sozialhilfe:

- Wie hoch ist der prozentuale Ausländer-Anteil in der Sozialhilfe Wettingen?
- Ist dieser Prozentsatz verglichen mit den Nachbargemeinden höher oder tiefer?
- Gibt es in Wettingen Personen, die ohne Arbeitsbewilligung in die Schweiz gelangt sind und hier Sozialhilfe beziehen? Wenn ja; wie viele? (Ausgenommen Asylbewerber)
- Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit mit dem MIKA? Ist die Zusammenarbeit zufriedenstellend?
- Wenn der Gemeinderat Bedenken bezüglich eines Aufenthaltsstatus in Zusammenhang mit bezogenen Sozialleistungen hegt; wie ist sein Vorgehen?
- Welche Rechtsmittel stehen dem Gemeinderat zur Verfügung und werden sie genutzt?
- Welche Rechtsmittel stehen dem Gemeinderat gegen Entscheide des MIKA zur Verfügung?
- Gibt es in Wettingen Personen, deren Aufenthaltsbewilligung entzogen wurde und die weiterhin Sozialhilfe beziehen? Wenn ja; wie viele?

Gesundheitskosten / Spitex:

Zusatzversicherungen der Krankenkasse werden, abgesehen von Zahnversicherungen für Kinder, von der Gemeinde Wettingen nicht übernommen. Wer eine Zusatzversicherung hat, muss diese aus dem Grundbedarf bezahlen:

- Wie oft bzw. in welchem Kostenumfang profitiert die Gemeinde von Klienten, die eine Zusatzversicherung haben? Ist der Nutzen höher als die Ausgaben der Klienten?

Der Anteil der älteren Menschen nimmt zu, die Pflegekosten sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen, was die Gemeinden finanziell unter Druck setzt. Für die Betreuung in einem Pflegeheim oder auch zu Hause durch die Spitex entstehen hohe Kosten. Diese teilen sich Patient und Krankenkasse nach fixen Maximalbeträgen. Für die Differenz springt die Gemeinde ein.

- Wie und durch wen werden die erbrachten Leistungen der Spitex kontrolliert?
- Wie gedenkt der Gemeinderat die steigenden Kosten zu bremsen?
- Ist die Gemeinde Wettingen auf diese zusätzliche Finanzbelastung vorbereitet?
- Wenn ja; was sind die konkreten Massnahmen?

PDAG

Die Psychiatrischen Dienste Aargau AG (PDAG) sind eine öffentlich-rechtliche Institution des Kantons Aargau zur Behandlung von Menschen aller Altersgruppen, die von einer psychischen Erkrankung betroffen sind. Die PDAG gewährleisten die psychiatrische Behandlung und Betreuung mit Notfalldienst und Krisenintervention für die Kantonsbevölkerung.

- Wie sind die Erfahrungen der Gemeinde Wettingen mit der PDAG? Ist die Zusammenarbeit zufriedenstellend?

Corona:

Städte und Gemeinden sind im Umgang mit der Corona-Krise stark gefordert – und das voraussichtlich über Jahre hinaus. Die soziale Bewältigung der Krise wird die grösste Herausforderung sein. Die Folgekosten dürften sehr hoch sein, gegebenenfalls auch in der Sozialhilfe.

- Wie akut ist die Situation zum jetzigen Zeitpunkt in der Gemeinde Wettingen?
- Ist schon ein Trend wahrnehmbar?
- Ist die Gemeinde Wettingen auf diese zusätzliche Belastung vorbereitet?
- Wenn ja, wie hat sich die Gemeinde vorbereitet und was ist das konkrete Vorgehen?

Sozialhilfemissbrauch

- Welche Fälle werden zur Anzeige gebracht?
- Wie viele Anzeigen wegen Sozialhilfemissbrauch sind momentan hängig?
- Kommen in Wettingen Sozialdetektive zum Einsatz? Wenn ja; wurden Betrugsfälle aufgedeckt?

Soziale Arbeit:

- Beraten und unterstützen die Sozialen Dienste Frauen/Familien bei der Familienplanung und Verhütung?
- Muss Verhütung aus dem Grundbedarf gedeckt werden?
- Stehen in Wettingen genügend Notwohnungen zur Verfügung?
- Wo wird jemand untergebracht, wenn keine Wohnung zur Verfügung steht?
- Wie oft kommt das vor?
- Ist die Wohnungssituation für die Sozialen Dienste zufriedenstellend?

Soziale Dienste allgemein:

- In welchem Abstand finden die Revisionen durchschnittlich statt?
- Wie viele Verfahren betreut ein Mitarbeiter momentan durchschnittlich? Wie steht man im Vergleich zu anderen Gemeinden?
- Wo gibt es in den Sozialen Diensten momentan Handlungsbedarf / Verbesserungspotential?
- Konnten mit den zusätzlichen Stellenprozenten alle Defizite der Sozialen Dienste behoben werden? Wenn nicht; wo gibt es noch Bedarf und weshalb?
- In welchen Bereichen und wie können sich die Sozialen Dienste von Wettingen noch weiterentwickeln?
- Ist man im Austausch mit den umliegenden Gemeinden?
- Wie stellt sich der Gemeinderat zu einer Regionalisierung der Sozialen Dienste und hat er schon geprüft, welche Einsparungen resp. sonstige Verbesserung dadurch erzielt werden könnten?

0.2 Gratulationen

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Es ist mir eine besondere Freude, allen bisherigen und neu gewählten Grossrätinnen und Grossräten unserer Gemeinde ganz herzlich zu ihrer Wahl oder Wiederwahl zu gratulieren. Es sind dies Gemeindeammann Roland Kuster, Michaela Huser, Daniel Notter, Lutz Fischer-Lamprecht, Manuela Ernst, Alain Burger und Lea Schmidmeister. Ich darf mit Stolz sagen, dass wir wahrscheinlich die Aargauer Gemeinde – oder zumindest eine davon – sind, die die meisten Grossratsmitglieder stellt. Weiter gratuliere ich ganz herzlich Landammann Dr. Markus Dieth zu seiner sensationellen Wahl in den Regierungsrat.

0.3 Tischaufgaben

- Sitzordnung
- Flyer Kunstschau 5430 (13. Dezember 2020 - 10. Januar 2021)
- Unterlagen REL-Workshop 21. November 2020

0.4 Traktandenliste

Die beiden dringlichen Vorstösse werden als zusätzliche Traktanden behandelt:

- Dringliches Postulat Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)
- Dringliche Motion Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden

1 Protokoll der Sitzung vom 3. September 2020

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 3. September 2020 wird genehmigt und der Protokollführerin Barbara Wiedmer und ihrem Team verdankt.

2 Inpflichtnahme von Fäs Christoph, EVP (anstelle der zurückgetretenen Minder Marie-Madeleine, EVP)

Der Einwohnerratspräsident nimmt

Fäs Christoph, EVP (anstelle der zurückgetretenen Minder Marie-Madeleine, EVP)

in Pflicht, heisst ihn als Einwohnerrat herzlich willkommen und wünscht ihm für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

3 **Dringliches Postulat Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland); Ablehnung der Dringlichkeit (2020-2297)**

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Als erstes beraten wir das dringliche Postulat der Fraktion SP/WettiGrünen betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria, welches sich in Lesbos, Griechenland befindet. Wir behandeln als erstes nur die Dringlichkeit. Die Dringlichkeit benötigt einen Zweidrittelmehrheits-Beschluss. Nachdem die Postulantin das Wort hatte, folgt die Diskussion – jedoch nur betreffend die Dringlichkeit. Falls jemand etwas erwähnt, das nicht die Dringlichkeit betrifft, werde ich das Votum unterbrechen.

Gujer Mia: Die Lage in Moria ist bekannt. Das Lager wurde für 2'800 Menschen erbaut und momentan leben 12'000 – 13'000 Personen dort. Der Winter naht, verschiedene Brände haben die Lage zusätzlich verschärft und Corona macht auch vor einem Flüchtlingslager nicht Halt. Es ist klar, dass jetzt gehandelt werden muss. Ich bitte euch aus diesem Grund die Dringlichkeit gutzuheissen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja- : 26 Nein-Stimmen, ohne Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Dringlichkeit des Postulats Gujer Mia, SP, vom 12. November 2020 betreffend Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland) wird abgelehnt.

Das Postulat wird als Neueingang vermerkt.

4 **Wahlbüro, Ersatzmitglied für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 (2018-0329)**

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Als Ersatz für die zurücktretende Lea Bacilieri schlägt die SP Ortspartei als neues Mitglied des Wahlbüros Sonja Müller, geb. 10. September 2001, wohnhaft in Wettingen, Grubenstrasse 17, vor. Sie ist die Tochter von Einwohnerrat Heinrich Müller, der bei der Wahl in den Ausstand treten wird. Ich schlage vor, im Anschluss an die Diskussion eine offene Wahl durchzuführen, um etwas Zeit einzusparen.

Heinrich Müller tritt in den Ausstand.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Sonja Müller, geb. 10. September 2001, Grubenstrasse 17, 5430 Wettingen, wird als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 gewählt.

Vorstösse Nachtabschaltungen

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Nun folgt die Behandlung der Vorstösse betreffend Nachabschaltung der Strassenbeleuchtung:

- Dringliche Motion bzw. neu Postulat Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während den Nachtstunden
- Motion bzw. neu Postulat Benz Thomas, CVP, Fricker Martin, SVP, Knaup Adrian, SP, Notter Daniel, SVP, und Scherer Leo, WettiGrünen vom 22. Juni 2020 betreffend "Stern an der Limmat - Sterne am Himmel"
- Motion bzw. neu Postulat Nicodet Simona, CVP, vom 25. Juni 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden
- Postulat Fraktion SVP vom 25. Juni 2020 betreffend beleuchtete und sichere Strassen

Zuerst bringe ich den Einwohnerrat auf den aktuellen Stand. Wir wurden von einem Ratsmitglied darauf aufmerksam gemacht, dass die drei Motionen – inklusive jene über deren Dringlichkeit jetzt befunden wird – nicht zulässig bzw. nicht motionsfähig sind. Die Zeitdauer, wann und wo die Strassenbeleuchtung in Wettingen brennt oder nicht brennt, ist Sache der Exekutive. Von der rechtlichen Seite her sind diese Motionen demzufolge leider nicht zulässig. Ich schlage deshalb vor, dass die Motionäre ihre Motionen in Postulate umwandeln, damit wir die Geschäfte bezüglich Strassenbeleuchtung doch noch behandeln können.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Es liegt hier ein spezieller Fall vor. Wir wurden heute Nachmittag darüber informiert, dass letztendlich die Entscheidungsbefugnis beim Gemeinderat liegt. Wir haben umgehend geprüft, ob dies tatsächlich so ist und nicht in einem Reglement ein Passus übersehen wurde, der den Einwohnerrat motionstechnisch doch dazu ermächtigen kann. Selbstverständlich handhaben wir dies auch rechtlich korrekt. Ich möchte nur im Sinne des Gemeinderats kundtun, dass es sich hier um Vorstösse handelt, die eine sehr grosse emotionale Wirkung haben. Das hat man anhand der zahlreichen Leserbriefe wie auch am Engagement der Einwohnerratsmitglieder gesehen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dem Thema Sicherheit eine Bedeutung zukommen zu lassen. Aufgrund der verschiedensten Meinungsäusserungen und der Vorstösse haben wir uns für die Begehung eines Mittelwegs entschieden, der heute nun diskutiert wird. Der Gemeinderat ist darauf angewiesen, die Meinung des Einwohnerrats zu dieser Thematik zu hören. Wir hören der Diskussion zu und beziehen die Voten in unsere Überlegungen ein. Anschliessend soll schnellstmöglich eine Lösung präsentiert und kommuniziert werden.

Scheier Ruth: Mein Vorschlag ist der gleiche, wie er bereits vor zwei Jahren eingegeben wurde. Für uns ist klar, dass dies der breitest akzeptierte Vorschlag ist und er wird auch in vielen anderen Gemeinden bereits so angewendet. Uns ist nicht klar, weshalb das Licht erst ab 02 Uhr gelöscht werden soll, denn an Werktagen fahren bereits ab 00 Uhr keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr. Bis spätestens 01 Uhr sollte man von der Bushaltestelle nach Hause gekommen sein. Nach 01 Uhr braucht es unter der Woche im Dorf kein Licht mehr.

Am Wochenende soll das Licht jedoch brennen gelassen werden. Es gab dazu Reaktionen von Personen, die mit grosser Wahrscheinlichkeit am Wochenende unterwegs sind. Diesen Einwohnerinnen und Einwohner wollen wir entgegenkommen.

Am Wochenende fahren zudem die öffentlichen Verkehrsmittel länger, beispielsweise mit Nachtbussen. Aus diesem Grund schlagen wir diesen Kompromiss vor.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Vor einigen Wochen kam ein Zug aus Zürich um 01 Uhr an. Am Bahnhof brannte kein Licht und weder Busse noch Taxis sind gefahren. Am nächsten Tag habe ich die verrücktesten Mails und Telefonanrufe von Einwohnerinnen und Einwohnern erhalten. Sie konnten nicht fassen, dass ich mir angeblich herausnahm, das Licht in Wettingen zu löschen. Auch in der Verwaltung sind die meisten Reaktionen wegen dieser Stunde zwischen 01 und 02 Uhr eingegangen. Es ist nicht erfreulich, morgens um 07 Uhr Anrufe von unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Knaup Adrian: Ich interpretiere dies so, dass unsere Motion bzw. neu unser Postulat diskutiert werden kann. Der Gemeinderat hat die Motion ursprünglich abgelehnt. Bleibt diese Ablehnung nun bestehen?

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir werden alle Vorstösse zusammen besprechen, damit schlussendlich eine mehrheitsfähige Lösung dem Gemeinderat mitgegeben werden kann.

Knaup Adrian: Ich bin froh, dass wir über die Varianten diskutieren können. Wir werden später die Vor- und Nachteile hören. Unsere Idee war, dass wir den Effekt des Ressourcen- und Kosten-Sparens möglichst vergrössern können. Den Vorstoss haben wir eingereicht, bevor diese Angelegenheit publik wurde. Wir haben durchwegs positive Rückmeldungen erhalten. Ich möchte an dieser Stelle noch zwei Sachen zum Traktandenbericht anmerken. Bis zum Vorliegen des Traktandenberichts sah es so aus, als seien keine positiven Rückmeldungen eingegangen. Dies war auch so erwähnt. Ich muss dies insofern korrigieren, weil ich nämlich eine Mail an den Gemeinderat geschrieben habe, die sogar mit einer positiven Rückmeldung beantwortet worden ist. Dies war also eine falsche Information. Im Traktandenbericht wird weiter erwähnt, dass diese Motion am Volkswillen vorbei zielt. Damit wird ausgedrückt, dass das Volk in gewisser Weise seinen Willen ausgedrückt hat. Ich stelle fest, dass solche und ähnliche Äusserungen immer wieder verwendet werden ohne Grundlage. Von einem Volkswillen kann man ja allerhöchstens sprechen, wenn eine Abstimmung stattgefunden hat und auch dann ist dies nicht immer der Fall. Ich möchte euch bitten, auf eure Formulierungen zu achten, vor allem in Zusammenhang mit dem Begriff Volk. Dies gilt für alle hier im Saal und zum Teil auch für die Gäste auf der Tribüne. Im vorliegenden Fall gibt es nämlich bekanntlich eine beachtliche Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern von Wettingen, die die Abschaltung der Strassenbeleuchtung befürworten und eine Verlängerung begrüssen würden. Ob das die Mehrheit ist, wissen wir nicht so genau, sie gehören jedoch sicher auch zum Volk.

Nicodet Simona: Diverse Rückmeldungen aus der Bevölkerung haben mir gezeigt, dass sich das objektive und das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Einwohnerinnen verschlechtert haben. Viele Frauen empfinden die heutige Situation als diskriminierend. Dunkelheit bedeutet eine Einschränkung in der Wahrnehmung. Sie wird als unangenehm und gar als bedrohlich erlebt, weil die räumliche Orientierung fehlt und Gefahren nicht mehr rechtzeitig erkannt werden können. Vor allem Frauen fühlen sich unwohl, weil sie Angst haben, Opfer einer Straftat zu werden und auch die Angst vor sexueller Gewalt ist besonders gross. Der sexuelle Übergriff auf eine junge Frau im Juni in Würenlos bestätigt, dass diese Angst berechtigt ist. Auch mit dem Wissen, dass die meisten Gewaltdelikte in den eigenen vier Wänden stattfinden, bleibt die Unsicherheit im öffentlichen Raum bestehen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang nicht in erster Linie die tatsächliche Risikoexposition, sondern vielmehr das Gefühl einem allfälligen Übergriff hilflos ausgeliefert zu sein. Tele M1 hat im Zusammenhang mit dem Übergriff

eine Strassenumfrage durchgeführt, die ganz klar gezeigt hat, dass sich Frauen mehr Licht wünschen. Um dieser Gefahr aus dem Weg zu gehen, entwickeln Frauen Vermeidungsstrategien. Sie gehen nicht mehr zu Fuss, lassen sich abholen, nehmen das Taxi oder gehen erst gar nicht mehr aus dem Haus. Sie ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück und dies im 21. Jahrhundert. Ein Verzicht auf die Nachtabschaltung an den Wochentagen Freitag und Samstag würde vor allem jungen Frauen die Möglichkeit geben, nicht auf ihr Sozialleben verzichten zu müssen. Eine Verbesserung der heutigen Situation wünschen sich auch Personen im Schichtbetrieb. Dies betrifft vor allem Angestellte von sozialen Institutionen, wie aber auch das Personal des Gastgewerbes oder des öffentlichen Verkehrs. Sie hätten mit einer Verschiebung der Nachtabschaltung um eine Stunde, also neu von 02:00 bis 05:00 Uhr, die Sicherheit, dass sie auf beleuchteten Strassen nach Hause gehen können. Bitten denken Sie daran, dass vor allem sehr viele Frauen in diesen sozialen Institutionen arbeiten, in denen auch häufig Überstunden gemacht werden.

Huser Michaela: Unser Postulat ist absichtlich offen formuliert worden. Wir haben den Gemeinderat aufgefordert, das aktuelle Beleuchtungskonzept zu überdenken und die verschiedenen ökologischen, finanziellen und sicherheitspolitischen Aspekte, die man in einem solchen Geschäft abwägen kann, entsprechend abzuwägen und uns hier eine neue Lösung zu präsentieren. Die Fraktion SVP ist aber klar der Meinung, dass die jetzige Lösung verbesserungswürdig und nicht optimal ist. Die Sicherheit und das Wohlbefinden der Wettinger Bevölkerung gehen vor und in diesem Sinne habe auch ich verschiedene negative Rückmeldungen erhalten. Ich freue mich, wenn wir hier eine bessere Lösung finden.

Scherer Kleiner Leo: Dies ist eine der Angelegenheiten, die ich den letzten neun Jahren veranlasst habe, welche die meisten Folgen hatte. Ich war nämlich derjenige, der in der Finanzkommission auf diese Sparmöglichkeit hingewiesen hat. Ich hätte nie gedacht, dass es so weit kommt, dass wir tatsächlich das Licht löschen in der Nacht. Ich habe unterdessen auch feststellen müssen, dass diese Thematik tatsächlich eine starke Veränderung im Alltagsumfeld ist und dies wirklich von grossem Interesse für alle ist. Ich möchte aber wirklich nochmals darauf hinweisen, dass es nicht in der Kompetenz von uns 50 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten liegt, eine fixe Lösung zu beschliessen. Es liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Selbstverständlich können wir Anliegen und Wünsche formulieren, wir können Angelegenheiten weitertragen, die von Bürgerinnen und Bürgern an uns herangetragen wurden. Das können wir veranlassen. Aber eigentlich nicht mehr. Zum Thema Sicherheit möchte ich trotzdem auch noch darauf hinweisen, dass ich versucht habe, Studien zu finden über die Sicherheit im Zusammenhang mit der Strassenbeleuchtung in der Nacht. Ich habe jedoch keine Ergebnisse erzielt und lediglich Hinweise darauf gefunden, dass dies ein Bereich ist, der noch gar nicht wirklich wissenschaftlich untersucht und betrachtet worden ist. Aus diesem Grund möchte ich davor warnen – obwohl das subjektive Sicherheitsgefühl natürlich eine Realität ist – auf jedes subjektive Gefühl mit einer Massnahme der öffentlichen Hand zu reagieren.

Scheier Ruth Jo.: Die Sicherheit wurde auch bei uns thematisiert. Ich habe mich mit Personen unterhalten, die in Städten mit Nachtabschaltung wohnen. Dabei habe mich auch erkundigt, ob es statistische Auffälligkeiten in der Kriminalitätsrate, nachweisbare Veränderungen oder dergleichen gibt. Ich habe erfahren, dass die Straftaten nicht gross zugenommen und sich Übergriffe auf Frauen nicht gehäuft haben. Dazu gibt es jedoch keine offizielle Studie. Auch wenn wir dies anders empfinden, werden nicht mehr Straftaten verübt. Was mir hingegen auch gesagt wurde, ist, dass der Vandalismus – beispielsweise durch Sprayereien – abgenommen hat.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich denke es ist wichtig, dass wir einerseits auf den Ressourceneinsatz achten. Es ist aber auch richtig und wichtig, dass wir andererseits auf den Sicherheitsaspekt achten. Schlussendlich ist es die Empfindung der Bevölkerung, die dabei entscheidend ist. Man wird die Lösung nicht wissenschaftlich festlegen können, weshalb es am Schluss immer Menschen gibt, die sich auf unseren Strassen nachts und an Randstunden bewegen. Es geht darum, wie sicher wir uns fühlen, was in Wettingen passiert und wie häufig wir Meldungen über kriminelle Vorfälle erhalten. Dies wird der Gemeinderat nun nochmals aufnehmen. Ich denke, es gibt ja auch die Möglichkeit, die Strassenbeleuchtung auch um 01:15 oder 01:20 Uhr, je nach Ankunft der letzten Züge und Busse, einzustellen.

Was ich auch verstanden habe, ist, dass am Freitag und am Samstag durchaus ein gewisser Bedarf besteht, das Licht länger brennen zu lassen. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, dass dies eine Diskussion ist, die der Rat schon seit längerer Zeit führt. Es gab ja bereits öfters Vorstösse zu dem Thema. Im Moment ist es noch nicht möglich, beispielsweise Bewegungsprofile definieren zu können. Dabei würden sich die Lampen automatisch einschalten, wenn sich Menschen bewegen und anschliessend wieder abschalten. Es wäre jetzt auch nicht richtig, heute massiv in diese Technologie zu investieren. Die EWW AG hat einen Plan, in welchen Jahren die Beleuchtung aufgerüstet wird. Dies wird helfen, in Zukunft eine gewisse Flexibilität zu erhalten und das Bewegungsverhalten unserer Bevölkerung berücksichtigen zu können. Diese Thematik werden wir im Rahmen der Strassensanierungen laufend aufnehmen. Die Technologie wird sich dort laufend weiterentwickeln. Ich danke Ihnen für Ihre Rückmeldungen. Der Gemeinderat wird sich nochmals Gedanken dazu machen, in welcher Form er dies umsetzen will und es entsprechend kommunizieren.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir werden nun immer zwei Vorstösse einander gegenüberstellen und am Schluss die beiden obsiegenden gegeneinander ausmehren.

Scherer Kleiner Leo: Es liegt nicht an uns zu sagen, um welche Uhrzeit die Lampen gelöscht und am Morgen auch wieder angezündet werden. Ich mache beliebt, alle vier Postulate an den Gemeinderat zu überweisen, verbunden mit der Bitte, dass er aus jedem das nimmt, was er mit bestem Wissen, Gewissen und Ermessen als übernehmenswürdig sieht. Es macht wirklich keinen Sinn, wenn wir jetzt hier bereits entscheiden, welche Postulate nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Aus meiner Sicht sollten wir alle vier Postulate an den Gemeinderat überweisen, damit dieser eine Grundlage für seine Entscheidungen hat.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich würde trotzdem gerne einen Sieger resp. eine Zeit definieren. Es liegt anschliessend beim Gemeinderat zu entscheiden, wie er es handhaben möchte.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Gemeinderat kann sich beiden Varianten anschliessen. Wir würden auch die vier Postulate übernehmen, wenn diese so überwiesen werden. Der Einwohnerratspräsident soll über das Vorgehen entscheiden.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir werden über die Überweisung jedes Postulats einzeln abstimmen.

5.1 Postulat Benz Thomas, CVP, Fricker Martin, SVP, Knaup Adrian, SP, Notter Daniel, SVP, und Scherer Leo, Wettigrünen vom 22. Juni 2020 betreffend "Stern an der Limmat - Sterne am Himmel"; Ablehnung (2020-1642)

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja- : 18 Nein-Stimmen, bei 14 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Postulat Benz Thomas, CVP, Fricker Martin, SVP, Knaup Adrian, SP, Notter Daniel, SVP, und Scherer Leo, Wettigrünen vom 22. Juni 2020 betreffend "Stern an der Limmat - Sterne am Himmel" wird abgelehnt.

5.2 Dringliches Postulat Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden; Überweisung (2020-2321)

Scheier Ruth: Die Dringlichkeit ist klar, da wir heute Abend hoffentlich das letzte Mal für längere Zeit über dieses Thema diskutieren. Aus diesem Grund habe ich es als nötig erachtet, diesen Vorschlag ebenfalls noch einzubringen. Es handelt sich um ein Vorschlag, der in der Bevölkerung am breitesten abgestützt ist und von den allermeisten Gemeinden mit einer nächtlichen Abschaltung der Strassenbeleuchtung so angewendet wird. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Da das Wort nicht weiter gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Für die Dringlichkeit benötigt es eine Zweidrittelmehrheit. Ich erachte es als fair, wenn wir diese Dringlichkeit gutheissen, damit wir danach alle vier Vorschläge zur Nachtabschaltung der Strassenbeleuchtung als Postulat bearbeiten und gegeneinander ausmehren können.

Abstimmung Dringlichkeit

Der Einwohnerrat fasst mit sehr deutlicher Mehrheit folgenden Beschluss:

Die Dringlichkeit des Postulats Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden wird gutgeheissen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Gerne führe ich noch kurz aus, weshalb der Entscheid betreffend Abschaltung der Strassenbeleuchtung bei der Exekutive liegt. Wir sprechen im Einwohnerrat beispielsweise einen Betrag für Schulmaterial. Wir geben aber der Schule bzw. dem Gemeinderat nicht vor, welche Buntstiftfarbe damit eingekauft werden muss. Das ist ein Vergleich der einigermaßen veranschaulicht, worum es geht. So sprechen wir auch einen Betrag für die Strassenbeleuchtung, wir haben jedoch nicht die Hoheit zu entscheiden, wann und wo das Licht brennt oder nicht brennt. Das liegt in der Kompetenz des Gemeinderats.

Abstimmung Überweisung

Der Einwohnerrat fasst mit 19 Ja- : 5 Nein-Stimmen, bei 20 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Postulat Scheier Ruth Jo., glp, vom 12. November 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden wird überwiesen.

5.3 Postulat Nicodet Simona, CVP, vom 25. Juni 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden; Überweisung (2020-1650)

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja- : 6 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Postulat Nicodet Simona, CVP, vom 25. Juni 2020 betreffend Anpassung der Abschaltung der Strassenbeleuchtung in Wettingen während der Nachtstunden wird überwiesen.

5.4 Postulat Fraktion SVP vom 25. Juni 2020 betreffend beleuchtete und sichere Strassen; Ablehnung (2020-1651)

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 16 Ja- : 16 Nein-Stimmen, bei 12 Enthaltungen und Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten folgenden Beschluss:

Das Postulat Fraktion SVP vom 25. Juni 2020 betreffend beleuchtete und sichere Strassen wird abgelehnt.

6 Budget 2021 (2019-0564)

Allgemeine Aussprache

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat das Budget ressortweise geprüft. Jeder hat ein Konto oder ein ganzes Ressort erhalten und hat dies mit der entsprechenden ressortverantwortlichen Person geprüft und Feedbacks eingeholt. Am 7. September 2020 haben wir die einzelnen Prüfberichte besprochen, offene Fragen festgehalten und den Gemeinderat schriftlich zur Stellungnahme eingeladen. Am 21. September 2020 hat sich der Gemeinderat mit uns zusammengesetzt, wir konnten die offenen Punkte erläutern und die Unterlagen durcharbeiten. Wir haben anschliessend über jeden einzelnen Punkt abgestimmt. Wir möchten dem Gemeinderat ganz herzlich danken für diese doch spezielle Sitzung im Rathaussaal mit grosser Entfernung und trotzdem konstruktiven, offenen und lösungsorientierten Diskussionen. Sämtliche Ansprechpersonen in der Verwaltung haben bereitwillig Auskunft erteilt und wir haben den Eindruck erhalten, dass sich alle ihrer Verantwortung bewusst sind und nach bestem Wissen und Gewissen im Dienst der Gemeinde Wettingen handeln. Ein spezieller Dank geht an den Leiter Finanzen Marin Frey und seinen Stellvertreter Georg Kummer. Weiter danke ich den Mitgliedern der

Finanzkommission für ihre Arbeit.

Der Gemeinderat hat das Vorgehen transparent aufgezeigt. Er hat gezeigt, dass er aufgrund der Prognosen des laufenden Budgetjahres bereits Korrekturen vorgenommen hat. Corona ist also nicht an ihm vorbeigegangen, sondern er hat das bereits implementiert und adaptiert. Die generelle Entwicklung zeigt, dass in fast allen Ressorts bereits Aufwandsteigerungen vorhanden sind. Die beiden Ressorts 4 Gesundheit und 5 Soziales verzeichnen die grösste Steigerung mit 1,6 Millionen Franken, was drei Steuerprozenten entspricht. Die Hälfte dieser Aufwandsteigerung hat der Gemeinderat bereits kompensiert, indem er in anderen Bereichen rund 0,75 Millionen Franken eingespart hat. Im Bereich Steuern ist der Gemeinderat von Mindererträgen ausgegangen. Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen wurden 3 % tiefer und die Gewinnsteuern der juristischen Personen 15 % tiefer veranschlagt. Dies ergibt 2,2 Millionen Franken Steuerausfälle. Die Erfolgsrechnung sieht einen budgetierten Aufwandüberschuss von 3,86 Millionen Franken voraus, was sieben bis acht Steuerprozenten entspricht.

Es ist ein Fakt, dass dieses Budget ein Corona-Budget ist. Nun könnte natürlich der Verdacht oder sogar die Unterstellung aufkommen, dass dieses schwierige Budget gleichzeitig missbraucht worden ist, um weitere Unannehmlichkeiten zu verstecken. Die Finanzkommission stellt fest, dass dies nicht der Fall ist. Die Finanzkommission hat den Eindruck erhalten, dass der Gemeinderat gezielt Schwerpunkte gesetzt hat. Beispielsweise mit einer Priorisierung der Bauvorhaben oder auch mit der Stagnation beim Personalwachstum. Der Gemeinderat hat von sich aus auch unangenehme Kürzungen bereits selbst vorgenommen beim Kurtheater sowie beim Karussell Baden – generell im Kulturbereich, aber nicht nur dort. Die Finanzkommission hat weitere Posten und Kürzungsanträge diskutiert. Einige werden wir heute besprechen und andere sind von der Finanzkommission bereits intern abgelehnt worden und haben keine Mehrheit erreicht. Wir haben einige Punkte intensiv diskutiert. Darunter die Reduktion der Löhne der Schulverwaltung auf das Vorjahresbudget, die Reduktion des Kredits Kita-Instandsetzung, den Ersatz Heizungssteuerung auf 2022 verschieben, den berühmten Verzicht auf die WC-Anlage in der Rebhalden und der Tägi-Eintritt wurde diskutiert und ich könnte noch weitere aufzählen.

Der Finanzkommission gibt zu denken, dass auch jene Kürzungen, auch wenn sie noch so schmerzhaft sind, die Erkrankung unseres Finanzhaushalts nicht heilen. Hier gilt also abzuwägen, ob wir unsere gesellschaftlichen Errungenschaften bereits jetzt auf die Schlachtbank führen möchten oder ob uns allen klar wird, dass es doch Zeit für eine Steuererhöhung ist. Die grosse Frage ist also nicht, ob eine Steuererhöhung fällig wird, sondern wann. Klar ist auch, je später wir diese einführen, desto höher wird sie sein. Dies ist der Moment, um zu erklären, weshalb die Finanzkommission einen Antrag auf Steuererhöhung stellt. Ob die Zitrone ausgepresst ist, ist eine politische Entscheidung des Gemeinderats und von uns allen zusammen. Es ist eine Frage des Leistungsauftrags der öffentlichen Hand – de facto was wir uns zu welchem Preis leisten wollen. Die Finanzkommission nimmt in diesem Zusammenhang bewusst eine finanzpolitische Sicht ein und stellt diese der realpolitischen Sicht des Gemeinderats gegenüber. Drei Steuerprocente liegen der strukturellen Entwicklung in den Bereichen Gesundheit und Soziales zu Grunde. Die Aufwandssteigerung in den restlichen Ressorts, mit Ausnahme der Finanzen, hat bereits die Verzichtsplanung des Gemeinderates hinter sich. Somit stammt der restliche Aufwandüberschuss aus den coronabedingten Mindereinnahmen im Bereich Steuern. Diese Einschätzung kann niemand genau machen, weder der Gemeinderat noch wir oder das Kantonale Steueramt. Dies ist ein Blick in die Kristallkugel. Die Finanzkommission will im Einwohnerrat eine Diskussion anstossen, dass das coronabedingte, strukturelle Defizit aufzuzeigen ist und, dass es besser ist zum jetzigen Zeitpunkt bereits zu reagieren als der Weiterentwicklung die nächsten Jahre

zuzuschauen. Es ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren nicht viel ändern wird und diese Mehraufwendungen sich wiederkehrend einstellen werden. Wenn wir den Steuerfuss jetzt nicht erhöhen, ist davon auszugehen, dass dies aufgrund des kommenden Wahljahrs auch im nächsten Jahr nicht passiert. Somit müssen wir mit äusserst hoher Wahrscheinlichkeit eine Steuerfusserhöhung von mindestens 5 % im Budget 2023 entgegennehmen. Der Finanzplan zeigt auf, weshalb dies so ist. Zur Kompensation der stetig steigenden gebundenen Ausgaben und zur Herstellung des vorgeschriebenen Haushaltsgleichgewichts wird ab 2023 ein Steuerfuss von 100 % eingesetzt. Diese Erhöhung ist unumgänglich, um bei den vorgenommenen Annahmen die rechtlichen Vorgaben bezüglich Ausgleichs der kumulierten Ergebnisse einhalten zu können. Was bedeutet „Erreichung des Haushaltsgleichgewichts“? Dazu müssen wir für das Budget 2023 fünf Jahre zurück und zwei Jahre vorausschauen.

In den Jahren 2021 und 2022 haben wir einen massiven Aufwandüberschuss. Dieser kompensiert bei weitem die Erträge der letzten Jahre. Wenn wir 2023 den Steuerfuss nicht anheben, wird der Kanton unser Budget kassieren, weil wir den Ausgleich nicht hinkriegen. Im Jahr 2023 kommt der Wegfall der Aufwertungsreserve noch on top hinzu. Das war jeweils die berühmte Million. Sie merken, es kommt nicht gut. Aber genau diese Betrachtung nennen wir finanzpolitische Betrachtung. Dem gegenüber stellen wir die realpolitische Betrachtung des Gemeinderats, notabene des Runden Tisches und des Volksverdikts der letztjährigen Budgetrückweisung. Das Budget 2021 ist ein Coronabudget, aber nicht alles ist Corona. Aber alles ist jetzt schon real und im speziellen in diesem Raum. Die finanzielle Lage Wettingens ist und bleibt weiterhin sehr angespannt. Der Finanzplan beinhaltet Entwicklungen, insbesondere in den nächsten beiden Jahren mit Schuldenerhöhungen von Fr. 7'000'000 pro Jahr. Das muss uns hellhörig machen. Ich wiederhole mich wie in den vergangenen Jahren. In der letzten Legislaturperiode haben wir Grundschulden von 100 Millionen Franken behandelt. Im letzten Jahr ist der Gemeinderat von 150 Millionen ausgegangen. In wenigen Jahren werden wir einen unvergleichbaren Spitzenplatz im Aargau erreichen mit 180 Millionen Franken. Da ist der Vorstoss „Schuldenabbau eine Generation“ schon fast etwas ein Hohn. Die Finanzkommission ist überzeugt, eine Steuererhöhung braucht es jetzt. Das wäre finanzpolitisch real und richtig. Aber den Einsatz überlassen wir gerne Ihnen. Uns ist es wichtig, die Diskussion anzustossen. Ich rufe aber auch auf, dass es unser aller Aufgabe ist, die Diskussion auch ins Volk zu tragen und Verständnis im Volk hervorzurufen, bei jenen Personen, die abstimmen dürfen. Das ist Politik und für das sind wir gewählt.

Die Finanzkommission stellt verschiedene Anträge, sie haben die Tabelle vor sich. Ich werde in der Detailberatung darauf zu sprechen kommen. Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2021 der Einwohnergemeinde mit den Änderungen gemäss separater Tabelle zu genehmigen.

Wassmer Christian: Der Gemeinderat hat den Budgetprozess in diesem Jahr vorbildlich aufgegleist und die Parteien sowie Fraktionen zum Runden Tisch geladen, um das Budget 2021 und den Steuerfuss zu besprechen. Wir schätzen diese Initiative sehr. Sämtliche Parteien und Fraktionen haben zu den Vorschlägen konstruktiv Stellung genommen. Der Gemeinderat ist selbstkritisch mit sich umgegangen und hat erstmals eine Verzichtsplanning vorgelegt.

Wir haben 2018 und 2019 zwei sehr gute Rechnungsabschlüsse verbuchen können, allerdings dank Sonderfaktoren und einem negativen betrieblichen Ergebnis sowie einem riesigen Schuldenberg. Nach der wuchtigen Ablehnung des Budgets im letzten Jahr, welches eine Steuerfusserhöhung von 5 % vorgesehen hatte, sind Strategien für das Budget 2021 gefragt gewesen. Der Entscheid des Regierungsrats, den Steuerfuss auf

95 % zu belassen, hat die Situation auch nicht gerade einfacher gemacht. Und dann hat die Coronakrise die Situation noch einmal deutlich verschärft, zumindest auch die finanzielle Situation der Gemeinde Wettingen. Einerseits werden weniger Steuereinnahmen generiert und andererseits haben auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Einkommensverlusten zu rechnen.

Die CVP-Fraktion ist daher der Meinung, dass den Einwohnerinnen und Einwohnern im kommenden Jahr keine Steuererhöhung zugemutet werden soll, so notwendig dieser Schritt auch wäre. Zudem muss abgewartet werden, wie stark die Mindereinnahmen, bedingt durch die Coronakrise, auch tatsächlich sein werden. Bis Mitte 2021 werden sich die genauen Zahlen abzeichnen und lassen dann entsprechende Schlüsse für das Budget 2022 zu. Finanzpolitisch ist dieser Schritt eigentlich nicht zu verantworten. Darum haben wir auch sehr viel Verständnis für die Position der Finanzkommission. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir den Steuerfuss anheben müssen. Ich hoffe, das ist allen hier im Saal klar. Realpolitisch sind wir aber aus den genannten Gründen der Meinung, diesen Schritt mit dem Budget 2021 nicht zu vollziehen. Es wird unvermeidbar sein, die Steuern im Jahr 2022 oder spätestens 2023 zu erhöhen. Neben den stetig wachsenden gebundenen Ausgaben wie Gesundheit, Pflegefinanzierung, Schule und Schulinfrastruktur, müssen minimale Unterhaltsarbeiten an Gebäuden und Strassen getätigt werden, damit die Bevölkerung nach wie vor eine einwandfreie Infrastruktur zur Verfügung hat. Die Ausgaben sollen gezielt erfolgen und auf das Notwendige reduziert werden. Die Lohnsumme der Gemeindeangestellten soll eingefroren werden. Es sollen keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Jedoch unterstützen wir keine generellen Lohnkürzungen beim Gemeindepersonal. Wettingen hat nachgewiesenermassen eine vergleichsweise schlanke Verwaltung. Wir wollen wenige, gute und kompetente Mitarbeitende, die dafür fair entschädigt werden. Gleichzeitig ist aber auch darauf zu achten, dass weitere Synergien, zum Beispiel mit anderen Gemeinden, genutzt und prozesseffizienter abgewickelt werden. Um die Kosten der Pflegefinanzierung auf Gemeindeebene in den Griff bekommen zu können, sind die soeben gewählten Grossrätinnen und Grossräte gefordert, auf kantonaler Ebene Gegensteuer zu geben. Nehmen Sie das bitte als Auftrag entgegen.

Unter den aufgeführten Umständen verzichtet die CVP-Fraktion auf die Forderung nach einem Schuldenabbau im kommenden Jahr. Wir halten aber an unserem Ziel „Mission eine Generation“ fest, um den Schuldenberg baldmöglichst auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Wir sehen uns in der Verantwortung, der kommenden Generation keine erdrückende Finanzlage zu hinterlassen. Wir bedanken uns bei der Verwaltung für die Ausarbeitung und der Finanzkommission für die Prüfung des Budgets 2021. Wir stimmen dem Steuerfuss 95 % grossmehrheitlich zu. Die Kürzungsanträge der Finanzkommission werden wir mit Ausnahme der Schulveranstaltungen und der Standortförderung unterstützen. Zudem werden wir zwei Anträge stellen. Der eine ist die Streichung der WC-Luxuslösung in der Rebhalde und der andere zielt auf eine weniger starke Reduktion beim Karussell ab.

Palit Orun: Der Budgetbericht wird immer übersichtlicher und strukturierter, deshalb auch immer leichter lesbar. Es ist auch besser ersichtlich, was gebundene und nicht gebundene Ausgaben sind. Ebenfalls finden wir, dass die Hauptinformationen pro Ressort viel schneller in Bezug auf Nettoaufwandsteigerung gegenüber dem Vorjahr sowie auch in Bezug auf den beeinflussbaren Sachaufwand dargestellt werden. Es ist auch jetzt ersichtlich, wenn auch nicht wie von der glp gefordert in tabellarischer Form, auf was der Gemeinderat in jedem Ressort gegenüber dem Vorjahr verzichten will. Man könnte ja das Format der Fiko übernehmen.

François Chapuis hat bereits vieles erklärt. Das Gesamtergebnis ist minus 3,9 Millionen Franken. Die Gründe hat er angegeben. Der Gemeinderat hat erwähnt, dass er im Budget 2021 eine Million Franken eingespart hat mit Effizienzsteigerungen beim Einkaufsprozess, in der Verwaltung, beim Controlling und beim Vertragsmanagement. Das taxieren wir aber als gute Geschäftsführung und nicht als Einsparung. Weiter schreibt der Gemeinderat von Fr. 500'000 Mehreinnahmen bei Gebühren, Konzessionen und Dividenden. Das sind Erhöhungen von Einnahmen und keine Einsparungen. Wo hat der Gemeinderat wirklich gespart? Bei der Kultur, Sport und Freizeit wurden diverse Beträge gekürzt sowie beim Standortmarketing. Auch der Budgetkredit für die Strassensanierung ist um Fr. 50'000 gekürzt worden. Die glp-Fraktion muss festhalten, dass man hier immer noch keinen richtigen Sparwillen von Seiten des Gemeinderats sehen kann. Die heisse Spardebatten-Kartoffel wird einfach auf später verschoben, weil man auf eine baldige Steuerfusserhöhung abzielt. Der Gemeinderat delegiert die Suche nach Sparvorschlägen an die Fiko und den Einwohnerrat.

Die glp ist der Meinung, dass zuerst gespart werden soll, bevor eine erneute Steuerfusserhöhung in Frage kommt. Danach kann man nämlich der Bevölkerung eine Steuerfusserhöhung besser erklären. Sonst, so glauben wir, wird der Widerstand für eine Steuerfusserhöhung in der Bevölkerung weiterhin bestehen bleiben. Da wollen wir vom Gemeinderat einfach noch mehr sehen, dass er noch einen grösseren Sparwillen an den Tag legt. Wir sind ebenfalls erfreut, wie Christian Wassmer das gesagt hat, dass er Gemeinderat zwei Budgetrunden mit den Ortsparteien durchgeführt hat. Er hat sich sehr gut vorbereitet und hat es verständlich, trotz der schlechten Finanzen von Wettingen, aufgezeigt, samt langfristiger Betrachtung. Hier müssen wir aber leider festhalten, dass die Prognose Nettoschuld pro Einwohner 2045 wahrscheinlich nicht stimmen kann, weil die neuen Gebäude (Schulen, Turnhalle, Tägi) dann auch bereits wieder in eine Sanierungsphase kommen, und zweitens werden die Zinsen nicht mehr dort sein wo sie jetzt sind. Die Nettoschuld pro Einwohner wird schon vorher wieder ansteigen. Und vielleicht kommen ja auch noch Kosten der Limmattalbahn dazu. Ich glaube, dass wir uns vom Gedanken vom Schuldenabbau in einer Generation eigentlich verabschieden können, ausser ihr wollt eine Steuerfusserhöhung auf 110 %, dann wäre es wahrscheinlich möglich. Wettingen hat in guten Zeiten einfach kein Polster angelegt, sondern ist mit den Ausgaben und Investitionen immer ans Limit gegangen. Das beste Beispiel ist die 85 Millionen Franken teure Tägi-Sanierung. Dazu ist noch gekommen, dass man viel zu optimistisch Steuereinnahmen prognostiziert hat und dadurch über Jahre hinweg Defizite geschrieben hat.

Es ist immer irgendetwas in Wettingen, was nicht vorhersehbar ist. Wir werden nämlich in kürzerer Frist wieder mit zwei unvorhergesehenen Aufwandsposten konfrontiert sein. Nämlich mit dem Bezirksschulgebäude und mit der neuen Turnhalle im Altenburg. Die glp-Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat das Budget 2021 ohne Steuerfusserhöhung präsentiert hat. Während der Coronakrise eine Steuerfusserhöhung zu erheben, wäre wirklich eindeutig das falsche Zeichen. Viele Bürgerinnen und Bürger müssen Lohneinbussen wegen der Kurzarbeit hinnehmen. Es ist nicht auszuschliessen, dass auch einige ihre Stelle verlieren werden. Eigentlich ist jetzt mehr Solidarität mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern gefragt. Wir müssen ein Zeichen an die Bevölkerung senden, dass wir zuerst bei uns sparen möchten, bevor wir Leistungen abbauen, deshalb wird die glp-Fraktion auch einige Kürzungsanträge bei der Exekutive und der Legislative vorschlagen. Zu den Kürzungsanträgen der Fiko und den anderen Parteien werden wir dann bei der Detailberatung Stellung nehmen.

Widmer Franziska: Die Finanzen bleiben ein Sorgenkind unserer Gemeinde. Die gebundenen Ausgaben steigen, insbesondere Gesundheit, Bildung und Soziales sind Kostentreiber. Um die steigenden Kosten des Budgets auszugleichen, erfolgt seit Jahren

eine Sparrunde nach der anderen und das obwohl sich Wettingen in vielen Bereichen bezüglich Pro-Kopf-Ausgaben bereits im unteren Bereich des Benchmarks mit vergleichbaren Gemeinden bewegt. Bis anhin hat der Gemeinderat verstanden, dies mit verschiedenen Sparmassnahmen, Effektivitätssteigerungen und teilweise auf Kosten der Mitarbeitenden auszugleichen. Dass das nun nicht mehr möglich scheint, zeigen Kürzungsanträge der Fiko, die sich zahlenmässig in einem bescheidenen Umfang bewegen. Die Kürzungen beginnen der Bevölkerung weh zu tun. Und was passiert? Die einzelnen schimpfen über das Abschalten der Strassenbeleuchtung oder über die maroden Strassen, andere über die Kürzung des Beitrags an das Kurtheater, teure neue Kreisel oder die teure Sanierung des Tägi. Und bald schimpfen vielleicht die Jungen über die Alten, die so teure Gesundheitskosten verursachen, und die Alten wiederum über Kinder und Jugendliche, die eine Schulausbildung brauchen. So wie wir es bereits aus den Bereichen Sozialhilfe und Flüchtlingswesen kennen, wo statt über die Bedürfnisse dieser Personen über Missbrauch gesprochen wird. Unsere Fraktion hat es bereits am runden Tisch angetönt und die Fraktionsberichte zeigen es ebenfalls. Eigentlich wissen fast alle Fraktionen, dass die von der Finanzkommission beantragte Steuererhöhung nötig ist. Und zwar jetzt für das uns vorliegende Budget. Aus diesem Grund unterstützen wir den Fiko-Antrag, den Steuerfuss auf 98 % zu erhöhen und werden uns vorbehalten ein Budget mit einem Steuerfuss von 95 % abzulehnen. Zur Erinnerung: der Regierungsrat hat im April, wo es um die Festsetzung des Steuerfusses 2020 gegangen ist, geschrieben: „bei einer erneut notwendigen Ersatzvornahme für das Budget und den Steuerfuss 2021 würde der Regierungsrat jedoch die Finanz- und Aufgabenplanung mitberücksichtigen und seinen Entscheid aufgrund längerfristigen finanzplanerischen Überlegungen treffen, wenn es den kommunalen Organen wiederholt nicht gelingt, einen gültigen Budgetbeschluss zustande zu bringen. So nehmen Sie eine ihrer zentralen Gemeindeaufgaben nicht mehr wahr.“ - Das zeigt aus unserer Sicht, dass ein Verzicht auf eine Steuererhöhung der Bevölkerung nicht nur Sand in die Augen streut, was die tatsächliche Situation der Wettinger Finanzen angeht, sondern auch, dass der Einwohnerrat seiner Verantwortung für unsere Gemeinde nicht nachkommt und die Fraktionen eine notwendige Steuererhöhung womöglich aus wahltaktischen Gründen ablehnen.

Wenn es uns heute gelingt, ein Budget mit einem Steuerfuss von 98 % zu verabschieden, braucht es nachher eine kommunikative Höchstleistung des Gemeinderats und auch von uns allen. Die Notwendigkeit der Steuererhöhung muss der Bevölkerung offen, transparent und vor allem wiederholt aufgezeigt werden, damit unsere Bürgerinnen und Bürger aufgrund von Fakten und nicht aufgrund von Angstmacherei entscheiden können.

Gujer Mia: Die schwierige Ausgangslage und das Defizit am Ende der Rechnung kennen wir alle. Wir alle müssen uns heute wirklich überlegen, was für ein Wettingen wir möchten. Welche Dienstleistungen sollen eine Gemeinde auszeichnen und wo wollen wir in Zukunft hin. Fragen, die wir eigentlich mit dem vorliegenden Budget nicht beantworten können, weil wir weder das Geld haben Leistungen aufrechtzuerhalten noch neue aufbauen zu können. Mit dem aktuellen Finanzkurs ist Wettingen in eine Schieflage gebracht worden. Heute stimmen wir über die Bildung und wichtige kulturelle Angebote ab, sogar den Tagesstrukturen soll es an den Kragen gehen. Nun gilt es wieder aus dem Loch hinauszukriechen und dafür müssen wir die Einnahmenseite verbessern, denn wir haben bald keine Leistungen mehr, die wir streichen können. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen hoffen heute auf vernunft- und zukunftsorientierte Entscheidungen und damit auf ein "Ja" für die Steuerfusserhöhung.

Mollet Désirée: Dieses Jahr ist der Budgetprozess vom Gemeinderat beispielhaft angegangen worden. Für dieses Engagement bedankt sich die FDP-Fraktion herzlich. Durch das Einberufen des Runden Tisches, wo alle Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten und Parteipräsidentinnen und -präsidenten eingeladen wurden, hat der

Gemeinderat auf der einen Seite versucht die Stimmung des Soveräns einzuholen und auf der anderen Seite versucht aufzuzeigen, welche Auswirkungen welcher Steuerfuss längerfristig hat. Als Resultat dieses Runden Tisches haben wir nun das vorliegende Budget, in dem das ausgewiesene Defizit von fast 4 Millionen Franken alles andere als erfreulich aussieht und in dem ein Schuldenabbau in eine weite Ferne rückt.

Man kann es drehen und wenden wie man will, die mittelfristige finanzielle Zukunft von Wettingen sieht auch durch die rosarote Brille nicht gut aus. Die weiter wachsende Verschuldung und das jährliche Wachstum der gebundenen Ausgaben, vor allem im sozialen und Pflegebereich, sind in den Augen der FDP-Fraktion besorgniserregend. Dieser Tatsache mit einer Steuerfussanpassung entgegenzuwirken ist ein Weg. Die Fraktion FDP vertritt jedoch klar die Meinung, dass es nur eine Seite der Medaille ist. Momentan ist wenig spürbar, welche Vision für Wettingen besteht. Wo und was will Wettingen in zehn Jahren sein? Wie soll sich Wettingen entwickeln? Hoffen wir auf ein Wunder? Es ist unumgänglich, dass sich Wettingen der strukturellen Herausforderungen stellt und die Umsetzung von einer Vision aktiv angeht. Attraktives Wohnen, Anreiz für Firmen schaffen, auf die IT-Welle aufspringen – das sind nur drei Stichworte, die wir hier erwähnen möchten. Unsere geographische Lage ist auch unser Potenzial. Stichworte alleine steigern den Ertrag leider nicht, Vorstösse in diese Richtung aber schon. Darum haben wir heute Abend auch gleich drei Vorstösse eingereicht. Wir sind uns bewusst, dass das ohne Investitionen schlussendlich nicht gehen wird. Aber Investitionen, die sie schlussendlich bei den Steuereinnahmen längerfristig lohnen, ohne dass ein Steuerfuss ins Unattraktive gesteigert werden muss, lohnen sich. Und dann gibt es in unseren Augen auch noch einen weiteren Punkt, den es anzugehen gilt: Die Abwälzung von Kosten vom Kanton auf Gemeinden, gerade im Gesundheitsbereich, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dem soll Einhalt geboten werden. Und dabei appellieren wir auch an alle bisherigen und neu gewählten Mitglieder des Grossen Rats. Überparteilich gesehen ist das doch eine beträchtliche Anzahl für Wettingen.

Wie bereits erwähnt, hat der Gemeinderat aufgrund des Resultats aus zwei Runden Tischen mit Vertretenden aller Parteien das vorliegende Budget erarbeitet. Die Einigkeit am Runden Tisch war hoch, sodass der Gemeinderat als Folge auch von einer Steuererhöhung 2021 abgesehen hat. Die Kommunikation war jedoch deutlich: Die Erhöhung wird irgendwann unumgänglich und die Fraktion FDP bezweifelt einfach, dass das jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Mit diesem Budget verzichten wir auf Leistungen, kürzen Beiträge und der Spardruck tut weh, ärgert und ist herausfordernd. Nichtsdestotrotz wissen wir nicht, wie viel von dem beim Soverän angekommen ist. Die deutliche Ablehnung des Budgets im vergangenen Februar zeigt auf, wie wichtig es ist, künftig eine geplante Steuererhöhung frühzeitig mit der Bevölkerung zu diskutieren, mit ihnen in Kontakt zu treten und eine Verzichtsdiskussion zu führen und aufzuzeigen, wie die Situation aussieht. Dafür reicht die Zeit bei weitem nicht mehr aus. Zudem wünschen wir uns vom Gemeinderat und auch vom Einwohnerrat, dass er nach anderen Lösungen auf der Ertragsseite sucht und seinen Fokus nicht nur auf den Steuerfuss richtet. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderats folgen.

Huser Michaela: Mit Blick auf die Wettinger Budgetdiskussion 2020 haben wir ein bewegtes Jahr hinter uns. Solch ein bewegtes, dass es sich hätte hoffen lassen, dass das etwas ausgelöst und zum Umdenken angeregt hat. Dementsprechend gespannt war die Fraktion SVP auf das Budget 2021. Der bewegte Budgetprozess vom letzten Jahr hat die Fraktion SVP in ihrem Weg bestätigt. Im Namen der Fraktion SVP habe ich letztes Jahr an dieser Stelle Ausschnitte aus meinen Voten der vergangenen Jahre gebraucht, um einmal mehr aufzuzeigen, dass wir seit Jahren sagen, dass es so nicht weitergehen kann. Und auch dieses Jahr müssen wir uns leider wiederholen. Seit Jahren weisen wir auf unsere äusserst problematische Finanzpolitik hin und fordern Massnahmen beim stetigen Ausgabenwachstum. 2015 hat die Fraktion SVP in einem Vorstoss gefordert,

dass die Gemeinde eine Ausgaben- und Schuldenbremse einführt. Leider ist bis heute nichts passiert. Anstatt Massnahmen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite in Angriff zu nehmen, sind dann in den letzten Jahren einfach Steuern, Gebühren und Abgaben erhöht worden. Die Abstimmung im Februar hat deutlich gezeigt, dass das Volk jetzt auch genug davon hat. Das klare Nein der Wettinger Stimmbevölkerung hat die Fraktion SVP bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir Mass halten bei den Ausgaben und einen umsichtigen und verantwortungsvollen Umgang mit den Wettinger Steuergeldern fordern. Es wäre zu hoffen gewesen, dass mit diesem bewegten Budgetprozess vom letzten Jahr, der erst im Sommer mit dem Entscheid des Regierungsrats zu Ende gegangen ist, ein Umdenken und eine Kehrtwende in der Wettinger Finanzpolitik stattfindet. Dass das Ausgabenwachstum gestoppt wird, Leistungsvereinbarungen hinterfragt werden und eine Verzichtsdiskussion geführt und mit dem Geld gewirtschaftet wird, welches uns zur Verfügung steht. Im vorgelegten Budget 2021 ist aber leider nicht wirklich eine Kehrtwende zu erkennen. Es ist positiv zu betonen, dass der Gemeinderat im Rahmen der Runden Tische Gespräche mit verschiedenen Einwohnerräten und Ortsparteipräsidenten gesucht hat. Das wäre aber eigentlich gerade unmittelbar nach der Abstimmung notwendig gewesen, um auch dort eine wirkliche Diskussion zu führen. Man muss auch betonen, dass die Teilnehmenden dieser Runden sich nie auf die Diskussion vorbereiten konnten. Unterlagen und Ideen sind jeweils am Abend selber verteilt worden. Und ausserdem: Eine Budgetdiskussion zu führen, ohne dass das Budget vorliegt, scheint uns relativ schwierig. So ist der Runde Tisch zwar gut gemeint gewesen, aber weitergebracht hat er uns leider nicht. Das zeigt beispielsweise nun auch, dass die Meinung der Fiko dort drin gar nicht widerspiegelt wurde und uns jetzt überraschenderweise doch noch eine Steuerfusserhöhung von der Fiko vorliegt. Es hat sich bei diesem Runden Tisch auch gezeigt, dass leider noch nicht erkannt worden ist, worum es geht. Es geht nämlich nicht um einzelne Budgetposten, sondern um eine Haltungsänderung. Verschiedene aufgeführte Sparmassnahmen sind eben keine Sparmassnahmen wie beispielsweise Unterhalt optimieren, sich wehren gegen Kostenüberwälzungen, unsere Juwelen infrage stellen - das sind keine Sparmassnahmen. Ganz geschweige denn von der Stärkung der Einnahmenstruktur, was in der laufenden Legislatur optimal stattgefunden hat. Das ist eine echte Errungenschaft, auf die hoffentlich hier drin niemand stolz ist, in Anbetracht dessen, wo überall in den letzten Jahren Gebühren und Abgaben gesteigert worden sind. Die Einnahmenseite soll auch weiterhin gestärkt werden, indem man nämlich zum Beispiel ein Radargerät anschafft, um so noch mehr Bussen einnehmen zu können. Also auch hier sprechen wir nicht von Sparmassnahmen. Und auch Effizienzsteigerung ist keine Sparmassnahme. Personaleffizienz steigern, "reduce to the max" beim Sachaufwand, das ist doch einfach nur zu erwarten. Ist es wirklich zu viel verlangt, sorgsam mit unseren Steuergeldern umzugehen? An dieser Stelle gilt der Fiko ein spezieller Dank, die sich einmal mehr darum bemüht hat, doch noch ansatzweise in eine Verzichtsdiskussion einzugehen und wenigstens bei verschiedenen Posten sagt, der Betrag vom letzten Jahr muss reichen. Ja, wie soll es weitergehen? Angesichts dem klaren Stimmungsbild in der Bevölkerung und dem nicht vorhandenen Willen, bei uns zuerst zu sparen, sind wir klar der Meinung, dass dieses Jahr keine Steuerfusserhöhung infrage kommt. In schwierigen Situationen ist eine klare Führung, die auch mit gutem Beispiel voran geht, gefordert. Auch eine vorausschauende und umsichtige Kommunikation ist gefordert. So ist es beispielsweise schade, dass unsere Nachbarn über den Latrinenweg über Budgetkürzungen beim Kurtheater oder dem Karussell erfahren. Wir machen hier viele gute Beziehungen kaputt. In diesen Situationen das Gespräch zu suchen wäre wichtig. Um vielleicht doch noch gemeinsam weiterzukommen und die Fronten nicht noch weiter zu verhärten, unterstützen wir eine Fortsetzung der Runden Tische und den Einbezug der Fiko und der Verwaltung. Der Gemeinderat soll die Führung übernehmen, jeweils mit gutem Beispiel vorangehen, klar und transparent kommunizieren und planen, um auch motiviert und optimistisch durch diese schwierige Zeit zu führen. Mit verschiedenen

Fragen und Anträgen wird die Fraktion SVP diese Verzichtsdiskussion versuchen aufzunehmen und hofft, auf die Unterstützung des Einwohnerrats zählen zu dürfen. Aber auch uns ist klar, wie wir das auch schon mehrmals erwähnt haben, kann man nicht einmal im Jahr versuchen zu sparen, sondern muss jeweils vorausschauend und genau hinschauen, umso auch mittelfristige und langfristige Massnahmen in Angriff zu nehmen. In allen unseren Verträgen und Leistungsvereinbarungen soll unser gesamter Handlungsspielraum ausgenutzt werden. Für das sind wir wieder einmal mehr als zu spät dran. Aber wir hoffen, dass wir das in gemeinsamen Diskussionen anschauen können. In diesem Sinne sind wir gespannt auf die heutige Diskussion.

Maibach Markus, Vizeammann: «Nachdem wir im letzten Jahr gemeinsam einen Befreiungsschlag angestrebt haben, strecken wir uns dieses Jahr nach der Decke. Und im Raum steht zusätzlich noch ein lästiges Virus. Jetzt diskutieren wir heute noch darüber, wie viele Möbel wir noch aus diesem Raum nehmen können.» Ich höre aus den Voten heraus, dass es viel Überzeugungsarbeit im politischen Diskurs mit der Bevölkerung braucht, damit klar wird, wo wir stehen. Ich bin sehr dankbar über die klaren Worte des Fiko-Präsidenten und ich möchte den Dank zurückgeben. Ich glaube, wir haben auch einen Lernprozess gemacht, wie man einen Prozess angeht und ich habe diesbezüglich mehrheitlich positive Voten gehört. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir diesen Austausch weiter pflegen. Ich möchte ein paar Ergebnisse von diesem "Round Table" nochmals kurz Revue passieren lassen, damit wir wirklich alle am gleichen Ort sind und dass wir einander auch wirklich zuhören.

Wir haben gezeigt, dass wir im Benchmark mit anderen Gemeinden sparsam unterwegs sind, das hat uns der Kanton attestiert. Wir haben aufgezeigt, dass wir nicht nichts gemacht haben, sondern bereits eine Einsparungen erzielt haben – und ob das jetzt Effizienzverbesserung oder Leistungsabbau ist: unser Auftrag ist es politische Akzeptanz zu bekommen. Deshalb gehen wir nicht einfach hin und bauen Leistungen ab. Ich wehre mich gegen diesen Ansatz, dass Sparen nur darin besteht, irgendwelche Leistungen abzubauen. Effizienz ist mindestens so wichtig. Wir haben aufgezeigt, dass wir etwa 1,5 bis zwei Millionen Franken rausholen konnten. Ich rufe gerne Folgendes in Erinnerung: Acht Steuerprozent sind die Gesundheitskosten in den letzten vier Jahren gestiegen. In diesen vier Jahren haben wir die Steuern um 3 % erhöht, als wir die Veränderung beim Finanzausgleich kassiert haben. Wir haben in den Rechnungen Überschüsse produziert, auch wenn das Sonderfaktoren sind, die uns aber geholfen haben, diesen Schuldenanstieg einzudämmen.

Corona reisst eine Delle. Wir haben aufgezeigt, wie klein unser Spielraum am Schluss eben tatsächlich ist, wenn es darum geht, die ungebundenen Ausgaben zu beeinflussen. In diesem Sinn ist es allen klar geworden, dass wir nicht darum herum kommen, ein Defizit auszuweisen. Ich bin auch froh um das Votum des Fiko-Präsidenten, dass wir die aktuelle Situation nicht ausnutzen um irgendwelche Sachen zu kaschieren. Wir haben auch die roten Linien aufgezeigt. Wir wollen nicht unsere Leuchttürme aufs Spiel setzen, das ist aus unserer Sicht fahrlässig und würde auch nicht auf Akzeptanz stossen. Aber es ist durchaus sinnvoll, gute Leistungen auch gut zu verkaufen. Und deshalb sprechen wir eben tatsächlich über Einnahmenoptimierung und nicht übers Abzocken der Bevölkerung. Wir haben auch klar aufgezeigt, was der Spielraum beim Personalaufwand ist. Wir haben nicht vor, Änderungskündigungen mit Lohnsenkungen zu machen, aber wir haben uns ein hartes Dach gesetzt beim Personalaufwand, indem wir eine Nullrunde beschlossen haben und keine Stellenerweiterungen vorsehen. Ich hoffe da auch auf das Vertrauen des Einwohnerrats und der Bevölkerung, dass wir da wirklich darauf schauen und die Digitalisierungspotenziale nutzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wie ist das Budget zu Stande gekommen? 2,9 Millionen Franken durch Corona und

2,3 Millionen Franken nicht beeinflussbare Kosten ergeben 5,4 Millionen Franken – das sind über zehn Steuerprozente. Wir haben noch eine Million Franken herausgeholt mit Verzichtsplanung und Effizienzsteigerung. Somit landen wir bei einem Defizit von 4,4 Millionen Franken. Es muss uns bewusst werden, dass wir uns in einem wirklich speziellen Jahr befinden. Wir haben diese Ausfälle realistisch versucht zu budgetieren. Es kann auch sein, dass wir zu hoch budgetiert haben, aber wir können das nicht genau wissen. Das ist eben für uns auch der Grund, weshalb man jetzt nicht überreagieren sollte. Wir haben den ganzen Budgetprozess neu kommuniziert. Wir sind auf dem Weg zu Globalbudgets. Wir haben uns im Finanzplan härtere Bandagen angelegt, indem wir da wirklich sagen: „Kein Wachstum beim Personalaufwand und Sachaufwand“. Das ist noch nie da gewesen. Aber wir müssen mit unserer Substanz pro Jahr mit 10 bis 12 Millionen Franken Nettoinvestitionen rechnen. Und ich lehne nicht heraus, ob wir im Jahr 2040 hier die richtigen Prognosen haben. Es ist sicher ein hoher Anspruch, aber wir haben mit diesem Finanzplan eigentlich einen Quantensprung gemacht in der Einschätzung, zumindest für die nächsten zehn Jahre. Dass da der Schuldenabbau warten muss, das ist die logische Konsequenz. Ich möchte mich wehren gegen den Vorwurf, dass diese Gemeinde oder der Gemeinderat keine Vision hat. Die Vision ist nicht der Finanzplan. Die Vision ist eigentlich die räumliche Entwicklungsstrategie und da sind wir auf gutem Weg. Wir haben einiges gemacht an der Landstrasse, wir haben am Bahnhof etwas gemacht und machen jetzt ein Gesamtleitbild. Ich lade alle ein, hier mitzuwirken. Dann reden wir darüber, wo es Potenzial im Bevölkerungswachstum mit neuen Gewerbe- oder Industrierichtungen gibt. Wo wir eben auch das Potenzial erhöhen und die Attraktivität steigern können. Das ist unsere Vision.

Ich möchte hier den Dank an die Fraktionen für den konstruktiven Prozess zurückgeben. Wir haben eine kurze Streichungsliste. Ich erinnere an die Streichungsliste vom vergangenen Jahr. Der Gemeinderat lehnt diese Streichungen ab. Wir haben Mühe mit der Umwandlung von Budgetkrediten in Verpflichtungskredite, weil das letzten Endes nur mehr Aufwand gibt. Wir werden bei einzelnen Anträgen noch mal darauf zurück kommen. Wir haben noch nie so viele Anfragen gehabt von den Finanzkommissionsmitgliedern, aber auch von den Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen. Ich bedanke mich für das Interesse am Budget. Es sind über 80 Fragen eingegangen, die wir einzeln beantwortet haben. Ich glaube, das ist eine profunde Prüfung und darum möchte ich meinen Satz vom letzten Jahr revidieren. Ich habe damals gesagt: „Das ist das am besten durchforstete Budget.“ - Nein, dieses Budget 2021 ist am besten durchforstet. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo auch Widerstand kommt gegen gewisse Sparvorschläge, die wehtun. Es tut weh, wenn man ausgerechnet im Kulturbereich in einem Jahr kürzen muss, indem Kulturschaffende leiden. Aber wir haben versucht, das Mögliche zu tun und sichtbar zu machen. Ob die Zitrone ausgepresst ist oder nicht, das entscheiden letztlich Sie. Aus unserer Sicht ist sie es, und das zeigt auch, welche Erträge bzw. welche Sparmöglichkeiten hier noch vorhanden sind. Ich habe hiermit verbunden zwei Erwartungen an den Prozess. Ich sehe noch ein gewisses Potenzial bezüglich der Behandlung von Fragen zum Budget. Ich bin sehr froh, dass am Schluss alle Anträge allen ER-Mitgliedern auch transparent frühzeitig mitgeteilt werden. Ich glaube, es ist wichtig, dass man sich hier auch gegenseitig informiert. Man könnte aber gewisse Fragen bündeln. Vorbildlich ist das Vorgehen der Fraktion EVP/Forum 5430, die einmal mit dem grossen Fragenkatalog gekommen ist und danach war alles geklärt. Da gibt es sicher noch Potenzial, aber wir sind immer bereit, die Fragen zu beantworten und sind auch dankbar, wenn Sie Interesse zeigen. Wenn wir dann nächstes Jahr in Richtung Globalbudgetierung gehen, dann erwarte ich aber schon, dass man sagen kann: „Wir erinnern uns, wo wir es das letzte Jahr probiert haben.“ Wir möchten auf der diesjährigen Grundlage aufbauen, damit wir doch eine strategische Steuerung erreichen, welche wir eigentlich anstreben und Sie auch als Vorstoss überwiesen haben. Wir möchten das auch wirklich gemeinsam angehen können. Die einzelnen Ressortvorsteher werden zu

den verschiedenen Anträgen direkt Stellung nehmen. Später werde ich Stellung zum Antrag der Steuerfusserhöhung nehmen. **Pauli Christian, Einwohnerratspräsident:** An dieser Stelle bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich bei den Fraktionspräsidenten und -präsidentinnen, die im Vorfeld ihre Anträge versendet und untereinander ausgetauscht haben. Dadurch wird die Effizienz gesteigert und meine Vorbereitung erleichtert.

Palit Orun: Ich habe zwei Ordnungsanträge, die miteinander zusammenhängen. Bei der Abstimmung zum Steuerfuss soll im Sinne der Transparenz eine Abstimmung mit Namensaufruf durchgeführt werden. Das wäre beim Antrag der Fiko zum Konto 9100.4000. Weiter soll die Abstimmung zum Steuerfuss vor den Kürzungsanträgen erfolgen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Das Konto 9100.4000 ist meines Wissens ein Ausgleichskonto, welches eigentlich am Schluss eine Zahl von soundso viel Minus oder Plus ausweist. Danach geht man durch die Kennzahlen usw. und schliesslich kommt die Steuerfussabstimmung ganz am Schluss. Das Ergebnis dieser Abstimmung wird dann eingesetzt und im Ausgleichskonto wird das sogenannte Schlussresultat ersichtlich. Das macht eigentlich kein Sinn, wenn wir das vorher schon behandeln. Der Steuerfuss kommt ganz zum Schluss. Buchhalterisch ist es absolut richtig, die Fiko hatte einen Antrag gestellt auf eine Steuerfusserhöhung. Deshalb ist wahrscheinlich dort ein Steuerfuss von 98 % drin. Rein taktisch hätte man 95 % belassen können und dann müsste man eigentlich gar keinen Antrag behandeln.

Palit Orun: Die Frage ist, ob man das kann oder nicht kann. Es wäre mein Wunsch gewesen, dass wir darüber zuerst abstimmen. Ich glaube, das gäbe ein Gefühl für die Einwohnerräte betreffend die Sparvorschläge. Wenn der Steuerfuss von Anfang an bekannt ist, verläuft die Diskussion ganz anders. Falls dies aus rechtlichen Gründen nicht geht, dann ist das verständlich. Dann möchte ich aber am Ordnungsantrag bezüglich Namensaufruf festhalten. So kann die Transparenz erhöht werden.

Maibach Markus, Vizeammann: Ob es sinnvoll ist oder nicht, am Anfang über den Steuerfuss zu entscheiden, bestimmt der Einwohnerrat. Technisch ist es bestimmt machbar und möglich. Es ist nicht einfach ein Ausgleichskonto. Wir ändern dann eigentlich die Einnahmen unter dem Konto Steuereinnahmen und haben dann einfach eine andere Ausgangslage. Der Ausgleich ergibt sich dann am Schluss.

Scherer Kleiner Leo: Damit es formal korrekt abläuft: es sind zwei Anträge. Für die Frage bezüglich Namensaufruf braucht es eine separate Abstimmung. Das ist im Geschäftsreglement so festgehalten. Das andere ist ein Ordnungsantrag, der quasi die Reihenfolge umkehren will. Ich bitte den Einwohnerrat, den Ordnungsantrag abzulehnen. Er ist absolut unlogisch. Wir müssen zuerst durcharbeiten, was es an gebundenen, bedingt gebundenen und freiwilligen Ausgaben gibt und daraus ergibt sich dann in der Summe, was auf der Ertragsseite gemacht werden soll oder allenfalls nicht gemacht werden soll, mit dem Ergebnis, dass eine rote Zahl noch tiefer wird. Aber zuerst sagen, wir fixieren etwas davon und danach haben wir ein Zwangskorsett für den ganzen restlichen Teil, das finde ich also jetzt wirklich ein "Schlungg". Dieses Vorgehen lehne ich konsequent ab. Und ich hoffe, dass der Einwohnerrat das auch macht.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 10 Ja - 34 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag von Orun Palit, glp, auf Abstimmung über den Steuerfuss mit Namensaufruf wird abgelehnt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 3 Ja- : 40 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Der Antrag von Orun Palit, glp, auf Durchführung der Abstimmung über den Steuerfuss als allererste Abstimmung wird abgelehnt.

Detailberatung

Ressort 0 Allgemeine Verwaltung

Palit Orun: Zu Konto 0110.3000.01, Sitzungs- und Taggelder Kommission: Der Budgetbetrag ist Fr. 130'000. Wir von der glp-Fraktion wollen den Betrag um Fr. 50'000 kürzen auf Fr. 80'000. Wie schon beim Eingangsvotum erwähnt, will die glp gerne zuerst bei sich sparen – also bei der Legislative – bevor wir einen Leistungsabbau bei der Bevölkerung in Betracht ziehen. Wir alle leisten schliesslich einen Dienst an der Gesellschaft, wir wollen Wettingen mitgestalten und wir machen das ja nicht wegen des Geldes. Es wäre also ein gutes Zeichen der Solidarität, dass wir an die Bevölkerung senden können, die jetzt unter der Coronakrise leidet. Es geht um die Sitzungsgelder des Einwohnerrats und der Finanzkommission, damit leisten wir einen signifikanten Beitrag. Wir hoffen auf eure Unterstützung.

Fricker Martin: Die SVP-Fraktion teilt die Meinung der glp-Fraktion. Wir erachten dies als positiv. Wenn das eine zu starke Kürzung ist, dann empfehlen wir euch eine Kürzung um 5 %. Dieser Betrag war letztes Jahr im Budget. Das wäre also quasi die Variante 2: 5 % bei diesem Budgetposten sparen: Fr. 6'125; von Fr. 130'000 auf Fr. 123'875.

Oberholzer Christian: Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen stellen uns vehement gegen jegliche Kürzungsanträge auf dieser Budgetposition. Die Entschädigungen sind im Reglement festgelegt oder sind durch den Einwohnerrat am Anfang der Legislaturperiode festgelegt worden. Der korrekte Weg zu einer allfälligen Veränderung wäre die Anpassung der entsprechenden Reglementen oder des bestehenden Einwohnerratsbeschlusses. Aber sicherlich nicht mit einem lapidaren Budgetantrag. Hier fordern wir euch auf, auch in Anbetracht der angespannten Finanzsituation, sich an die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu halten. Es gibt noch ein paar andere Aspekte. Bei einem Defizit von 4,2 Millionen Franken die Notwendigkeit von einer Steuererhöhung zu verleugnen und dafür Sparübungen in der Höhe von 3 % vom erwarteten Defizit vorzuschlagen, sieht mehr nach einer reinen Alibiübung aus und dient dazu, bei Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für die nächsten Wahlen ein wenig Effekthascherei zu betreiben. Man kann es schon fast als unredlich bezeichnen und sicherlich nicht als Zeichen von politischer Verantwortung. Und wer das mit Solidarität und einem Sparbeitrag oder mit einem Verzicht aufgrund von Corona argumentiert, setzt sich nicht mit den realen Problemen auseinander. Wir helfen den Menschen, die wirtschaftlich von Corona betroffen sind, nicht mit einem Verzicht auf irgendwelche Sitzungsgelder, sondern mit gesunden Gemeindefinanzen. Dazu ist eine nachhaltige Finanzpolitik notwendig und nicht kurzfristige Minimalsparvorschläge.

Fricker Martin: Orun Palit und ich haben an der letzten Sitzung einen Antrag gestellt, der abgelehnt wurde, der eine Reglementsanpassung zur Folge gehabt hätte. Das ist genau das, was wir jetzt hören: "Ihr müsst die Reglemente anpassen, dann kann man die Sparmassnahmen umsetzen." - Wir fordern eine Reglementsanpassung ein und es wird nicht umgesetzt. Fakt ist, wir haben ein riesiges Problem. Wir haben ein unkontrolliertes Wachstum unserer Ausgaben seit Jahren. Wir müssen endlich eine

ehrliche Verzichtsdiskussion führen. Die würde anfangen, indem wir jetzt sagen würden, welche Reglemente wir anpassen müssen, damit wir nachher die Kürzungen machen können. Das machen wir nicht. Und dann kommen wir mit Anträgen und es heisst: Ja, das geht auch nicht. Dort sind wir in der Bredouille und die Ausgangslage ist ganz einfach. Entweder bemitleiden wir uns weiter, stecken den Kopf in den Sand und reden von den schlimmen gebundenen Ausgaben, die wir angeblich nicht beeinflussen können. Die Konsequenz daraus ist ganz einfach. Wettingen wird dann etwa alle zwei bis drei Jahre die Steuern um 3-5 % erhöhen müssen. Es kann sich jeder hier drin ausrechnen, wie lange es geht, bis wir bei 120 % sind. Oder – und das ist die Alternative – wir nehmen jetzt endlich das Heft in die eigene Hand, führen ehrliche Verzichtsdiskussionen und beginnen damit an der nächsten Einwohnerratssitzung, wo es um zwei sehr wichtige Dokumente geht. Nämlich um die Verfassung unserer Gemeinde – Gemeindeordnung – und das Geschäftsreglement des Einwohnerrats. Beginnen wir ab dann Grundlagen zu schaffen, damit wir ernsthaft sparen können.

Scherer Kleiner Leo: Man müsste schon noch eine kleine Sprachübung oder Begriffserklärung machen. Sparen tue ich dann, wenn ich etwas übrig habe und ich das auf die Seite legen kann für irgendein künftiges Bedürfnis. Wenn ich nichts übrig habe, kann ich nicht sparen. Wenn ich nichts übrig habe, dann muss sich allenfalls irgendwo etwas abstreichen, etwas nicht machen, was ich hätte machen sollen. Also irgendwie nur einen Cervelat kaufen statt ein Entrecôte. Das ist mal das erste, das ich klarmachen möchte. Wir 50 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte machen hier die Arbeit für über 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wir bekommen pro Sitzung ein Sitzungsgeld von Fr. 100. Die Sitzung dauert heute wahrscheinlich etwa drei Stunden. Wir alle hatten ein bis zwei Fraktionssitzungen, was weitere vier Stunden ergeben. Alle haben das Budget studiert, was zusätzliche Stunden ergibt. Wenn ich das in Relation setze, dann bekommen wir etwas zwischen Fr. 10 und Fr. 15 pro Stunde für unsere Arbeit. Das ist keine Entschädigung. Das sind Almosen. Und jetzt im Sinne einer Symbolpolitik zuerst bei uns zu sparen, macht keinen Sinn. Sind wir denn die „Joggeli“, die gratis für die Gemeinde arbeiten? Nein danke, ich nicht.

Palit Orun: Ich habe es schon mal in einem Votum gebracht. Der Stadtrat von Winterthur, einer links-grünen Stadt, hat freiwillig auf 10 % des Lohns verzichtet, weil die Wirtschaftslage so schlecht gewesen ist. Deswegen ist bei sich selber zu sparen ein extrem wichtiges Zeichen an die Bevölkerung und hat gar nichts mit Polemik und mit Wahlkampf zu tun. Aber ihr müsst auch verstehen, dass es gute Beispiele gibt von Stadt- und Gemeinderäten, die bei sich anfangen zu sparen, weil die Situation schlecht ist. Unsere Situation ist schlecht – diesmal ist sie schlecht wegen der Coronakrise. Es ist wirklich Zeit, dass wir auch einen Solidaritätsbeitrag leisten. Wie Leo gesagt hat, es ist nicht viel. Es geht gar nicht um Almosen. Wir werden gewählt, um Wettingen mitzugestalten und sicher nicht wegen des Sitzungsgelds.

Maibach Markus, Vizeammann: Ich möchte Sie daran erinnern, dass die beiden Vorhersprechenden noch einen Vorstoss eingereicht haben zu diesem Thema. Dieser Vorstoss wird vom Gemeinderat voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres behandelt. Dort ist es dann möglich, die Diskussion im Detail zu führen. Hier ist es anders gemeint, es ist es ein Solidaritätsbeitrag und das hätte eine andere Logik. Dies zur Klärung.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion obsiegt gegenüber dem Antrag der glp-Fraktion.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Budgetantrag des Gemeinderats obsiegt gegenüber dem Antrag der SVP-Fraktion.

Palit Orun: Zu Konto 0110.3130.01, Dienstleistungen Dritter. Der Budgetbetrag ist Fr. 36'000. Wir von der glp-Fraktion wollen den Betrag auf das Niveau von 2019 reduzieren auf Fr. 23'000. Das ergibt einen Sparbeitrag von Fr. 13'000. Der Betrag ist im 2021 grösser, weil hier Einwohnerrats- und Gemeinderatswahlen stattfinden und das Verpacken und Verschicken einen höheren Aufwand generiert als bei normalen Wahlgängen. Wir sind der Meinung, dass sich sicherlich Leute in der Gemeinde finden – beispielsweise Lernende – die beim Verpacken oder Verschicken der Einwohnerrats- und Gemeinderatsunterlagen Unterstützung bieten können. Bei jeder Firma, wenn eine Deadline bevorsteht und es eng wird, helfen alle mit. Das müsste sicher bei der Gemeinde Wettingen auch möglich sein.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Wir diskutieren über Automation und Digitalisierung und dann kommt doch ein Antrag, bei dem wir jetzt in der Gemeindeverwaltung anfangen müssen, 13 000 Kuverts von Hand einzupacken. Habt ihr den Eindruck, diese Leute kosten in dieser Zeit nichts und die machen sonst nichts? Ich möchte Sie dringend bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Budgetantrag des Gemeinderats obsiegt gegenüber dem Antrag der glp-Fraktion.

Palit Orun: Zu Konto 0110.3170.03 Repräsentationskosten. Der Betrag von Fr. 2'000 sei um Fr. 1'900 zu kürzen auf Fr. 100. Der Einwohnerrat soll auf das Essen am Ende der Legislaturperiode verzichten. Wir befinden uns mitten in einer finanziellen Krise und einer Pandemie. Alles was nicht wirklich notwendig ist, soll weggelassen werden. Ich hoffe auf die Zustimmung aus dem Rat.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Reduktion des Konto 0110.3170.03 wird abgelehnt.

Palit Orun: Zum Konto 0120.3000.01 Sitzungs- und Taggelder Kommissionen. Die glp-Fraktion stellt den Antrag, den ganzen Betrag zu kürzen. Das Motto der Diskussion bei der glp ist Solidarität. Vorher haben wir über Kürzungsanträge bei der Legislative diskutiert und jetzt noch über zwei bei der Exekutive. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat eigentlich schon einen Lohn bekommt und nicht noch Sitzungs- und Taggelder bekommen soll. Es wäre ein Zeichen gewesen, dass der Gemeinderat von sich aus hätte setzen müssen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Hier geht es grundsätzlich um Kommissionen und nicht nur um den Gemeinderat. Wir haben ein Kommissions- und Entschädigungsreglement und die Kommissionsarbeit wird entsprechend vergütet. In den Kommissionen wird wertvolle Arbeit geleistet. Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Kürzung des Kontos 0120.3000.01 wird abgelehnt.

Fricker Martin: Zum Konto 0120.3000.02 Entschädigung Gemeinderat. Wie wir ja alle wissen, wird die Entschädigung des Gemeinderats grundsätzlich vor Beginn der Legislaturperiode festgelegt, d. h. es ist nachher gegen unten fix. Wir beantragen hier aber eine Kürzung um 5 %. Warum 5 %? Weil das genau der Summe entspricht, um welche die Entschädigung des Gemeinderats seit Beginn der jetzigen Legislaturperiode angestiegen ist. Das macht Fr. 13'100. Der neue Betrag wäre dann noch Fr. 532'000.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Hier geht es um die generelle Lohnerhöhung, an der auch der Gemeinderat partizipiert, wenn sie ausgesprochen wird. In diesem Moment würde ein solcher Antrag eigentlich gegen Treu und Glauben verstossen und gegen die Verlässlichkeit unserer Reglemente, wenn man jetzt hier inmitten des Weges eine Änderung machen würde. Wir haben ein Dekret und wir haben einen Beschluss gefasst über die Löhne der Exekutive in der Legislatur. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, auch hier Verlässlichkeit zu zeigen und den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Reduktion des Kontos 0120.3000.02 wird abgelehnt.

Palit Orun: Zu Konto 0120.3170.03 Repräsentationskosten. Die glp-Fraktion beantragt diesen Budgetbetrag von Fr. 65'000 um Fr. 40'000 auf Fr. 25'000 zu reduzieren. Der Budgetposten beinhaltet: Sponsoring Neujahrskonzert, Apérospenden bei Verbandstagungen und Lehrabschlussfeiern sowie auch Essen anlässlich von Behördentreffen mit Nachbargemeinden und Klausurtagungen des Gemeinderats. Wir sind der Meinung, dass auf solche Apéros im nächsten Jahr, indem die Pandemie sicherlich noch bis Mitte Jahr anhalten wird, verzichtet werden kann. Auch werden Schulen und Verbände verstehen, dass die Gemeinde in einer finanziellen Krise ist und deshalb Apéros nicht unterstützen kann. Auf gediegene Essen mit Nachbargemeinden kann durchaus auch verzichtet werden. Ein Sandwich-Lunch tut's auch. Klausurtagungen des Gemeinderats können alle im Rathaus oder irgendwo stattfinden, wo es nichts kostet. Wir wollen auch nicht den ganzen Betrag streichen, so dass Gratulationen, Blumen und Präsente bei hohen Geburtstagen trotzdem überbracht werden können.

Lütolf Peter: Zum gleichen Konto 0120.3170.03. Wir wollen den Betrag von Fr. 65'000 auf Fr. 55'000 kürzen. Bei uns tönt es ähnlich wie bei der glp. Angesichts der aktuellen Lage erscheint es uns sehr befremdlich, für Kaffeerrunden und Mittagessen des Gemeinderats einen so hohen Betrag zu bewilligen. Viele Personen in unserer Bevölkerung müssen Lohneinbussen hinnehmen. Wir erwarten von der Exekutive, sich mit diesen Leuten zu solidarisieren und weniger auszugeben.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Es macht ein wenig den Anschein, als ob das ganze Konto quasi nur alleine für den Gemeinderat wäre. Ich muss daran erinnern, dass bei diesen Posten alle Geschenke für runde Geburtstage unserer älteren Bevölkerung drin sind. Die Geschenkübergabe wird immer mit einem persönlichen Besuch verbunden. Ich kann Ihnen versichern, dass diese Besuche sehr geschätzt werden und auch in der aktuellen Situation äusserst gut ankommen. Weiter sind hier Verbandstagungen mit Gästen von nah und fern drin. Wir haben nationale und kantonale Anfragen für die Durchführung von Veranstaltungen. Wettiger Vereine fragen uns an für Jubiläumsbeiträge, Beiträge für Veranstaltungen oder Apérospenden. Wir unterstützen Lehrabschlussveranstaltungen, die in Wettingen durchgeführt werden und entsprechende Anfragen eingehen. Wir haben aber auch Anfragen von Ortsparteien, die uns um Unterstützung für gewisse Vorhaben anfragen. In dem Konto befindet sich ein Sammelsurium. Ich kann Sie dahingehen beruhigen, dass wir gerade kürzlich eine eintägige Klausurtagung zirka 20 km ausserhalb von Wettingen hatten. Wir hatten ein einfaches Mittagessen und sind am Abend wieder nach Hause gekommen. Es geht nicht darum, die Klausurtagung zu vergolden. Im Übrigen ist es Usanz, sich hin und wieder mit den Nachbargemeinden zu treffen. Ein Jahr lädt man eine Gemeinde zu sich ein, und das andere Jahr wird man in diese Gemeinde eingeladen. Dabei werden keine üppigen Mittagessen serviert. Der regionale Austausch ist wichtig, um die Zusammenarbeit zu fördern. In Anbetracht der Fülle von Anfragen, die über diesen Budgetposten laufen müssen, bitte ich Sie, keine Kürzung vorzunehmen. Weiter weise ich darauf hin, dass dieses Konto über die letzten Jahre bereits massiv reduziert worden ist.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion obsiegt gegenüber dem Antrag der glp-Fraktion.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Budgetantrag des Gemeinderats obsiegt gegenüber dem Antrag der SVP-Fraktion.

Baumann Jürg: Zu Konto 0222.3132, Honorare externe Berater, Gutachter. Die Steigerung von Fr. 65'000 gegenüber dem Budget 2020 ist mit dem Projekt für die Erarbeitung einer Immobilienstrategie für die Liegenschaften zu erklären. Wenn man nun aber noch den Budgetkredit aus der Investitionsrechnung unter dem Konto 0222.5290.01 von Fr. 180'000 dazu zählt, ergibt das gesamthaft einen Betrag von Fr. 245'000 für die Erarbeitung einer Bestandsaufnahme der Liegenschaften und die Erarbeitung einer Immobilienstrategie. Das entspricht ungefähr 1750 Mannstunden. Des Weiteren wird in den Erläuterung darauf verwiesen, dass die Schätzung gemäss Gebäudeversicherung 262 Millionen Franken beträgt. Aber in diesem Betrag sind auch die neusten Gebäude inkludiert, die sicher noch keinen Sanierungsbedarf aufweisen und durch eine Lebensdauertabelle dokumentiert sind. Somit entfallen grössere Brocken, die einer Prüfung unterzogen werden müssen. Wir von der SVP-Fraktion sind der Ansicht, dass die beiden Beträge zusammen zu hoch angesetzt sind und beantragen eine Kürzung um Fr. 20'000.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Immobilienstrategien und Zustandsanalysen von Gebäuden sind eines meiner Steckenpferde. Wir erinnern uns an meine entsprechenden Vorstösse und vor allem an die Beantwortung dieser, als der Gemeinderat ganz ehrlich gesagt hat, dass er dort einen sogenannten weissen Fleck hat. Ich kann euch versichern, dieses Geld hat der Gemeinderat genau am richtigen Ort platziert. Wenn man das jetzt nicht macht, dann werden uns die Immobilien um die Ohren fliegen.

Egloff Martin, Gemeinderat: Wir haben Ja gesagt zu dieser Immobilienstrategie und es ist ein ganz wichtiges Instrument. Ilko Müller ist diesbezüglich mit einem riesigen „Drive“ unterwegs. Wenn wir ihm das Geld nun genau an diesem Punkt entziehen, nehmen wir ihm auch den „Drive“ weg. Insofern ich bitte Sie, dem Antrag auf die Streichung von Fr. 20'000 nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Reduktion des Konto 0222.3132 wird abgelehnt.

Huser Michaela: Zu Konto 0224.3090.01 Aus- und Weiterbildung Personal. Wir stellen den Antrag auf eine Kürzung um Fr. 20'000, nämlich von Fr. 80'000 auf Fr. 60'000. Damit wird das Niveau 2020 erreicht. Es erschliesst sich uns nicht, wieso man hier nächstes Jahr einen höheren Budgetposten braucht.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Wir haben eine Grössenordnung von etwa 200 Mitarbeitenden bei uns. Und für diese 200 Mitarbeitenden haben wir knapp Fr. 400 als Weiterbildungskosten eingesetzt. Es handelt sich nicht um einen übertriebenen Betrag, wenn man sieht, wofür dieser gedacht ist. Weiter haben wir alle Weiterbildungen in einem Weiterbildungsreglement geregelt und jene von zentraler Bedeutung in der vorliegenden HR-Position zusammengefasst. Wir legen einen Fokus auf die IT-Ausbildung im Rahmen von Microsoft 365 und bei der IT-Sicherheit. Wir schulen unser Personal auch in der Digitalisierung. Als gute Arbeitgeberin wollen wir die Marktfähigkeit unseres Personals aufrechterhalten. Wir wollen gut ausgebildetes Personal und wir wollen in die eigenen Mitarbeitenden investieren. Dabei sind Fr. 400 pro Person ein vernünftiger Betrag. Im Rahmen des Weiterbildungsreglements erstellen wir bei grösseren Beträgen auch eine Rückzahlungsvereinbarungen mit den Mitarbeitenden, sollten diese die Gemeinde frühzeitig verlassen.

Palit Orun: Wie hoch war der Betrag pro Mitarbeitenden im letzten Budget? Ist der erhöhte Betrag hauptsächlich durch die IT-Ausbildungen zu erklären?

Kuster Roland, Gemeindeammann: Es handelt sich natürlich um einen Schwerpunkt mit den IT-Ausbildungen. Wie gesagt führen wir Office 365 ein und haben andere Rollouts. Da ist es wichtig, die Mitarbeitenden gut zu schulen. Im nächsten Jahr legen wir unseren Fokus dann vielleicht wieder auf andere Bereiche. Im vergangenen Jahr hatten wir ungefähr den gleichen Betrag eingestellt, nur war dieser auf die verschiedenen Abteilungen aufgeteilt. Das wollten wir nicht mehr. Wir wollen eine zentrale Koordination der Weiterbildung. Auf Basis des Kompetenzmodells sollen die Weiterbildungen zentral gesteuert werden.

Fricker Martin: Ich begrüsse eine zentrale Koordination und die damit verbundene Transparenz. Man muss hier einfach erwähnen, dass sich die Gemeinde vor einiger Zeit einmal einen externen Berater geleistet hat für ein Kurs, den Mann aus dem Ausland eingeflogen und dieser Kurs mehr als Fr. 10'000 gekostet hat.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Reduktion des Konto 0224.3090.01 wird abgelehnt.

Ressort 1 öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Fricker Martin: Zu Konto 1405.3010. Gemeindebüro Löhne. Wir beantragen, das Budget um Fr. 5'000 zu kürzen von Fr. 270'000 auf Fr. 265'000. Wie vom Gemeinderat versprochen, soll es keine Lohnerhöhung geben. Deshalb der Kürzungsantrag.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Wie schon mehrere Male ausgeführt, wird es keine Lohnerhöhungen geben. Es ist eine Hochrechnung aus der Ist-Situation heraus. Es ist keine Lohnerhöhung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Reduktion des Konto 1405.3010 wird abgelehnt.

Ressort 2 Bildung

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zur Kostenart 3170.10 Schulveranstaltungen. Der Antrag der Fiko betrifft die Schulveranstaltungen aller Schulkreise. Es sind dies: Kindergarten, Altenburg, Dorf, Margeläcker, Zehntenhof, Sereal und Bezirksschule. Bei der Kürzung um Fr. 25'000 handelt es sich um eine Dämpfung des Wachstums. Anstatt einer Steigerung um Fr. 50'000 hätten wir eine Steigerung um Fr. 25'000. Die Fiko ist der Meinung, dass der Lehrplan 21, der zusätzliche Exkursionen verlangt, nicht automatisch dazu führt, dass Exkursionen auch zwingend mit Kosten verbunden sein müssen. Die Reduktion ist verteilt auf die verschiedenen Schulkreise. Das Abstimmungsverhältnis in der Fiko war 5 Ja- zu einer Nein-Stimme, bei einer Enthaltung.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir werden die Abstimmung über alle Konti in globo durchführen.

Palit Orun: Weiss man schon, ob diese Schulveranstaltungen wegen Corona sowieso nicht durchgeführt werden können? Wir wollen natürlich nicht auf Kosten der Jüngsten hier in Wettingen sparen. Aber wenn die Veranstaltungen sowieso nicht durchgeführt werden können, dann ist es natürlich etwas anderes.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat das Schulbudget ganz genau geprüft und hat bereits Kürzungen vorgenommen – unter anderem bei den Schulveranstaltungen. Wir müssen berücksichtigen, dass der Grund für dieses Wachstum nicht nur der neue Aargauer Lehrplan ist. Aber dieser verlangt explizit Exkursionen und beispielsweise Theater- sowie Kinobesuche in der Oberstufe. Wir haben aber auch ein Wachstum an Schülerinnen und Schülern, das wir nicht ausser acht lassen dürfen.

Zur Frage von Orun Palit: Wir können heute noch nicht sagen, ob alle Veranstaltungen im nächsten Jahr durchgeführt werden können. Ganz sicher wird das Skilager nicht

durchgeführt. Aber wir möchten hier jetzt nicht schon vorsorglich kürzen, falls man dann gewisse Anlässe trotzdem durchführen kann. Eine Kürzung, wie es die Fiko beantragt, führt zu Qualitätseinbussen an unserer Schule. Exkursionen können dann nicht mehr in der gewünschten Qualität durchgeführt werden.

Fricker Martin: Das war natürlich jetzt eine sehr polemische Antwort des Ressortvorstehers Schule. Es geht – ich wiederhole das noch einmal – um eine weniger hohe Steigerung. Für uns sind Fr. 25'000 ok, aber wir wollen keine Steigerung um Fr. 50'000. Es spricht niemand von einer Kürzung. Zudem hatten Schülerinnen und Schüler schon jetzt Exkursionen, nicht erst mit dem Lehrplan 21. Es ist nicht so, dass das etwas Neues ist.

Leuppi Andreas: Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen sprechen uns dagegen aus, bei der Bildung der Wettinger Kinder zu sparen. Es sind doch eben gerade auch die etwas spezielleren Veranstaltungen bei den Exkursionen, die den Schulalltag versüssen oder auch interessant machen. Wenn wir jetzt entgegnen, Wettingen habe schon hohe Bildungskosten, dann stimmt das einfach nicht. Wir sind im unteren Drittel im kantonalen Vergleich mit Fr. 990 pro Kopf. Und ein Anstieg der Schülerzahlen führt einfach auch zu absolut steigenden Ausgaben.

Müller Heinrich: Ich möchte ganz kurz die Frage von Orun Palit beantworten: Soviel ich weiss, will der Kanton Aargau bis jetzt auf allen Schulstufen den Betrieb aufgrund Covid-19 nicht reduzieren. Und das ist auch gut so. Das ist für die Eltern wichtig und es ist auch für die Schülerinnen und Schüler wichtig. In diesem Sinne nehme ich an, in der Schweiz werden alle Exkursionen durchgeführt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Reduktion der Konti

- 2110.3170.10 Kindergarten
- 2121.3170.10 Primarschule Altenburg
- 2122.3170.10 Primarschule Dorf
- 2123.3170.10 Primarschule Margeläcker
- 2124.3170.10 Primarschule Zehntenhof
- 2130.3170.10 Sereal
- 2132.3170.10 Bezirksschule

wird abgelehnt.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zur Kostenart 3104.01 Schüler- und Lehrerbibliothek. Auch dieser Antrag betrifft alle Schulkreise. Die Fiko ist mehrheitlich der Auffassung, dass auf die Erhöhung des Beitrags an die Schüler- und Lehrerbibliotheken verzichtet werden kann und der Betrag vom Budget 2020 genügen würde. Die Fiko anerkennt, dass eine lokale Bibliothek wichtig ist und dass diese der Schulstufe entsprechend ausgelegt ist. Die Argumentation, dass dies zu einem grossen Qualitätsverlust in der Sprachbildung von fremdsprachigen Kindern führen würde, erachtet die Fiko als übertrieben. Insbesondere, da es keine Streichung ist, sondern eine Stagnation auf dem Betrag von 2020. Das Abstimmungsverhältnis in der Fiko war 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung.

Knaup Adrian: Werter Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne. Es tut mir leid, im Lesen war ich noch nie stark, ich habe nie viel gelesen (liest Begrüssung mit sprachlicher Barriere und Leseschwäche vor). Ich habe versucht,

das Ganze ein wenig humoristisch anzugehen. Wie ihr natürlich genau wisst, das ist nicht so. Ich habe kein Problem mit Lesen und ich habe kein Problem mit Leseverständnis. Im Gegenteil, lesen ist für mich etwas ganz Schönes in meinem Leben. Das hängt damit zusammen, dass ich in einem Haushalt aufgewachsen bin, der voller Bücher war und mit Eltern, die gerne gelesen haben. Mein Zugang zum Lesen ist ganz einfach gewesen. Aber dieses Privileg haben nicht alle. Es ist nämlich nicht so, dass – und ich zitiere hier jemanden aus dem Saal – „wer lesen will, der kann auch lesen“. Die Bibliothek an unseren Schulen ermöglicht einen niederschweligen Zugang für alle Schülerinnen und Schüler zu Büchern und anderen Lesequellen. Für die Entwicklung einer Kompetenz im Leseverständnis ist diese Voraussetzung entscheidend. Wenn der Gemeinderat Mittel für den niederschweligen Zugang jetzt erhöhen möchte, hat das durchaus damit zu tun, dass nämlich ein dringender Handlungsbedarf besteht. In der letzten Pisa-Studie, also im internationalen Vergleich von Schulleistungen, hat die Schweiz im Leseverständnis schlecht abgeschnitten. Hier sind Massnahmen nötig. Gleichzeitig kann ich euch aus meiner täglichen Arbeit an der Schule leider nicht beruhigen. Die Oberstufenschülerinnen und -schüler schneiden teilweise katastrophal ab, wenn es darum geht aus einem schriftlichen Text Informationen, Überlegungen oder vielleicht sogar Manipulationen herauszulesen. Und eine Generation, welche das nicht mehr kann, lässt Übles ahnen für unsere Zukunft. Fördern von Lesekompetenz ist momentan eines der dringendsten Anliegen an unseren Schulen. Und aus einer anderen Rolle kann ich nämlich wiederum Hoffnung schöpfen. Nämlich als Vater von drei Kindern, welche die Wettinger Primarschulen besuchen. Hier kann ich bestätigen, dass unsere Schulverantwortlichen und Lehrpersonen die Zeichen erkannt haben. Den Besuch von schulinternen Bibliotheken und der Umgang mit Lesestoff nehmen schon früh eine zentrale Position ein. Diese Angebote müssen mehr gefördert werden, denn unsere Jugend hat hier einen riesigen Rückstand aufzuarbeiten. Ich bitte euch darum, diese Arbeit zu unterstützen, den Verantwortlichen an den Schulen den Dank und das Vertrauen auszusprechen und ihnen die geforderten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Palit Orun: Ich habe gehört, dass es um gleiche Bücher in jeder Schulbibliothek geht. Ist das so? Sonst könnte man eigentlich die Verteilung dieser Bücher innerhalb der verschiedenen Schulen anders organisieren und dann würde ein Kürzungsantrag eigentlich Sinn machen.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Auch hier hat der Gemeinderat das Budget vorgängig bereits geprüft. Nach kritischer Prüfung ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass das Lesen und die Sprache gefördert werden müssen. Die Schule Wettingen legt grossen Wert auf dieses Thema. Dazu sind Bücher eben sehr wichtig: nur wer lesen kann, kann auch lernen. Darum ist das die Basis allen Lernens und von allem Wissen, das man sich künftig aneignen kann. Zur Frage von Orun Palit: Wir haben mehrere Bibliotheken. Wir haben die Gemeindebibliothek. Wir haben in den Schulhäusern Bibliotheken und wir haben selbst in den Schulzimmern kleinere Bestände von Büchern. Es ist sehr wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler, wenn sie einmal fertig sind mit ihren Aufgaben, nicht durch das Schulhaus laufen müssen, um in einer Bibliothek ein Buch ausleihen können. Sie sollen die Bücher aus dem Gestell herausnehmen können und anfangen zu lesen. Wir haben im Moment auch einen gewissen Nachholbedarf. Die Bücherbestände sind nicht mehr auf dem neusten Stand und darum ist es wichtig, dass wir dort etwas investieren können, damit wir auch in Zukunft diesen Service bieten können und den Schülerinnen und Schüler einen möglichst einfachen Zugang zu diesen Büchern gewähren können. Aus diesem Grund bitte ich euch, dem Antrag nicht zuzustimmen und dafür zu sorgen dass wir in diese Bücher investieren können.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Auch hier stimmen wir über alle Konti in globo ab.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Reduktion der Konti

- 2110.3104.01 Kindergarten
- 2121.3104.01 Primarschule Altenburg
- 2122.3104.01 Primarschule Dorf
- 2123.3104.01 Primarschule Margeläcker
- 2124.3104.01 Primarschule Zehntenhof
- 2130.3104.01 Sereal
- 2132.3104.01 Bezirksschule

wird abgelehnt.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zu Konto 2170.3110 Anschaffung Mobilien. Dieses Konto war bis anhin auf Fr. 0 und soll jetzt den Erneuerungsbedarf bei den Mobilien abdecken. Es geht um Neuanschaffungen. Unser Antrag ist, den Betrag um Fr. 10'000 zu reduzieren. Die Steigerung ist somit nur Fr. 35'000 anstatt Fr. 45'000. Wir weisen noch darauf hin, dass dieses Konto für Neuanschaffungen ist. Für alle Reparaturen hat es in jedem Schulkreis eigene Mittel, die bei einer nötigen Reparatur verwendet werden können. Das Abstimmungsverhältnis in der Fiko war 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung.

Gujer Mia: Um erfolgreich durch den schulischen Alltag zu kommen, braucht es nicht nur gute Unterrichtsstrukturen, kompetente Lehrpersonen und das richtige Umfeld. Es braucht auch die nötigen funktionierenden Infrastrukturen und das richtige Material. Mit der Reduktion der Mittel für die Anschaffung von Mobilien trifft es einerseits Schülerinnen und andererseits die Lehrpersonen, welche im Kanton Aargau sowieso schon einen schweren Stand haben. Für uns ist klar, wer sich für gute Bildung in Wettingen einsetzen will, muss diesen Antrag ablehnen.

Wassmer Christian: Wenn man im Budget die einzelnen Liegenschaften anschaut, dann gibt es bei jeder Liegenschaft ein separates Konto „Anschaffungen Mobilien“. Das ist der nachgewiesene Bedarf in jedem Schulhaus und ich kann mich gut erinnern, wie penibel dies bei den Budgetrundgängen gemacht worden ist. Und jetzt gibt es neu einfach bei den Schulliegenschaften allgemein nochmals einen Reservetopf. Ich bin der Meinung, das kann man wirklich mit gutem Gewissen aus diesem Budget herausnehmen. Der bekannte Bedarf ist bei den einzelnen Liegenschaften bereits drin. Das sollten wir nicht vergessen.

Egloff Martin, Gemeinderat: Wie bereits gesagt wurde hat es bei jeder Position bzw. bei jeder Schule nochmals eine Position für Reparaturen. Das, was wir jetzt bereden, sind Neuanschaffungen. Im Schulhaus Margeläcker haben wir 40-jährige Stühle, die schon fast auseinanderfallen. Es ist wirklich an der Zeit, dass man für einen Ersatz sorgt. Anlässlich der gemeinsamen Sitzung mit der Finanzkommission habe ich zwei Beispiele aus dem Rathaus erwähnt. Dort ist es nicht viel besser. Die Stühle in Sitzungszimmern sind kaputt und teilweise fällt die Lehne raus. Auch Mitarbeitende müssen mit Stühlen am Arbeitsplatz zurecht kommen, bei denen ich mir einen Stellenwechsel überlegen würde. Christian Wassmer, du hast bei deinem Eingangsvotum gesagt, es ist wichtig, dass Wettingen eine einwandfreie Infrastruktur zur Verfügung stellt. Das ist für mich nicht mehr einwandfrei. Und darum müssen wir teilweise für Ersatz sorgen und ich bitte euch, diesen Budgetposten drin zu lassen.

Wassmer Christian: Mir ist es wirklich ein Anliegen, dass wir hier jetzt ganz korrekt unterscheiden, was Anschaffungen und was Reparaturen sind. Bei der Kostenstelle 2170 sieht man die Aufteilung: Anschaffung Mobilien, Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Unterhalt Mobilien, Unterhalt Maschinen und Geräte. Für mich gehört eine Reparatur zum Unterhalt und eine Anschaffung ist etwas Neues bzw. etwas Zusätzliches. Und das sind nämlich zwei verschiedene Sachen. Es geht hier um neue Anschaffungen. Es geht hier explizit nicht um den Unterhalt der Mobilien, dort wird ja nichts angepasst.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja-: 21 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Kürzung des Konto 2170.3110 um Fr. 10'000 wird gutgeheissen.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Der folgende Antrag ist eine rein technische Umbuchung. Vom Konto 2191.3170.01 Volksschule, sonstiges; Reisekosten und Spesen soll der Betrag auf 2190.3170.01 Schulleitung und Schulverwaltung; Reisekosten und Spesen, umgebucht werden. Nicht ein brisanter Antrag, aber das gehört auch zum Prüfungsauftrag der Fiko.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Umbuchung zwischen den Konti 2191.31740.01 und 2190.3170.01 wird gutgeheissen.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit

Oberholzer Christian: Zu Konto 3110.3636.01 Kulturelle Beiträge. Die Budgetposition «Kulturelle Beiträge» ist gegenüber dem letzten Jahr mit Fr. 185'000 um rund Fr. 65'000 gekürzt worden. Ich bin sicher, die Mehrheit des Rates ist sich nicht bewusst, was damit finanziert wird und was damit potentiell in seiner weiteren Existenz gefährdet ist. Man findet Positionen drauf wie "Thik" Theater im Kornhaus. Da werden jetzt viele hier drin sagen: "Was hat das mit Wettingen zu tun? Ist sowieso in Baden. Geht uns nichts an. Kein Bedürfnis von einer Mehrheit." Aber, in dieser Position sind auch Beiträge an Vereine und Gruppierungen in Wettingen enthalten, die in der Bevölkerung verankert und beliebt sind und auf eine zum Teil jahrzehntelange Tradition zurückblicken dürfen:

- Musikgesellschaft Harmonie Kloster
- Blasorchester Baden – Wettingen
- Wettinger Kammerkonzerte
- Wettinger Sommerkonzerte

Aber auch kulturelle Leckerbissen, die zur regionalen Ausstrahlung von Wettingen, dem Stern an der Limmat, beitragen:

- Eduard Spörri Stiftung
- Figurentheater
- Kulturmeile

Um diese Kürzungen zu realisieren, kann es keine Tabus mehr geben, insbesondere wenn man die Entwicklung dieser Budgetposition über die letzten Jahre betrachtet. So sind diese gegenüber dem Budget 2015 beinahe halbiert worden. Wir hatten im Budget

2015 bei dieser Position Fr. 340'000.

Viele der Institutionen, die in diesem Budgetposten drin sind, sind jetzt schon am Limit und eine weitere Kürzung würde einfach ihre Existenz gefährden, wenn nicht sogar ihrem Wirken ein definitives Ende setzen.

Was mich persönlich sehr schmerzen würde, ist die Zauberlaterne, die Kinovorstellungen für unsere Kinder und Jugendliche möglich macht und die mit einer weiteren Kürzung garantiert ihr Engagement einstellen wird.

Ich stelle fest, dass es hier im Saal unterschiedliche Vorstellungen gibt über ein attraktives Wettingen. Aber den Begriff "attraktives Wettingen" für sich zu beanspruchen und nur über den Steuerfuss zu definieren, betrachten wir als anmassend und beantragen daher diese Budgetposition auf Fr. 249'500 zu erhöhen.

Rey Philippe, Gemeinderat: In der Tat, es ist so, wir haben in den letzten zehn Jahren die Kultur permanent gekürzt. Und jetzt sind wir so weit, dass wir dem Blasorchester wahrscheinlich sagen müssen, bei euch gibt es nur noch die Hälfte oder gar nichts mehr. Und bei diversen anderen Vereinen, beim Atelier Walter Huser oder dem Spörri Museum auch. Das müsst ihr euch bewusst sein. Wenn wir diese Fr. 60'000 kürzen, dann kürzen wir die Legislatur-Beiträge, welche wir jeweils über vier Jahre vergeben haben, und nicht einzelne Projekte. Von den ursprünglichen Fr. 184'000 gehen wir auf Fr. 124'000. Das tut diversen Vereinen bestimmt weh. Wir haben am 25. November 2020 eine Kulturkommissionssitzung, an der wir bestimmen, welche Vereine aus welchen Gründen wie viel oder weniger bekommen. Wem geben wir weniger? Darum überlegt euch gut: wollen wir das? Nämlich diese Wettinger Vereine, welche gratis Arbeit leisten, abstrafen indem wir kürzen. Oder wollen wir das nicht? Der Gemeinderat ist der Meinung, das kann man machen. Aber es wird wehtun. Das ist der Auftrag, den wir gefasst haben, das ist der Vorschlag, den wir gemacht haben. Aber es ist ein Sparvorschlag, der wehtun wird.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SP-Fraktion auf Erhöhung des Konto 3110.3636.01 auf Fr. 249'500 wird abgelehnt.

Burger Alain: Zum Konto 3110.3636.03 Theaterstiftung. Baden und Wettingen verbinden seit alters her ein gemeinsamer Raum und eine gemeinsame Geschichte. Wettingen muss keine Stadt sein, weil wir haben die Stadt nebenan. Kultur in Baden, der Sport in Wettingen. Sinnvolle und regionale Zusammenarbeit, die sich bewährt. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen wehren uns gegen den Kulturabbau bei der Theaterstiftung Baden/Wettingen. Kultur ist nicht der Zuckerguss in einer Gesellschaft, sondern die Hefe, die treibt und gärt. Das Kurtheater ist das grösste Theater im Kanton und zeigt jährlich rund 50 anspruchsvolle Gastspiele in verschiedenen Sparten wie Schauspiel, Musik, Figurentheater, Tanz sowie Kinder- und Jugendstücke. Die Gelder von der Theaterstiftung Baden/Wettingen ermöglichen besonders Familien mit Kindern, Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, einen Besuch in einem Theater zu einem bezahlbaren Preis. Als es um den Umbau des Kurtheaters ging, haben Wettingerinnen und Wettinger mit 69 % "Ja" zum Beitrag an diesen Umbau gesagt.

Das ist nicht die feine Art gegenüber unserer Nachbarstadt, in diesen eh schon schwierigen Zeiten für Künstler, Techniker und die ganze Kulturbranche, Beiträge an die Stiftung Baden/Wettingen ohne Vorankündigung um die Hälfte zu kürzen und damit auch Arbeitsplätze zu gefährden, das ist hoffentlich allen hier drin klar. Gerne hätten wir vom Gemeinderat noch eine Stellungnahme zur Kommunikation mit dem Stadtrat Baden in

dieser Sache. "Es steht Aussage gegen Aussage" kann unserer Meinung nach nicht das Fundament für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in der Region sein. An dieser Stelle möchte ich aber auch ein Lob an unseren Gemeindeammann aussprechen, der der Einladung zur Eröffnung gefolgt ist und sich den kritischen Fragen zu den fehlenden Wettinger Beiträgen im Kurtheater gestellt hat. Das macht nicht jeder. Und danken möchte ich auch der Ortsbürgergemeinde Wettingen, welche durch ihren einmaligen Unterstützungsbeitrag den Imageschaden für Wettingen zumindest ein wenig abgefedert hat. Damit aus dem Drama keine Tragödie wird, sondern am Schluss eine Komödie mit Happy End, stellen wir von der Fraktion SP/WettiGrünen den Antrag, dass der Beitrag an die Theaterstiftung Baden/Wettingen um Fr. 45'000 auf die ursprünglichen Fr. 95'000 erhöht wird. Denn wir sind überzeugt, so viel sparen beim Kurtheater kann sich Wettingen definitiv nicht leisten. Bitte folgt unserem Antrag, damit Bewohnerinnen und Bewohner unserer Region weiterhin von hochstehenden Kulturangeboten profitieren können. Auf eine gute Nachbarschaft. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Rey Philippe, Gemeinderat: Mit der Kultur ist das so eine Sache. Es ist eine wichtige Sache und die Kommunikation innerhalb der Kultur ist auch eine wichtige Sache. Zur Beruhigung von allen Anwesenden kann ich sagen, Erich Obrist und ich kennen uns seit 45 Jahren. Wir gingen zusammen ins Lehrerseminar, wir waren sogar zusammen in der gleichen Studentenverbindung. Ich kann euch sagen, weder vor 50 Jahren noch heute verkehren wir über die Latrine. Wir telefonieren miteinander. Wir sind sogar beide im Stiftungsrat des Kurtheaters. Die Kommunikation hat stattgefunden. Das war ganz korrekt. Sie wurden vorher informiert und alles andere ist ein Gerücht.

Zu dieser Kürzung muss ich sagen, dass hier zwei Seelen in meiner Brust wohnen. Wie gesagt, ich bin im Stiftungsrat des Kurtheaters. Es ist nicht nur das grösste Theater im Kanton, sondern auch das älteste Theater der Schweiz. Aus Sicht als Stiftungsrat tut mir das weh, und andererseits haben wir den klaren Auftrag im Gemeinderat. Wir haben diesen Vorschlag unterbreitet und es liegt an Euch zu sagen, ob beim Kurtheater gekürzt werden soll oder nicht.

Palit Orun: Auch in der glp haben wir lange darüber diskutiert. Wir stimmen aber der Kürzung zu. Es ist ein emotionales Thema. Wir haben viele E-Mails und Leserbriefe gesehen. Einige Badener sind auch direkt auf uns zugekommen. Aber jetzt hat der Gemeinderat endlich einmal einen Sparvorschlag gebracht und hat Prioritäten gesetzt. Auch die haben wir analysiert. Wir tendieren allgemein – wenn wir kein Geld haben und Prioritäten setzen müssen – eher zum Sport. Zudem sind wir der Meinung, dass vielleicht die Bevölkerungsschichten, die ins Theater gehen, eher die gut verdienenden und gut ausgebildeten Bürgerinnen und Bürger sind. Eventuell kann man vielleicht bei anderen Finanzquellen, wie zum Beispiel durch Sponsoren, dieses Loch stopfen. Es muss nicht immer der Staat sein. Zudem wird der Betrag nicht ganz gestrichen, sondern gekürzt. Wir sind auch der Meinung, dass das Verhältnis zwischen Wettingen und Baden grundsätzlich diskutiert werden muss. Was soll gegenseitig finanziert werden? Wir stellen uns auch die Frage, weshalb Baden nicht jährlich einen Beitrag an das neu sanierte Tägi zahlt. Wir stimmen der Kürzung zu.

Burger Alain: Eine kurze Replik. Ich habe fast damit gerechnet, dass so etwas kommt. Jene die sagen, Kulturunterstützung ist Privatsache und Unternehmen sollen jetzt schauen, verkennen ein wenig in welcher Lage wir uns gerade befinden. Wenn die Situation in der Wirtschaft coronabedingt angespannt ist, dann fehlt gerade unter anderem das Geld für Sponsoring. Ja, die müssten jetzt schauen, wie es irgendwie vorwärts geht. Die können nicht mehr einspringen. Ich habe damals im Wirtschaftsunterricht gelernt, dass der Staat zu Krisen antizyklisch handeln und mit Geld und Aufträgen die Wirtschaft, und unter anderem die Kultur in diesem Sinn, unterstützen sollte. Denn auch ein Kulturbetrieb wie ein Kurtheater ist letztendlich ein Unternehmen,

welches gerade jetzt die Unterstützung der öffentlichen Hand dringend braucht. Jetzt auf Sponsoring und Wirtschaft setzen, das ist einfach der falsche Moment.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SP-Fraktion auf Erhöhung des Konto 3110.3636.03 auf Fr. 95'000 wird abgelehnt.

Ressort 4 Gesundheit

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zu Konto 4210.3636.80 Beiträge an private Organisationen. Hier stellt die Fiko einen Antrag, dass diese Fr. 15'000 gestrichen werden. Wir sind mehrheitlich der Auffassung, dass es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, für eine private Organisation, sprich Spitex, ein Controlling aufzubauen. Wir sind der Meinung, es müssen integrale Grundaufgaben eines Vereins sein. Es handelt sich um eine professionelle Organisation, die in der Lage sein muss, selber ein Controlling aufzubauen. Eine Minderheit der Fiko sagt, dass auch ein Controlling als Investment angeschaut werden kann. Wir bemängeln nämlich, dass die Spitex nicht transparent ist. Man kann davon profitieren, wenn man ein bisschen Anschubhilfe gewährt und so Transparenz gesteigert wird. Das könnte quasi ein Payback geben und die langen Finanzquerelen endlich zu einer faktenbasierten Diskussion zu führen. Das Abstimmungsverhältnis ist dementsprechend knapp: 4 "Ja" für die Kürzung und 3 "Nein" gegen die Kürzung.

Haas Markus, Gemeinderat: Es ist ein kleiner Betrag über den wir hier sprechen. Ich schäme mich fast, dass ich diesen verteidigen muss. Ich erachte diese Kürzung als „Rohrkrepierer“ für die Sozialen Dienste. Ich gehe davon aus, dass das Thema in der Fiko falsch angekommen ist. Denn das ist nicht ein Controlling für die Spitex Wettingen/Neuenhof, sondern das ist ein Controlling für uns und die Sozialen Dienste. Die Gesundheit ist nämlich den Sozialen Diensten zugeteilt. Ich möchte jetzt nicht jammern, aber im Stellenplan der Gemeinde Wettingen, im Aufgabenbereich Gesundheit, ist eine blanke Null drin. Sprich: das Ressort Gesundheit wird nicht bearbeitet. Wir haben niemanden. Ich wünsche mir, dass man aus dem bestehenden Stellenetat Personen herausnimmt bzw. Teile herausnimmt, um wenigstens ein kleines Controlling im Gesundheitsbereich aufzubauen. Dafür brauche ich einfach eine Starthilfe von externen Fachstellen, die dieses Wissen haben, denn bei den Sozialen Diensten ist es nicht vorhanden. Wir haben jetzt bei der Spitex eine neue Leistungsvereinbarung, welche genau diese gewünschte Transparenz erreicht und ich darf mit Freude sagen, dass der Gemeinderat Neuenhof die gleiche Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat. Also wir sind hier sehr gut unterwegs. Bei der Gesundheit benötige ich einfach intern dieses Know-how und das habe ich noch nicht. Wir brauchen externe Hilfe, um dieses Know how aufzubauen. Ich bitte Euch, diesen Kürzungsantrag von der Finanzkommission nicht zu unterstützen und diesen Betrag im Budget stehen zu lassen.

Wassmer Christian: Ich glaube, Markus, du musst gar nicht so weit gehen, denn diese Person, die vor dir sitzt, die kann das nämlich. Wir haben das bewiesen bei der HPS und bei den Sozialen Diensten, wo je ein Controlling eingeführt wurde. Wieso sollen diese Leute nicht auch bei der Spitex unterstützen? Das kann ich also nicht verstehen. Und schon gar nicht, dass man dafür externe Ressourcen braucht. Ich glaube, wir haben diese Fachleute in der Finanzabteilung, welche Unterstützung bieten und hier auf die Sprünge helfen können. Darum bin ich überzeugt, dass man hier nicht externe

Leistungen beiziehen muss.

Haas Markus, Gemeinderat: Ich weiss es ist schwierig, Fr. 15'000 zu verteidigen, wenn wir beim Kurtheater und nachher wahrscheinlich auch noch beim Karussell viel höhere Beträge kürzen. Aber für mich ist das wirklich wichtig. Bei den Benchmark-Informationen aus anderen Spitex-Organisationen kann Martin Frey nicht unterstützen. Er kann mir zwar finanztechnisch helfen. Aber beim Leistungsvereinbarungs-Grundwissen aus diesem Bereich heraus kann er nicht weiterhelfen. Dafür brauche ich eine externe Stelle, die das kann.

Scherer Kleiner Leo: Es sind Fr. 15'000, die wir heute einsetzen, um in drei bis vier Jahren besser da zu stehen. Dann werden wir die Leistungsvereinbarung erneuern müssen. Je mehr wir wissen, desto besser können wir verhandeln. Wenn wir das Wissen nicht haben, können wir die Ausgabenverminderung – die angestrebt wird – nicht erreichen. Es wäre unvernünftig, das Geld für das Controlling nicht zu investieren.

Palit Orun: Die Gemeinde wird doch bestimmt über Personal verfügen, das sich mit der Materie auskennt. Sonst hätte der neue Vertrag nicht unterschrieben werden können. Ich denke, das Know how ist sicher irgendwo in der Gemeinde vorhanden.

Haas Markus, Gemeinderat: Orun Palit, wenn man nichts darüber weiss, sollte man nichts darüber sagen. Aber wir haben den Vertrag mit der BDO zusammen gemacht. Wir haben auf dem Wissen der BDO aufgebaut, sonst wäre der Vertrag so nicht zustande gekommen.

Wassmer Christian: Wir haben eine neue Leistungsvereinbarung unterzeichnet mit Unterstützung der BDO. Also dieser Zug ist abgefahren. Damit müssen wir jetzt leben. Wir hatten im Vorfeld eine detaillierte Studie von der BDO, die ich angeschaut habe. Ich war bei der Spitex vor Ort und bin die Studie zusammen mit der Leitung durchgegangen um Optimierungsmöglichkeiten zu finden. Diese Basisarbeit ist schon gemacht und bereits bezahlt. Was wollen wir jetzt noch einmal das Gleiche machen und zum gleichen Ergebnis kommen wie mit BDO? Ich verstehe das nicht. Man macht etwas zweimal und will zweimal Leistungen und holt sich externe Unterstützung für etwas, das man selber machen kann. Ich habe mich vorhin dafür eingesetzt, dass wir gute Mitarbeitende haben, die etwas können und welche fair bezahlt werden sollen. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann ändere ich meine Meinung. So etwas müssen wir einfach selber können.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja-: 21 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Kürzung des Konto 4210.3636.80 um Fr. 15'000 wird gutgeheissen.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zu Konto 4320.3636, Beiträge an private Organisationen. Und jetzt seht ihr, die Fiko sorgt sich auch um die kleinen Vereine. Vielleicht habt ihr auch schon einen Notfall gehabt am Wettinger Fest, bei dem der Samariterverein zum Einsatz gekommen ist. Aus unserer Sicht ist dies ein ganz wichtiger Verein in unserer Gemeinde. Der Beitrag an den Samariterverein ist unabsichtlich vergessen gegangen. Wir sind der Meinung, das muss korrigiert werden. Darum beantragt die Fiko den Betrag von Fr. 2'550 gemäss dem Vorjahr, damit der Samariterverein weiterhin für uns da ist. Das Abstimmungsverhältnis war einstimmig 7:0.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Erhöhung des Konto 4320.3636 um Fr. 2'550 wird gutgeheissen.

Ressort 5 Soziale Sicherheit

Wassmer Christian: Zu Konto 5450.3636, Beiträge an private Organisationen. Mit dem Familienzentrum Karussell haben wir 2014 einen Pilotbetrieb gestartet, und jene, die damals schon dabei gewesen sind, mögen sich vielleicht gut erinnern, wie sich Kati Wiederkehr ins Zeug gelegt hat. In allen Fraktionen hat sie für dieses Projekt gewiebelt und schlussendlich haben wir mit voller Überzeugung in diesem Rat gesagt: "Jawohl, da machen wir mit. Das ist eine wichtige regionale Aufgabe, die wir zusammen mit Baden machen möchten."

Danach hat ein vierjähriger Pilotbetrieb gestartet bis 2018. 2016 haben wir einen Zwischenbericht erhalten und haben überzeugt weitergemacht. Fr. 50'000 jedes Jahr. Wir haben uns an unser Commitment gehalten – bis hierhin. Jetzt sind wir in einer extrem schwierigen Situation in Wettingen. Wir haben hier zwei Herzen in der Brust. Einerseits haben wir eine leere Gemeindeschatulle. Auf der anderen Seite ist da etwas, was wir wirklich mit Überzeugung wollten, von dem viele Wettinger Familien profitieren können und eine gute Investition auch für die Zukunft ist, die wir nicht mit den Sozialen Diensten abfangen müssen.

Wir erachten eine Kürzung als vertretbar. Wir möchten aber nicht direkt auf die Hälfte kürzen. Wieso sind wir der Meinung, es geht mit einer kleinen Kürzung und wieso muss man nicht auf den ursprünglichen Betrag zurück? Hier möchte ich deutlich sagen, dass wir temporär kürzen möchten. Wir möchten dem Gemeinderat auch signalisieren, dass diese Institution wichtig ist für uns, und soll – wenn wir eine Steuererhöhung hatten – nicht mehr darunter leiden.

2014 hat der Pilotbetrieb angefangen. Seit da hat das Karussell jedes Jahr einen kleinen Gewinn erwirtschaftet. Dieser schwankt zwischen Fr. 6'000 und im letzten Jahr rund Fr. 44'000. Das führt zu Aktiven von rund Fr. 400'000 und einem aktuellen Eigenkapital von Fr. 170'000. Ich habe mit Beat Peterhans telefoniert, um mich zu versichern, dass das Karussell nicht in den Abgrund fällt, wenn wir ihr eine Kürzung vornehmen. Er wie auch Nicole Schnor, Vorstandsmitglied, haben bestätigt, dass das nicht der Fall sein wird. Darum beantragen wir, den Beitrag von aktuell Fr. 25'000 im Vorschlag des Gemeinderats, um Fr. 10'000 zu erhöhen, auf Fr. 35'000. Diesen Betrag wollen wir noch mit einem später folgenden Antrag kompensieren.

Camponovo Christa: Wettingen nennt sich kinderfreundliche Gemeinde. Sie trägt sogar das UNICEF Label dafür. In Wettingen schreiben sich etliche Parteien die Unterstützung von Familien auf die Fahne. In Wettingen leben viele Familien und Kindern. Eine wichtige niederschwellige, integrativ und präventiv wirksame Unterstützungsmöglichkeit für Familien und Kinder ist ein gut funktionierendes Familienzentrum. Zum Glück gibt es das Karussell, ein regionales Angebot mit Standort in Baden. Es leistet hervorragende Arbeit, das hat Christian Wassmer vorher auch schon bestätigt. Ein Angebot, dass sich auch weniger begütete Familien leisten können. Das Angebot des Karussells ist nicht einfach ein "Nice to have", das haben alle bemerkt, die sich mit dem Angebot des Karussells auseinandergesetzt haben. Es gibt kein vergleichbares Angebot in der Region. Auch

verschiedenen Beratungsstellen in Wettingen sind froh, wenn sie ihre Leute ans Karussell verweisen können.

Wettingen beteiligte sich an den Kosten, wie es sich für gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit gehört. Der Betrag war aber proportional eigentlich sehr niedrig. Baden bezahlt Fr. 230'000 für ein wenig mehr Besuchende. Jetzt soll, wie beim Theater, der Beitrag um die Hälfte gekürzt werden von Fr. 50'000 auf Fr. 25'000. Ich habe mich gewundert, dass eine solche Kürzung einfach so möglich ist. Was steht denn im Leistungsvertrag? Nichts. Es gibt keinen Leistungsvertrag. Dies verwundert mich schon sehr für eine solche Organisation. Dem Karussell wurde gesagt, das sei nicht nötig. Das heisst doch, das Karussell kann mit der üblichen Unterstützung auch ohne Leistungsvertrag rechnen. Zwar nicht im juristischen Sinn, aber diese Kürzung verstösst doch irgendwie gegen Treu und Glauben.

Auch das Karussell leidet unter den Folgen von Corona. Was das Eigenkapital betrifft: Es zeigt, dass das Karussell auch betriebswirtschaftlich professionell unterwegs ist. Ein solcher Betrieb mit Angestellten muss ein gewisses Eigenkapital haben, alles andere wäre unverantwortlich, besonders auch in Corona-Zeiten. Die Fraktion SP/WettiGrünen beantragt, das Konto 5450.3636 um Fr. 25'000 auf total Fr. 192'500 zu erhöhen. Falls Kinderfreundlichkeit, Familienfreundlichkeit, soziale Verantwortung und gute Nachbarschaft nicht Worthülsen bleiben sollen, stimmen Sie dem Antrag bitte zu.

Rohr Rudolf: Das Thema Karussell ist auch bei uns in der Fraktion sehr emotional diskutiert worden. Am Schluss geht es um Werte wie Integration und es geht um Kinder. Das sind wichtige Faktoren, die schrammen nicht einfach so an einem vorbei. Nichtsdestotrotz, der Auftrag vom Souverän an den Gemeinderat war klar, und der hat geheissen: Sparen. Der Gemeinderat ist dem nachgekommen mit dem Budget und wir aus der Fraktion FDP unterstützen das.

Fricker Martin: Ich äussere mich jetzt als Mitglied der SVP, nicht als Fiko-Mitglied. Der Gemeinderat stellt in unserem Budget den Antrag, diesen Betrag um Fr. 25'000 zu kürzen. Wenn man den Kritikern zuhört, meint man manchmal fast ein wenig, die weitere Existenz des Vereins Karussell sei dadurch gefährdet. Das ist Mumpitz. Wenn man jetzt einmal die Zahlen reden lässt und die Emotionen weglässt, dann gibt es folgendes zu sagen: Der Artikel im Badener Tagblatt, welchen wir sicher alle gelesen haben, und die Aussagen von Stadtrat Erich Obrist implizieren, dass es sich um eine dauerhafte Kürzung handelt. Das ist falsch. Es ist eine einmalige Kürzung um Fr. 25'000. Das Karussell publiziert jedes Jahr einen Geschäftsbericht. Den findet man auf der Webseite dieses Vereins. Es wäre vielleicht einmal nützlich, wenn man diesen Geschäftsbericht lesen würde, bevor man hier in Dystopie-Schreckensszenarien verfällt. Dieser Geschäftsbericht sagt auf Seite 10 in der Bilanz aus, dass Ende 2019 das Karussell insgesamt Fr. 165'000 an Rückstellungen hatte und Fr. 171'000 Eigenkapital. Das macht zusammen Fr. 336'000. Das zeigt auf, dass es eine Organisation ist, die betriebswirtschaftlich arbeitet und das ist gut. Es zeigt aber auch auf, dass man einmalig auf Fr. 25'000 aus Wettingen gut verzichten kann. Auch die Fiko hat sich mit dem Antrag sehr detailliert auseinandergesetzt. Die überwiegende Mehrheit hat sich von den Argumenten des Gemeinderats überzeugen lassen. Diese Kürzung ist also vertretbar. Und noch etwas, wenn wir schon bei den Zahlen sind: Nur 5 % der Einnahmen vom Karussell stammen aus Fundraising. Also alle die hier sind, sind eingeladen, einen eigenen Beitrag beizusteuern, den kann man sicher noch von den Steuern abziehen.

Wo ich aber den Verein Karussell verstehe und seine Kritik teile, das ist die Art und Weise, wie der verantwortliche Gemeinderat dieses Geschäft gegenüber dem Karussell und den Medien vertreten hat. Man kann nicht einfach ohne Vorankündigung Beiträge kürzen. Da bin ich völlig bei euch. Das geht nicht. Und so eine Kürzung muss man halt

vor dem Vertreter des Badener Tagblatts auch überzeugend kommunizieren können. Ich habe mit dem Redaktor geredet. Da standen mir die Haare zu Berge, als ich erfahren hatte, was er alles nicht wusste. Die medialen Reaktionen auf diese doch ein wenig unprofessionelle Vorgehensweise von unserem Gemeinderat bezüglich Kommunikation zeigen, dass das reputationsschädigend sein kann für unsere Gemeinde. Und das kann wirklich niemand hier drin wollen.

Die Fraktion SVP beantragt Ihnen, dem Gemeinderat zu folgen, und dem Beitrag für den Verein Karussell im Budget 2021 um Fr. 25'000 zu kürzen.

Scherer Kleiner Leo: Ich bin Martin Fricker sehr dankbar, dass er vorher so ausdrücklich betont hat, dass das eine Einmaligkeit ist, wenn wir in einem Budget etwas beschliessen für ein Budgetjahr. Das gilt aber auch für das Budget, welches das Volk bzw. die Mehrheit der Stimmberechtigten, die teilgenommen haben, versenkt haben. Das ist auch eine absolute Einmaligkeit. Deshalb noch mal in die Richtung jener, die sagen: "Das Volk hat ein Sparauftrag gegeben." Nein, das stimmt nicht. Das Volk hat ein Budget abgelehnt, einmalig. Es hat keinen Sparauftrag gegeben, überhaupt nicht.

Palit Orun: Die glp-Fraktion wird der Kürzung des Beitrags ans Karussell nicht zustimmen. Wir haben ja vorher versucht bei uns selber zu sparen und wir wollen natürlich auch, dass der Leistungsabbau für die Bevölkerung zum Schluss kommt. Und das ist ein Leistungsabbau. Im Jahr 2019 haben knapp 3600 Wettingerinnen und Wettinger das Angebot des Karussells in Anspruch genommen. Das sind einerseits Angebote vom Karussell selber, aber auch das Angebot von Partnerorganisationen wie Mütter- und Väterberatung, Elternbildung, Spielgruppen, Selbsthilfegruppen usw. Wir haben es vorher gehört, auch das Karussell ist von der Coronakrise sehr betroffen und musste teilweise vom 16. März 2020 bis 8. Juni 2020 schliessen und so auf Einnahmen verzichten. Es ist auch die Gefahr da, dass sich andere Gemeinden an Wettingen ein Beispiel nehmen und ebenfalls den Beitrag kürzen. Und dann plötzlich ist das Karussell einiges mehr im Defizit, welches sie sowieso machen werden 2020.

Wir haben das Gefühl, dass die Ausgaben fürs Karussell als Investitionen angeschaut werden müssen, die sich später in viel tieferen Sozialhilfekosten und höheren Steuereinnahmen niederschlagen werden. Darum hoffen wir, dass ihr diesem Kürzungsantrag nicht zustimmt, weil es tatsächlich eine Dienstleistung für die Wettinger Bevölkerung ist.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit 24:19 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Der Antrag der CVP-Fraktion obsiegt gegenüber dem Antrag der Fraktion SP/WettiGrün.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der CVP-Fraktion obsiegt gegenüber dem Budgetantrag des Gemeinderats.

Scherer Sylvia: Zu Konto 5793.3130.01, Dienstleistungen Dritter. Ist eine Aufwandssteigerung von rund Fr. 45'000 für Deutschkurse gerechtfertigt? Beim letzten Rechenschaftsbericht habe ich gesagt, dass es gerade mal 42 Frauen waren, die das Angebot "Deutsch für Mütter" angenommen haben. Wie sieht es also gesamthaft aus?

Wie viel Teilnehmer sind das? Der Kanton spricht eine Subventionierung von Fr. 45'148. Wie lange garantiert er diese Subventionierung? Es ist sicherlich nicht auf ewig so und dann muss plötzlich die Gemeinde Wettingen diesen Betrag finanzieren und es wird zu einer weiteren gebundenen Ausgabe. Wollen wir das?

Nach den verschiedenen Eingangsvoten, die ihr von uns, aber auch von anderen Parteien gehört habt, wollen wir doch nicht, dass wir noch weitere gebundene Ausgaben haben. Aus diesem Grund soll der Budgetbetrag um Fr. 45'148 reduziert und gleichzeitig der Kantonsbetrag entsprechend angepasst werden. Zwar ist es dann schlussendlich ein Null-Summen-Spiel zum jetzigen Zeitpunkt. Aber wir sind einerseits für die Zukunft gewappnet, und wir generieren nicht neue unnötige Ausgaben. Wir haben auch die Verantwortung gegenüber den Kantonsausgaben. Kantonsressourcen sollen auch nicht unnötig belastet werden. Auch das ist eine Pflicht von uns. Die Fraktion SVP stellt deshalb den Antrag, dass man um Fr. 45'148 kürzt und den Kantonsbeitrag entsprechend anpasst.

Oberholzer Christian: Für uns ist dieser Streichungsantrag nicht nachvollziehbar. Der Kanton stellt im Rahmen von diversen Integrationsprojekten den Gemeinden Geld zur Verfügung, u. a. zur Durchführung von Deutschkursen für fremdsprachige Ausländerinnen mit schulpflichtigen Kindern. Und das ist ein Angebot, das von vielen Gemeinden schon seit Jahren genutzt wird. Für Wettingen wären die Kosten bei Fr. 61'148, vom Kanton subventioniert mit Fr. 45'148, d.h. es bleiben unter dem Strich Kosten von Fr. 16'000. Ich denke, es ist unnötig, jetzt bereits schwarz zu malen: "Uh, wenn dann der Kanton die Subvention plötzlich streicht." Das ist im Rahmen eines Integrationsprojekts und da muss man diese Angst nicht schüren, dass der Beitrag gestrichen wird.

Heute ist Wettingen mit einer eigenen Lösung unterwegs, die im Vorjahr mit Kosten von Fr. 22'700 verbucht worden ist. Es handelt sich also um eine Einsparung, wenn man die Leistung anschaut, die man jetzt erbracht hat.

Bei genauerer Betrachtung des Angebots ist ersichtlich, dass man für weniger Geld auch noch mehr Leistung bekommt. Das müsste euch gefallen. Das Angebot kann um 30 % gesteigert werden auf zirka 6'400 Lektionen für ungefähr 40 Teilnehmende. Was zusätzlich neu ist: Der Kurs kann mit einem Zertifikat der gängigen Levels abgeschlossen werden. Umgerechnet ergibt dies Kosten von Fr. 2.50 pro Person und Lektion und wenn man den Beitrag des Kantons abzieht, bleiben bei der Gemeinde noch Fr. 0.50. Es sollte grundsätzlich hinlänglich bekannt sein, dass sich Integrationsbemühungen auszahlen. Hier werden Frauen gefördert, bei denen es durch die Aneignung der Sprachkompetenz möglich sein wird, ihre Kinder bei schulischen Fragen angemessen zu unterstützen, sich mit anderen Eltern zu vernetzen und vielleicht mit diesem Abschluss einen Job zu finden. Dies wirkt sich auf die Zukunftschancen der Kinder aus und entlastet wiederum Lehrpersonen und unser soziales System.

Mich erstaunt es nicht, dass dieser Streichungsantrag von der tendenziell als fremdenfeindlich bekannten Partei eingereicht wird, die noch nicht verstanden hat, dass Integration bei einem Ausländerinnen-/Ausländeranteil von 25 % in unserer Bevölkerung zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung gehört. Darum bitte ich Sie, dem Streichungsantrag nicht zuzustimmen.

Scherer Sylvia: Lieber Christian Oberholzer, ich glaube, ich bin sehr engagiert auch in der Integration. Wir unterstützen den Deutschkurs. Ich bin Präsidentin der katholischen Frauengemeinschaft St. Sebastian und wir haben dort auch aktiv jemanden unterstützt, der aus Syrien gekommen ist und eine Sprachausbildung machen konnte. Ich finde so allgemeine Aussagen sehr schlecht. Und ich erwarte eigentlich von dir eine

Entschuldigung, weil das ist ein Angriff. Das finde ich nicht korrekt. Ich würde jetzt meine Hand dafür ins Feuer legen, dass ich sozialer bin als viele andere hier drin. Ich bin der Meinung, dass es sehr erfreulich wäre, wenn viele Mütter diesen Deutschkurs machen würden aber es sind sage und schreibe nur 42 Mütter. Genau das ist das Problem. Wenn sie nämlich diesen Deutschkurs machen würden, dann könnten sie ihre Kinder wirklich unterstützen. Auch das Karussell bietet Deutschkurse an.

Rey Philippe, Gemeinderat: Bis jetzt haben wir zwei Kurse à 12 Frauen, bzw. Mütter von Kindern die in Wettingen zur Schule gehen, angeboten. Die zwei Kurse à zwei Lektionen pro Woche haben Fr. 19'200 gekostet – plus Sozialkosten. Somit kommen wir etwa auf die knapp Fr. 22'000. Das was vorliegt, ist eine Spargeschichte. Wir haben mit diesem Angebot, in dem wir drei Kurse statt nur zwei und je vier Lektionen pro Woche anbieten, mehr für weniger Geld. Das kostet die Gemeinde nur noch Fr. 16 000 anstatt Fr. 22 000. Wenn der Kanton sich daran nicht beteiligt, dann können wir das nicht machen für Fr. 16 000. Das kann ich euch garantieren. Es hat früher mehr gekostet für weniger Leistung. Der Kanton bietet seit mehreren Jahren dieses Angebot an. Es sind Dutzende von Gemeinden, die das bereits machen. Also, wir sind nicht die Ersten und nicht die Einzigen und auch nicht die Letzten. Es ist auch kein Pilotprojekt, sondern der Kanton hat aus verschiedenen Gründen ein grosses Interesse daran, das anzubieten. Die Fr. 61 000 beinhalten nicht nur, dass diese Kurse professionell geführt werden. Diese Leiterinnen sind ausgebildet, das sind Pädagoginnen, welche eine Ausbildung gemacht haben und diese Kurse gehen nach einem pädagogischen Schema vor. Sie richten sich ausdrücklich an Mütter, und nicht an Väter oder sonst irgendjemand mit ausländischem Hintergrund, sondern an Mütter, welche Kinder haben, die hier zur Schule gehen. Das Gemeindepersonal wird entlastet, weil wir die Kursadministration nicht mehr machen müssen. Wir haben dadurch Einsparungen beim Personal. Die Schule wird entlastet, wenn nämlich diese Mütter Deutsch können, können sie auch verstehen, worum es überhaupt geht. Das Sozialamt wird mittel- und langfristig auch entlastet, weil die Integration durch Sprachkenntnisse viel besser ermöglicht wird.

Nur noch eine kleine Berichtigung: Wir haben 27 % Ausländerinnen und Ausländer. Ich rede jetzt nicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern, sondern von Ausländern allgemein. Das sind Leute, die aus verschiedenen Gründen hier sind, die hier möglichst schnell integriert werden müssen. Das ist eine der besten Möglichkeiten. Jetzt zu verzichten auf den Beitrag von Kanton, das kann ich nicht nachvollziehen. Das ist ein super Angebot, welches uns viel bringt. Mehr Kurse, mehr Deutsch, mehr Integration und es kostet am Schluss erst noch weniger als das, was wir letztes Jahr bezahlt haben für weniger Leistung. Also bitte belastet die Fr. 45'000 im Budget. Der Kanton hat ein Interesse, dass noch viele, viele Jahre weiter zu betreiben, genauso wie wir, damit wir diese Leute möglichst schnell integrieren können. Also bitte überlegt gut, was ihr hier sagt. Wenn ihr das ablehnt, haben wir nachher ein schlechteres Angebot, welches wir nicht mehr in dieser Form bieten können.

Maibach Markus, Vizeammann: Silvia Scherer, du sagst, dass es ein Null-Summen-Spiel ist. Ich interpretiere das als Nettodarstellung, oder? Es ist kein Kürzungsantrag, sondern nur eine andere Darstellung. Der Kantonsbeitrag soll direkt vom Budgetbetrag Dienstleistungen Dritter abgezogen werden bzw. verrechnet werden. Ist das richtig so?

Scherer Sylvia: Mein Antrag besteht darin, dass man diese Fr. 45'000 Kantonsbeiträge streicht und diese nicht bezieht. Gleichzeitig sollen auch die Ausgaben nicht gemacht werden. Schlussendlich bleiben Fr. 16'000 im Budget.

Maibach Markus, Vizeammann: Dann ist es ein Kürzungsantrag.

Scherer Sylvia: Ja, das ist ein Kürzungsantrag.

Rey Philippe, Gemeinderat: Es tut mir leid, das ist kein Kürzungsantrag, das ist ein Killer. Wir können das Angebot für Fr. 16'000 nicht bieten ohne Kanton. Das geht schlichtweg nicht. Wenn wir das gleiche Angebot machen wollen, dann muss ich gleich einen Antrag auf Erhöhung um Fr. 15'000 machen. Das können wir nicht bieten. Auch Zertifikate können wir dann nicht anbieten. Eine Frau, die den Kurs besucht mit einem oder mehreren Kindern hat nach einem oder zwei Jahren ein Zertifikat in der Tasche. Mit dem kann sie schneller ins Berufsleben einsteigen und mit dem ist sie schneller integriert. Das können wir nicht bieten. Der Kanton kann das, weil er Bildungshoheit hat. Wir als Gemeinde haben bis jetzt Kurse angeboten, die mehr oder weniger professionell, aber ziemlich zufällig und willkürlich und nach bestem Wissen, Gewissen und Vertrauen angeboten worden sind. Das ist eine Professionalisierung, die uns am Schluss weniger kostet als jetzt. Wir reden hier von 6'400 Stunden, die wir in diesem Angebot haben, das uns lediglich Fr. 16'000 kostet. Vorher hatten wir halb so viele Stunden anbieten können, welche Fr. 22'000 gekostet haben. Hier verstehe ich euch wirklich nicht. Wollt ihr mehr Geld ausgeben, oder wollt ihr eigentlich das ganze Programm kippen? Wir haben seit über 10 Jahren "Deutsch für Mütter". Es ist übrigens nicht das gleiche Kursangebot wie beim Karussell. Das ist eine andere Schiene, die dort gefahren wird, auch für Väter und andere Personen, die keine Kinder haben. Das Angebot können wir in dieser Form nicht bieten, wenn wir den Kanton nicht im Boot haben.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Kürzung des Konto 5793.3130.01 wird abgelehnt.

Burger Alain: Zu Konto: 5930.3636, Beiträge an private Organisationen. Wir beantragen Fr. 10'000 im Budget einzustellen. Bei den Hilfsaktionen im Inland sind ebenfalls Fr. 10'000 eingestellt. Wir sind der Ansicht, dass sich Wettingen einen Franken pro Einwohnerin und Einwohner für Hilfsaktionen im In- und Ausland sollte leisten können. Weltweit sind mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Wir haben gerade vorher darüber gesprochen. Wir haben keine Dringlichkeit, um sie hierher zu holen. Wir sind aber auch sonst nicht bereit, Gelder zu sprechen, aber wir müssen etwas machen. Uns ist wohl allen klar, dass diese Menschen nicht zum Spass flüchten. Das sind existenzielle Notlagen, welche die Menschen zur Flucht zwingen. Teilweise aus wirtschaftlichen Gründen, mehrheitlich aber aus Kriegsgebieten, wegen Korruption oder weil der Klimawandel ihre Lebensgrundlage zerstört. Wenn es darum geht, diese Flüchtlinge bei uns aufzunehmen, hören wir häufig von der rechten Parlamentsseite, dass wir mehr Hilfe vor Ort machen sollten und deshalb stellen wir jetzt diesen Antrag. Machen wir Hilfe vor Ort. Eine kleine Hilfe vor Ort. Wir reden von einem Franken pro Einwohner und das Leid ist gross auf dieser Welt. Der Kampf gegen die Corona-Pandemie und die wirtschaftlichen Folgen stellt die ganze Welt vor gewaltige Aufgaben und machen Ausnahmen zum Normalzustand. Besonders hart trifft es Arme, von Sanktionen betroffene, stark bevölkerte und vom Krieg gezeichnete Länder. Es trifft auch Menschen ausserhalb der Schweiz, die nicht über eine Gesundheitsversorgung und eine soziale Sicherheit verfügen wie wir. Ein Franken pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr für Hilfs-Aktionen für In- und Ausland, das ist unserer Meinung nach nicht zu viel verlangt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen auf Erhöhung des Konto 5930.3636 um Fr. 10'000 wird abgelehnt.

Ressort 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Palit Orun: Zu Konto 6150.3132, Honorar externe Berater, Gutachter. Der Betrag ist Fr. 112'000 im Budget. Wir möchten den Betrag um Fr. 24'000 kürzen auf Fr. 88 000 und somit wieder auf das Niveau von 2019. Der Budgetposten beinhaltet Honorare für externe Berater und Gutachter inklusive Geometerkosten, die Bewirtschaftung datenbasierter Kataster und Notarkosten. Wir glauben, dass man hier den Markt besser spielen lassen sollte, mehr Offerten von Beratern und Gutachtern einholen sollte, wo es wirklich nötig ist. Dann sollten auch die Kosten tiefer ausfallen. Der Gemeinderat muss natürlich diese Berater und Gutachter auf die schwierige finanzielle Lage von Wettingen hinweisen und das hier wirklich kein Geld zum Verschwenden da ist. Wir hoffen auf Unterstützung dieser Kürzung.

Grundisch Julien: Ich finde es irgendwie komisch, dass man den Rotstift ansetzt, bevor eigentlich ein Projekt am Laufen ist. Diese Aufträge sind öffentlich ausgeschrieben, also hat man dort durchaus nicht die Möglichkeit ein Sparpotential wahrzunehmen. Und ich finde es wirklich komisch, jetzt schon im Voraus etwas zu kürzen und damit irgendwie den Verlauf eines Projekts zu stören. Das scheint mir etwas verantwortungslos. Wir lehnen diesen Kürzungsantrag natürlich ab.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Reduktion des Konto 6150.3132 um Fr. 24'000 wird abgelehnt.

Ressort 7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Wortmeldungen.

Ressort 8 Volkswirtschaft

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Ich mache es kurz und schmerzlos. Seite 58 ist ein Buchungsfehler im Budget drin. Da sind Konti verwechselt worden. Korrekt wäre das Konto 8500.3130.01 und nicht 8500.3130.80. Die Umbuchung hat keinen Einfluss auf den Saldo. Einstimmige Beschlussfassung in der Fiko.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fiko auf Umbuchung zwischen den Konti 8500.3130.01 und 8500.3130.80 wird gutgeheissen.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zu Konto 8500.3130.01, Dienstleistungen Dritter. Hier geht es eigentlich um die berühmten Beiträge – früher Standortförderung. Dieser Antrag ist bei uns in einem Stichentscheid entstanden. Es geht darum, dass wir euch dies zur Diskussion unterbreiten. Einerseits weil ein Teil der Fiko

die sogenannten bezahlten PR-Artikel streichen und verhindern will, andererseits erkennen andere Teile der Fiko, dass dieses Konto schon über mehrere Jahre in der Diskussion gewesen ist und auf einem Niveau angekommen ist, wo man keine weiteren Streichungen vornehmen sollte. Zusätzlich hat der Gemeinderat der Fiko versichert, dass keine bezahlten PR-Artikel mehr vorhanden sind und darum das tatsächlich das Kernthema "Standortförderung" ist. Ich erinnere an meinen Vorstoss, welche gesagt hat, Standortförderung ist eben nicht die Verteilung von Schals, sondern es geht um räumliche Entwicklung und Standortförderung von unserer Entwicklung als Gemeinde, insbesondere der räumlichen Entwicklung. Das Abstimmungsverhältnis war 3 zu 3 Stimmen, bei einer Enthaltung und mit Stichentscheid des Präsidenten zu Gunsten des Antrags.

Fricker Martin: Ich habe diesen Antrag eingebracht. Es geht um so Hochglanzmagazine wie dieses hier, welches im Oktober eingetroffen ist: Stadt und Land. Oder das, welches heute im Badener Tagblatt beigelegt gewesen ist "36km". Finanziert werden diese Magazine durch bezahlte PR-Artikel. In der letzten Ausgabe war eines drin von Markus Dieth vor den Regierungsratswahlen. Anfang dieses Jahres oder letztes Jahr war auch ein Interview mit dem Gemeindeammann im Stadt&Land drin, in dem es um Wettingen gegangen ist. Ich finde, das haben wir nicht nötig. Wir müssen keine bezahlten PR-Artikel machen. Ich höre jetzt, dass der Gemeinderat sagt: "Ja, das ist jetzt nicht mehr der Fall." Da zitiere ich gerne Goethe respektive Faust: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube." Darum empfehle ich euch, der moderaten Kürzung zuzustimmen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Wir haben ganz am Anfang vom Fiko-Präsidenten gehört, dass jeweils alle Positionen intensiv mit dem zuständigen Ressortvorsteher diskutiert worden sind. Ich war ziemlich erstaunt, und mit mir auch der Gemeinderat, als wir nach der gemeinsamen Sitzung zwischen Gemeinderat und Finanzkommission mit einer Kürzung konfrontiert worden sind, welche nie zur Debatte gestanden ist. Die entsprechende Prüfperson dieses Ressorts aus der Fiko hat nie im Vorfeld mit mir Kontakt aufgenommen, sonst hätten wir das nämlich auch damals schon diskutieren können. Ich kann mich erinnern, mit dem jeweiligen Finanzkommissionsmitglied bereits bei der Rechnungsprüfung das Thema diskutiert zu haben. Wir haben keine Artikel, die wir bezahlen. Der Beitrag, bei dem es um den Krisenstab der Gemeinde Wettingen gegangen ist, mussten wir nicht bezahlen. Und damals, lieber Martin Fricker, als es darum gegangen ist, dass wir diese Fachstelle Gesellschaft positionieren und portieren konnten, das war das einzige Mal, als wir ein Inserat machten. Das habe ich anlässlich der Rechnungsprüfung 2019 gesagt.

Der Artikel in der heutigen Ausgabe von „36km“ ist auch nicht bezahlt. Das war ein Interview im Rahmen der Regionalen 2025. Wir beantragen wieder das Niveau 2019 von Fr. 85'000. Es ist eine Position, die wir vor Jahren mit Fr. 300'000 im Budget drin hatten. Und ich glaube, wir haben bewiesen, auch Verzichtspläne zu machen. Wir kaufen keine Merchandisingartikel mehr, sondern investieren in die Entwicklung von Masterplanungen wie im Kloster etc. oder Themen mit dem Museum Aargau. Ich möchte Sie bitten, auf diese Kürzung zu verzichten.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission auf Reduktion des Konto 8500.3130.01 um Fr. 10'000 wird abgelehnt.

Ressort 9 Finanzen und Steuern

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zu den Steuern habe ich bereits alles am Anfang gesagt.

Knaup Adrian: Die Fraktion SP/WettiGrünen begrüsst den Antrag der Finanzkommission, den Steuerfuss um 3 % auf 98 % zu erhöhen. Es ist offensichtlich, dass eine grössere Erhöhung nötig wäre, aber wir hoffen, dass wir mit dieser Kompromisslösung von 98 % einen mehrheitsfähigen Wert erreichen.

Unsere Fraktion ist froh, dass die Fiko ihre finanzpolitische Aufgabe und Verantwortung wahrnimmt und die Sache beim Namen nennt. Selbst wenn man noch so grosse Kürzungen, Abstriche und Abbauten aus dem Budget herauskratzt und damit jedes Mal die Substanz unserer Gemeinde schmälert, es wird nie reichen, um Defizite und Schulden abzubauen. Es reicht nicht, an den Ausgabenseiten herumzuschrauben. Wir müssen auch die Einnahmenseite angehen.

Seien wir ganz ehrlich: Eigentlich erkennen wir alle, dass es nicht ohne Steuerfusserhöhung geht. Aber einige gefallen sich immer noch darin, sich selber und vor allem der Wettinger Bevölkerung vorzugaukeln, dass alles wunderbar und attraktiv wird, wenn man nur genug spart, sprich abbaut. Oder sie haben das Gefühl, wenn die Bevölkerung einmal "Nein" gesagt hat, gilt das für jede kommende Abstimmung auch. Es gibt bei weitem nicht genug mehrheitsfähige Kürzungsanträge, wie man sieht, hinter der eine Mehrheit der Bevölkerung steht bzw. von der legitimen Vertretung der Bevölkerung hier im Saal.

Stehen wir doch endlich dazu und sind ehrlich mit unseren Wählerinnen und Wählern: Ohne Steuerfusserhöhung geht es nicht. Lieber früher als später. Alles andere ist und bleibt Augenwischerei.

Der von der Fiko vorgeschlagene moderate Anstieg auf 98 % ist machbar. Ich bezahle das gern. Und ich vertrete da zahlreiche Wettingerinnen und Wettinger, die explizit äusserten, dass sie gerne mehr Steuern zahlen würden. Zum Schluss bitte ich euch alle, wieder vermehrt in den Vordergrund zu stellen, was Wettingen alles zu bieten hat. Ja, wir haben investiert. Und ja, wir haben uns das etwas kosten lassen. Und ja, das ist gut so. Als Bewohner von Wettingen, Vater von schulpflichtigen Kindern, regelmässiger Besucher von Bibliotheken und Kulturanlässen, als Einkäufer, Verkehrsteilnehmer und noch vielen anderen Rollen erlebe ich tagtäglich, dass Wettingen eine tolle Infrastruktur aufgebaut hat. Und die hat was gekostet. Aber ich möchte sie nicht billiger haben. Sind wir doch wieder stolz auf unsere Wettingen und lassen wir uns das doch etwas wert sein. Ja zur Steuerfusserhöhung von 95 auf 98 %.

Benz Thomas: Ich persönlich bin enttäuscht vom Budget 2021. Ich glaube, das ist auch keine Überraschung. Respektive war ich enttäuscht vom vorgeschlagenen Steuerfuss. Seit mittlerweile sehr vielen Jahren ist die Finanzlage eigentlich allen klar. Sie ist angespannt bis langsam sehr kritisch. So wie es aussieht, werden wir bei unserer Legislaturperiode, in der wir uns jetzt befinden, in Bezug auf Finanzpolitik nichts oder einfach gar nichts erreichen. Im Gegenteil, wir werden in den kommenden Legislaturperioden noch viel grössere Probleme hinterlassen, ein gigantischer Schuldenberg. Früher hat es immer geheissen, man soll keine Steuern auf Vorrat erheben. Heute scheint häufig das Motto zu sein: "Schulden auf Vorrat ist ok."

Obwohl dieses Jahr alles noch viel schlechter aussieht als letztes Jahr, auch ohne Coronafaktoren, möchte ein grosser Teil auf eine Steuerfusserhöhung verzichten. Es

zeichnen sich aber auch keine nachhaltigen grossen Sparmassnahmen mehr ab, wie auch schon erwähnt worden ist. 2019 haben wir von der bürgerlichen Seite „Mission-eine-Generation“ eingereicht. Ein Papier, an das wir auch ein paar Gedanken verschwendet haben. Was wir reinschreiben, welche Mechanismen wir hinterlegen wollen, mit dem Ziel das wir das Papier jährlich wieder hervor nehmen können. Wenn wir das dieses Jahr hervor nehmen würden, müssten wir da leider gleich 14 % Steuerfusserhöhung machen. Ist mir auch klar, dass das nicht ganz realistisch ist. Aber eben, Probleme gelöst haben wir jetzt nicht. Wir verschieben sie lieber wieder auf später.

Wir geben dem Steuerfuss auch heute Abend wieder, oder den ganzen letzten Monaten/Jahren, ein extrem hohes Gewicht. Dabei ist der Steuerfuss für die allermeisten von uns eigentlich gar nicht so etwas Relevantes. Der Steuerfuss ist das Ergebnis der Arbeit, die wir vorher gemacht haben. Darum wird auch der Steuerfuss nach der Arbeit festgelegt. Wir haben die Einnahmen und Ausgaben definiert. Am Schluss bleibt unter dem Strich ein Plus oder ein Minus. Oder im heutigen Fall ein extrem grosses Minus.

Die Stellschraube "Steuerfuss" ist dazu da, dass man das Ergebnis so korrigieren kann wie man eben muss. Eigentlich etwas völlig Unemotionales. Ich habe es gesagt, der Steuerfuss ist für die allermeisten von uns nicht wirklich von Bedeutung und hat eigentlich relativ wenig mit der Attraktivität einer Gemeinde zu tun. Die Kosten pro Steuerfussprozent sind für eine sehr grosse Mehrheit hier drin aber auch von der Bevölkerung sehr überschaubar. Gerne gebe ich ein paar Beispiele ab.

60 % der Bevölkerung haben ein steuerbares Einkommen von unter Fr. 60'000. Beispielsweise eine Familie mit zwei Kindern, Fr. 50'000 steuerbares Einkommen, verdient ungefähr brutto zwischen Fr. 70'000 und Fr. 80'000. Dies bedeutet Fr. 13.60 pro Prozent Erhöhung.

25 % der Bevölkerung haben ein steuerbares Einkommen von Fr. 60'000 bis Fr. 100'000. Eine Familie mit zwei Kindern, Fr. 100'000 steuerbares Einkommen, bezahlt Fr. 49.60 pro Steuerfussprozent der erhöht wird.

10 % der Bevölkerung – jetzt gehen wir langsam in die oberen Schichten – habe ein steuerbares Einkommen von Fr. 100'000 bis Fr. 150'000. Eine Familie mit zwei Kindern, Fr. 150'000 steuerbares Einkommen, hier reden wir wahrscheinlich eher von einem Bruttoeinkommen zwischen Fr. 180'000 und Fr. 200'000, bezahlen pro Steuerprozent, welches erhöht wird, Fr. 94.10 mehr.

95 % der Bevölkerung bezahlen für die vorgeschlagenen 3 % Steuerfusserhöhung wahrscheinlich irgendwo zwischen Fr. 0 und Fr.300 und das mit einem Bruttoeinkommen von bis zu Fr. 200'000.

Mir geht es nicht darum, diese Beträge klein zu reden. Auch Fr. 40 ist viel Geld. Auch Fr. 200 ist viel Geld. Auch Fr. 300 für jemand der Fr. 200'000 verdient, ist viel Geld. Es wird auch klar sichtbar, dass nicht nur die 95 %, sondern auch die restlichen 5 % eben auch sehr relevant sind. Das ist auch klar, für die müssen wir auch schauen. Die Steuern dürfen deshalb nicht ins Unermessliche steigen. Aber ich bin der Auffassung, dass eine grosse Mehrheit, und vor allem der Mittelstand – von dem es immer wieder geheissen hat, diesen wollen wir schützen – davon profitieren würde, wenn Gebühren nicht hochgehen und möglichst viele Leistungen gekürzt werden, sondern halt lieber einmal der Steuerfuss erhöht würde. Dafür dürfen dann die Musikschule, die Kinderbetreuung und die Arbeitsplätze nicht teurer werden. Den erwähnten Familien mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 50'000 nützt es nichts, wenn sie Fr. 50 weniger Steuererhöhung haben, dafür aber Fr. 80 mehr für die Musikschule zahlen müssen. Ich

glaube, es muss jedem von uns auch bewusst sein, was diese Zahlen überhaupt bedeuten.

Es ist Zeit für eine ehrliche und sachliche Finanzpolitik. Die Bevölkerung hat das verdient. Und ich glaube auch, vor allem nach der letzten Abstimmung, man will ehrlich hören was Sache ist. Vielleicht gehört auch dazu, dass man die altbekannte Aussage "trotz Tägi brauchen wir keine Steuerfusserhöhung" ad acta legt. Vielleicht könnte man auch sagen, dass man dort zu optimistisch gedacht hat. Oder vielleicht sogar einmal sagen kann, dass im Nachhinein die Zukunft wahrscheinlich zu optimistisch betrachtet wurde.

Ich bin stolz auf Wettingen. Ich bin stolz auf die Infrastruktur, auf das Tägi. Ich kann nicht verstehen, warum solche Verbesserungen für mich und für die Bevölkerung einfach immer nur gratis sein sollten. Ich werde der 3 % Steuerfusserhöhung zustimmen. Unser Wettingen braucht das, egal wie das heute Abend herauskommt. Sie ist einigermaßen klar, die sogenannte Realpolitik, die heute von allen viel zu viel zitiert worden ist. Diese wird so oder so in den nächsten ein bis zwei Jahren von der echten Realität überholt.

Gujer Mia: Nicht nur Andreas Leuppi und ich stehen hier vorne, auch Lara Rüfenacht von der CVP-Fraktion. Wir sind die drei jüngsten Ratsmitglieder in diesem Saal und repräsentieren einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Lara Rüfenacht kann aufgrund von Coronasymptomen nicht dabei sein. Ihren Anteil am Votum werden Andreas Leuppi und ich aufteilen und auch miteinfließen lassen, damit sie auch dabei sein konnte.

Wir sind wütend. Wütend, weil seit Monaten über ein Budget diskutiert wird, ohne auf eine sinnvolle Lösung einzugehen. Lieber werden Däumchen gedreht oder Entscheidungen dem Gemeinderat überlassen. Doch Entscheidungen von heute sind Konsequenzen von morgen – und wir, die nächste Generation, müssen damit leben. Es wird gerne gesagt, dass wir alle im gleichen Boot sitzen, doch das stimmt nicht. Ein Teil von uns wird ein paar Stationen weiter segeln und mit dem Wettingen leben müssen, über das heute abgestimmt wird.

Wir alle drei sind in den Einwohnerrat gekommen um mitzugestalten. Etwas, das uns bis heute verwehrt wird. Jeder Vorstoss, jede Idee, die kommt, wird mit der Begründung von fehlendem Budget abgelehnt oder erst gar nicht eingereicht. Der Einwohnerrat hat sich selber in eine Pattsituation gebracht und sich dabei handlungsunfähig gemacht.

Wir, die nächste Generation, wissen was wir wollen: Wir wollen gute Bildung, gute Ergänzungsangebote und gute Tagesstrukturen. Wir wollen ein attraktives Wettingen mit Freizeitangeboten. Kultur ist uns wichtig. Wir wollen für unsere Generation, wie die Generation vor und nach uns ein lebenswertes Wettingen zum Aufwachsen und zum Altern.

Leuppi Andreas: Der Steuerfuss in Wettingen ist mit 95 % tief. Die Attraktivität der Gemeinde hängt nicht nur am Steuerfuss, sondern an den Möglichkeiten und an der Gestaltung von Wettingen. Unsere Aufgabe sollte doch sein, eine möglichst attraktive Gemeinde zu gestalten und nicht die kommunalen Leistungen zu einem klappernden Knochengerüst verkommen zu lassen. Damit Wettingen attraktiv bleibt und gerne hier gewohnt wird, müssen wir jetzt handeln.

Wir alle wissen, dass es heute wahrscheinlich, so wie es aussieht mit den Mehrheitsverhältnissen, ein Nein geben wird zur Steuerfusserhöhung. Wir alle wissen auch, da schliessen wir uns unserem Vorredner an, dass wir ein ausgeglichenes Budget nur über eine Steuerfusserhöhung erreichen können. Das Budget ist ausgepresst. Irgendwann werden wir Ortsparteien uns der unbequemen Aufgabe stellen müssen, den Einwohnerinnen und Einwohnern von Wettingen klarzumachen, dass die Steuerfusserhöhung dringend nötig ist. Das wird den Einsatz von uns allen brauchen. Und es wird nicht einfacher, ob das jetzt dieses Jahr ist oder nächstes Jahr oder erst in

drei Jahren. Wir, die drei jüngsten Wettinger Einwohnerratsmitglieder fordern, als Vertreter der nächsten Generation, hier und jetzt ein Ende der kurzfristigen Steueroptimierung und Abbaupolitik und einen Wechsel hin zu einer aktiv gestaltenden Politik.

Maibach Markus, Vizeammann: Wir sind tatsächlich an einem Wendepunkt. Fr. 12'450 haben wir zusätzlich eingespart und ich überlasse es Ihnen zu entscheiden, ob wir damit die Zitrone ausgepresst haben oder nicht. Ich möchte aber doch noch kurz zurückblenden: Vor zwei Jahren hatten wir eine ähnliche Situation. Vor zwei Jahren hatten wir sogar nichts gespart gegenüber dem Gemeinderatsbudget. Im Gegenteil, am Schluss kam ein Antrag von der SVP-Fraktion zur Erhaltung des Altersnachmittags und wir haben doch tatsächlich noch mehr ausgegeben als der Gemeinderat beantragt hat. Auch damals hatte die Fiko vorgeschlagen, dass der Gemeinderat eigentlich zum Schuldenabbau mit einer Steuerfusserhöhung kommen müsste.

Letztes Jahr haben wir das gemacht, gemeinsam oder eben doch nicht gemeinsam. Und dieses Jahr haben wir versucht, den gemeinsamen Prozess weiterzugehen und haben gemerkt, gemeinsame Akzeptanz ist nicht vorhanden. Von dem her müssen wir tatsächlich unterscheiden zwischen einem finanzpolitischen Handlungsbedarf, der ausgewiesen ist, und einem politisch akzeptablen Vorgehen. Und ich glaube, die heutige Budgetdebatte hat das bewiesen, dass man hier nichts Grosses substantiell herausdrücken kann aus diesem Budget. Von dem her ist es eben schon ein Punkt, dass man sagt: "Finanzpolitik klar, aber die Realpolitik zeigt zur Zeit keinen Konsens." Das haben wir beim Runden Tisch ganz klar gemerkt. Der Gemeinderat wollte verhindern, dass zwei Jahre hintereinander der gleiche Showdown passiert mit dem Effekt, dass am Schluss niemand im Abstimmungskampf unterstützt. Dies obwohl der finanzpolitische Handlungsbedarf ausgewiesen ist. Das hat uns hauptsächlich dazu bezogen, keine Erhöhung des Steuerfusses zu beantragen.

Aber es gibt noch einen sachlichen Grund, den es zu beachten gibt. In den letzten Jahren haben wir Überschüsse erwirtschaftet. Wir wissen natürlich viel detaillierter über das Budget Bescheid als die Bevölkerung, die sich da ganz kurz mit den Finanzen befasst und sagt: "Ja, ihr habt Überschüsse. Was ist überhaupt das Problem?" Schulden sind etwas Abstraktes. Wir wissen erst Anfang 2022, welche Auswirkungen Corona in der Jahresrechnung hat. Wenn diese Fakten auf den Tisch liegen, dann haben wir noch mehr Evidenz nach draussen um wirklich zu argumentieren.

Wer heute "Nein" sagt zur Steuerfusserhöhung aber finanzpolitisch verantwortungsvoll ist, der sagt "Ja" zu einer Steuerfusserhöhung spätestens in zwei Jahren, wenn die Fakten dementsprechend auch auf dem Tisch liegen. Wir gehen nicht nächstes Jahr nicht hoch wegen dem Wahljahr. Logischerweise ist das auch ein Argument, aber nächstes Jahr haben wir diese Fakten noch nicht. Wir kennen die Fakten erst mit der Rechnung 2021. Deshalb haben wir im Finanzplan eine Anpassung erst ab 2022 vorgesehen. Aber ich möchte einfach noch mal unterscheiden zwischen der finanzpolitischen Sicht, die klar ist, und der realpolitischen Sicht, die noch schwierig ist und wir noch einen gemeinsamen Weg gehen müssen. Und ich hoffe, dass die heutige Diskussion dazu beigetragen hat.

Benz Thomas: Es ist schon richtig, dass wir noch nicht alles wissen, was Corona mit sich bringen wird. Was wir aber heute wissen, ist, dass wir 3 % erhöhen müssen, um diese Faktoren auszubalancieren, die nichts mit Corona zu tun haben. Das wissen wir heute schon und die werden nächstes Jahr und übernächstes Jahr genau gleich sein. Was obendrauf kommt, wissen wir noch nicht. Aber die 3 %, die wissen wir, die haben wir.

Abstimmung (Gegenüberstellung)

Der Einwohnerrat fasst mit 21 : 20 Stimmen, bei drei Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderats (95 %) obsiegt gegenüber dem Antrag der Finanzkommission (98 %).

Investitionsrechnung

Wassmer Christian: Zu 7201.50402, WC-Anlage Spielplatz Rebhalde. Hier möchte man Fr. 120'000 ausgeben für ein Luxus-WC. Heute steht dort ein Toi-Toi-WC. Das ist ein Toi-Toi-WC aus Holz, welches den Zweck wunderbar erfüllt und bei der Bevölkerung auch gut ankommt. Eine zweckmässige Lösung. Es hat übrigens in nächster Nähe beim alten Friedhof bei der Abdankungshalle ein öffentliches WC, ganz neu gemacht aus Chromstahl. Man kann mit dem Kinderwagen direkt davor hinfahren. Also auch dorthin könnte man ausweichen, wenn das andere einmal besetzt sein sollte. Das ist für mich eine ganz typische Ausgabe, die wirklich nur Luxus ist und die man ohne eine Leistungseinbusse wegsparen könnte und die einfach nicht in diesem Budget Platz hat. Wir von der CVP-Fraktion unterstützen eine Streichung dieses Budgetkredits von über Fr. 120'000.

Camponovo Christa: Wenn meinem Vater etwas nicht passte, sagte er jeweils: "So en Brunz". Das ist mir zum Streichungsantrag der WC-Anlage eingefallen, wenn wir schon beim Thema sind. Auf den ersten Blick sind der Antrag und seine Begründung zwar plausibel, aber eben nur auf den ersten Blick. Klar ist: Für die Kinder auf diesem sehr gut besuchten Spielplatz und auch für Erwachsenen und insbesondere für ältere Personen besteht ein ausgewiesener Bedarf nach einem WC an diesem Standort. Der Seniorenrat hat offenbar seinerzeit eine entsprechende Forderung gestellt. Es besteht eine WC-Lücke, mit den bekannten unangenehmen Folgen. Das Toi-Toi-WC wurde nur temporär installiert, jetzt ist es schon nicht mehr dort. Es ist auf die Dauer alles andere als zweckdienlich: Für Kleinkinder und mobilitätsbeeinträchtigte Personen ist es schlicht ungeeignet, weil die Mutter nicht genügend Platz hat, um mit dem Kind hineinzugehen. Auch finanziell lohnt sich die Sache nicht, die Miet- und Unterhaltskosten und noch der Werkhof, der die Sauerei zusammenräumen muss, wären auf die Dauer zu hoch, denn das Toi-Toi-WC kostet auch. Von Vergolden kann also keine Rede sein. Es geht nicht um Luxus, sondern um urmenschliche Bedürfnisse im wahrsten Sinn. Eine Möglichkeit wäre vielleicht, die Einfamilienhäuser würden ihre WCs zur Verfügung stellen, aber ich denke, das ist nicht eine so realistische Lösung. Christian Wassmer muss wahrscheinlich Grossvater werden, um zu realisieren, dass der Weg vom Spielplatz, auch wenn es nur 400 m bis zum nächsten WC sind, viel zu lange ist für das kleine Kind, weil das hat dann schon in die Hose gemacht. Die geplante Fertig-Anlage hat sich übrigens bereits sehr bewährt, zum Beispiel an der Schartenstrasse.

Die Streichung des Kredits wäre gerade ein Parade-Beispiel, was passiert, wenn der Rotstift blind angesetzt wird. Noch mehr Kinder und auch Erwachsene würden hinter den umliegenden Bäumen des beliebtesten Spielplatzes von Wettingen ihr Geschäft erledigen. Insiderinnen wissen unterdessen, wo sie hin stehen dürfen und wo nicht. Sieht so ein attraktives Wettingen aus – verschissen? Wir empfehlen, den Antrag der CVP abzulehnen.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Ich möchte mich gerne als Ressortverantwortliche zu diesem Budgetkredit und gegen den vorliegenden Antrag der Fraktion CVP äussern. Ja

es ist so, die Toiletten-Anlage kostet rund Fr. 120'000 - das ist nicht wenig Geld. Die Höhe des Budgetkredits stammt aus dem Erfahrungswert der letzten gebauten öffentlichen WC-Anlage beim Fussballplatz Scharenstrasse. Der Gemeinderat hat die Umsetzung am Standort «Rebhaldenspielfeld» priorisiert, nachdem noch zwei weitere mögliche Anlagen im Kreuzfeld und auf dem Zentrumsplatz überprüft wurden und eine Gesamtbeurteilung über ganz Wettingen vorliegend war. Es wurde festgehalten, dass nur im Rahmen von einem Projekt die zwei genannten WC-Anlagen weiterverfolgt werden und der WC-Bau am Standort «Rebhaldenspielfeld» alle Kriterien erfüllt.

Der vorliegende Budgetkredit beinhaltet in keinem Fall eine vergoldete Luxus-Anlage. Es ist eine rollstuhlgängige Lösung, welche solide gebaut wird und sicher für eine lange Dauer genutzt werden kann. Eine solche Anlage sollte die Kriterien betreffend Unterhalt und Vandalenschutz enthalten. Zudem muss ein WC in dieser Grösse an das bestehende Kanalisations- und Stromnetz angehängt werden. Und das erhalten wir nicht zum Nulltarif. Selbstverständlich werden wir nichts unversucht lassen, bei der Ausschreibung das wirtschaftlich Günstigste zu bekommen. Wie auch die Mitarbeiter des Werkhofs werden sicher alles daransetzen, dass die Umsetzung so kostengünstig wie möglich realisiert wird. Allen ist sehr bewusst, was die heutige finanzielle Situation für Wettingen bedeutet. Doch trotz alledem setzt sich der Gemeinderat für ein attraktives Wettingen ein und nimmt die Meldungen und Bitten von Wettinger EinwohnerInnen ernst.

Ein paar Sätze zur mobilen Toilettenanlage auf dem Rebhaldenspielfeld: Das Toi-Toi-WC, das in diesem Frühsommer aufgestellt wurde, ist ein Provisorium. Es ist nicht für gehbehinderte Menschen oder ältere Personen ausgerüstet. Es hat eine Treppe, ist klein, sodass keine Hilfsperson Platz findet. Es entspricht auch nicht dem Vorstoss aus dem Seniorenrat im 2014. Es entspricht auch nicht den schriftlichen Anfragen und Bedürfnissen der letzten Jahre, die immer wieder an uns gerichtet worden sind.

Es ist, wie gesagt, ein Provisorium nur für diesen Sommer und es ist nicht für den Winter ausgerüstet. Stellen Sie sich vor, die Wasserleitungen würden einfrieren oder die Stromleitungen hätten ein Problem im Winter. Auch das Sommer-WC ist nicht gratis zu haben. Es kostet mit jedem weiteren Jahr eine Mietgebühr und eine spezielle Toi-Toi-Wartung. Zudem ist der Vertrag per Ende Oktober ausgelaufen und das WC wurde bereits wieder abgebaut. Eine Mietverlängerung hat aus den genannten Gründen der gemeinderätlichen Strategie für eine ganzjährige, rollstuhlgängige Toilettenanlage nicht entsprochen. Aus diesem Grund haben wir auch keine Mietgebühren ins Budget 2021 eingestellt. Wenn Sie jetzt den ganzen Budgetkredit herausstreichen, dann gibt es im nächsten Jahr überhaupt kein WC an diesem Standort. Dann haben wir wieder, und wir haben das gerade vorher ausführlich gehört, weiterhin eine unzumutbare Situation rund um den Spielfeld und hinter den Büschen. Soll so ein Miteinander aussehen? Sind wir unterdessen soweit, dass Wettingen gar nichts Zusätzliches und im Speziellen für unsere älteren und gehbehinderten Bewohnenden und für unsere Familien ermöglichen möchte? Ich bitte Sie darum dringend den Kredit im Budget 2021 stehen zu lassen und somit dem Antrag aus der CVP nicht Folge zu leisten.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 19 Ja- : 23 Nein-Stimmen, bei zwei Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag der CVP-Fraktion wird abgelehnt.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Zu 2180.50402 Kita Instandsetzung Altbau Schartenstrasse und 3210.50401 Software digitale Bücherrückgabe. Wir beantragen eine Rückweisung. Wir wollen bewirken, dass die Projekte nicht „by the way“ über das Budget bewilligt werden, sondern uns separate Vorlagen zur Behandlung vorgelegt werden. Die Kita ist ein Hochbau-Projekt. Bei der Bibliothek geht es um eine nicht unerhebliche Investition von Fr. 180'000 in die Software für eine digitale Bücherrückgabe. Wir sind der Meinung, dass zuerst die Entwicklung der Gemeindebibliothek diskutiert werden soll, bevor man in die Software investiert. Wir wollen auch dort den Gesamtkontext verstehen. Die Fiko beantragt somit die Ablehnung beider Kredite und verlangt die Ausarbeitung von separaten Vorlagen.

Egloff Martin, Gemeinderat: Zu Budgetkredit Kita Instandsetzung Altbau Schartenstrasse. Es geht um die Liegenschaft an der Schartenstrasse 42. Es geht hier um ein bestehendes Gebäude aus dem Jahr 1907. Die Gebäudehülle, die Wände und das Walmdach – Originaldach aus dem Jahr 1907 – müssen saniert werden. Die Absturzsicherungen bei den Fenstern entsprechen nicht den SUVA- und SIA-Normen. Diese Punkte sind unbestritten und da bin ich schon einmal froh darüber. Wenn wir nun einen Verpflichtungskredit beim Einwohnerrat beantragen müssen, bedeutet das für uns einen Umweg. Es ist eine Verwaltungsbeschäftigung, da es keine hochkomplizierte Sache ist, das Gebäude zu sanieren. Und diese Fakten liegen eigentlich vor. Wir haben eine grobe Kostenschätzung. Die Zahl unter dem Strich wird sich nicht massgeblich verändern und insofern ist es für die Verwaltung ein grosser Aufwand mit minimalem Ertrag. Ich bitte euch, den Budgetkredit zu belassen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja- : 20 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fiko auf Streichung bzw. Rückweisung des Budgetkredits 2180.50402 Kita Instandsetzung Altbau Schartenstrasse wird gutgeheissen.

Rey Philippe, Gemeinderat: Zu Budgetkredit 3210.50401 Software digitale Bücherrückgabe. Es ist die gleiche Ausgangslage wie beim vorhergehenden Votum. Man kann es im Budget drin lassen oder man kann den Umweg nehmen über einen Verpflichtungskredit. Das heisst, man kann noch ein paar Leute beschäftigen und man kann noch ein wenig Papier rauslassen und inhaltlich ändert sich nichts daran. Inhaltlich ist es so, dass wir nicht von einer Software reden. Das habe ich bereits mehrmals gesagt. Es geht nicht um eine Software, sondern um einen Umbau in der Bibliothek, damit – zusammen mit einer Software – eine Digitalisierung möglich ist. Im Jahr 2007 haben wir etwa 120 000 Bücher oder Einheiten ausgeliehen. 2019 waren es 162 000 Einheiten. Wenn wir das Projekt umsetzen können, sparen wir bei der nächsten Personalfluktuations zehn Prozent des Personals, welches wir nicht mehr ersetzen müssten. Zudem haben wir mehr Kapazitäten, um die Schulklassen, die regelmässig ein- und ausgehen, besser zu betreuen und noch mehr Bücher ausleihen können.

Ich möchte auch nochmals daran erinnern, dass dieses Konzept der Fiko vorgelegt wurde im vergangenen Jahr. Das Konzept ist 2017 erarbeitet worden. In einem dreiphasigen Konzept war vorgesehen, dass man im ersten Schritt die Kinder- und Jugendabteilungen ausbaut, was auch so erfolgt ist. Dies ist bereits ein grosser Erfolg, da wir wirklich signifikant mehr Kinder und Jugendliche haben, die dort Bücher ausleihen. Der zweite Schritt ist ein Umbau des Korpus. Wie ihr alle wisst, ist der Korpus aus Metall. Genau wegen diesem Metall können wir die benötigte Software nicht installieren, welche von praktisch allen modernen Bibliotheken genutzt wird. Das Metall im Korpus strahlt etwas ab, das die Software zum Erliegen bringt.

Wir können schon das Personal der Bibliothek und der Bau- und Planungsabteilung mit der Ausarbeitung eines Kreditantrags beschäftigen. Aber das Konzept liegt vor und wurde der Fiko vorgelegt. Ich empfehle, den Betrag im Budget zu belassen, damit die Radio Frequency Identification so umgebaut werden kann, dass anschliessend Zeit und Personal gespart und Bücher mit weniger Aufwand ausgeliehen werden können.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: In der Fiko-Sitzung hast du eine andere Aussage gemacht. Du hast gesagt: "Da gibt es ganz viel freie Kapazität. Da können wir ganz viele neue Angebote machen." Und jetzt hören wir etwas von Stellenabbau. Das ist etwas Neues. Genau darum, weil wir dieses Konzept nicht kennen, braucht es eine genauere Betrachtung. Ich hätte gerne einen Businessplan. Ein Konzept, bei dem ich den Payback kenne. Im Moment ist das eine Angebotsausdehnung ohne Einsparungen. Du hast nicht von Einsparungen geredet und auch nicht von Payback. Es ist einfach immer noch etwas mehr. Und das goutieren wir nicht.

Rey Philippe, Gemeinderat: Ich betone nochmals, dieses Konzept ist aus dem Jahre 2017. Hier drin steht schwarz auf weiss, es sind Kosteneinsparungen von 10 % beim Personal möglich plus Effizienzsteigerung. Ich kann dir die Unterlagen anschliessend noch abgeben. Klar kann einen Umweg über einen Verpflichtungskredit gehen, neue Erkenntnisse wird es aber nicht geben.

Fricker Martin: Philippe Rey, du weisst, ich schätze dich sehr. Aber François Chapuis hat einfach Recht. Das wurde nicht so kommuniziert – auch wenn es vielleicht in einem Papier drinsteht. Die Fiko hat keine Kenntnis davon. Deshalb muss ich unterstützen, was François Chapuis gesagt hat. Das ist so, es ist uns nicht gesagt worden.

Scherer Kleiner Leo: Es ist tatsächlich so, ich höre das jetzt, so wie es gesagt worden ist, auch zum ersten Mal. Aber jetzt habe ich's gehört. Und jetzt ist für mich die Sachlage eine andere. Jetzt können wir eigentlich den Verpflichtungskredit so drin lassen. Ich sehe jetzt nichts, was noch mehr geklärt werden kann, als das, was wir gehört haben.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja- : 18 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fiko auf Streichung bzw. Rückweisung des Budgetkredits 3210.50401 Software digitale Bücherrückgabe wird gutgeheissen.

Lütolf Peter: Zu Budgetkredit 7900.529.003 Wettbewerb Landschaftsspange Sulperg-Rüsler. Die Fraktion SVP beantragt eine Streichung dieses Budgetkredits in der Höhe von Fr. 100'000. Wir sind der Ansicht, dass das Naherholungsgebiet Tägerhard, Wolfacher, Vögelimatte und Buessberg zu den Schönsten der Region gehört. Mit dem Budgetkredit 2021 will man das Gebiet besser ausschildern mit Orientierungstafeln, Wegmarkierungen und Erlebnisstationen. Wir sind der Ansicht, dass das unter anderem mehr Eingriffe in die Natur bedeutet und hohe Kosten verursacht. Deshalb beantragen wir die Streichung.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Bei der Landschaftsspange Sulperg/Rüsler handelt es sich um ein regionales resp. überregionales Projekt und steht im Zusammenhang mit dem Sachplan, der zwischen den Gemeinden Killwangen, Neuenhof, Würenlos und Wettingen behördenverbindlich unterzeichnet worden ist. Es geht um die Aufwertung der Landschaftsspange im Limmattal. Im Zusammenhang mit der OASE ist ein Steg im Richtplan festgesetzt worden. Mit dem vorliegenden Projekt wird die Zugänglichkeit dieses Stegs gesichert. Die Landschaftsspange soll mit niederschweligen Erlebnispunkten erlebbar gemacht werden. Ein solcher Punkt kostet

ein paar wenige tausend Franken. In der Summe gibt es 20 Erlebnispunkte. Die anderen Gemeinden leisten ebenfalls ihren Beitrag daran. Die vier Gemeinden steigern so die Attraktivität des Naherholungsgebiets in der Landschaftsspange Sulperg-Rüsler. Die anderen drei Gemeinden werden das Projekt ebenfalls den Gemeindeversammlungen unterbreiten. Ich bitte Sie, dem Gemeinschaftsprojekt für einen niederschweligen Zugang zu unserer wunderschönen Landschaftsspange zuzustimmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung des Budgetkredits 7900.52903
Wettbewerb Landschaftsspange Sulperg-Rüsler wird abgelehnt.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, verkünde ich das Resultat der Verhandlungen. Wir haben heute Abend Fr. 12'450 gespart. Das operative Ergebnis neu, ohne Aufwertungsreserven, ist bei Fr. -4'407'381.50. Hinzu kommt die Aufwertungsreserve von Fr. 557'000, was ein Gesamtergebnis von Fr. -3'850'381.50 ergibt.

Müller Heinrich: Ich stelle einen Rückkommensantrag für die Abstimmung über den Steuerfuss. Und zwar finde ich es ganz wichtig, dass diese drei, die sich enthalten haben, sich entscheiden. Ich finde, – hier habe ich es ein wenig einfacher zu sagen, da ich erst zwei Jahre im Rat bin – wir verstecken uns hinter dem Volksentscheid. Es liegt in unserer Verantwortung. Wir sehen seit Jahren, dass sich ein riesiges Defizit einstellt. Wir müssen besser kommunizieren als beim letzten Mal. Ich bitte euch, steht dahinter, und sagt: "Wir haben ein Problem und müssen unbedingt Unterstützung vom Volk haben". Wir können nicht noch einmal auf die 3 % verzichten. Und im Stillen denken wir nämlich schon, dass wir das nächste Jahr sowieso nicht machen, denn nächstes Jahr ist Wahljahr. Wenn wir weiter zuwarten, stehen wir drei Jahre nach dem Projektstart „eine Generation“ mit einem noch grösseren Schuldenberg da und dann fehlt der Mut erst recht. Wir müssen in einen ziemlich sauren Apfel beissen, machen wir das jetzt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit einer deutlichen Mehrheit folgenden Beschluss:

Der Rückkommensantrag der Fraktion SP/WettiGrünen wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja- : 10 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Das Budget 2021 der Einwohnergemeinde mit einem Steuerfuss von 95 % wird genehmigt.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 19. November 2020, statt. Weiter muss das Reservedatum vom 17. Dezember 2020 aufrechterhalten werden, falls wir an der nächsten Sitzung mit den Geschäften nicht fertig werden. Ich bedanke mich bei allen für das Durchhalten bis zu dieser späten Stunde. Es ist ein Zeichen, dass wir konstruktiv miteinander umgehen können. In diesem Sinne schliesse ich die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 00.15 Uhr

Wettingen, 12. November 2020

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident



Christian Pauli

Gemeindeschreiber



Urs Blickenstorfer